Die Suche nach einer Lösung

Genfs Haltung im Abessinien-Konflikt

Bedeutsame Erklärung Lavals

Der Staatskommissar bei den Baugenossenschaften

Die Gerichtsentscheidung über die Verfassungswidrigkeit

Bauarbeiter von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschaltet

Die Frage der Arbeitsvermittlung ins Reich

DANZIGER Volksstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6. Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.— G, wöchentl. 0.75 G; in Deutschland 2.50 Goldmark; durch die Post 3.— G,— monatl.; für Pommerellen 5.— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0.16 G; Reklamen: 1 mm 0.80 G; in Deutschland 0.16 u. 0.80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Dtsch. Tageskurs

27. Jahrgang | Mittwoch, den 15. April 1936 | Nr. 88

Die Gegensätze im Abessinien-Konflikt / Ausweichende Haltung Italiens

Die Suche nach einer Lösung

Die Uneinigkeit der Völkerbundsmächte über die Frage der weiteren Behandlung des Abessinienkonfliktes besteht weiter; die Nervosität aller Beteiligten einschließlich Italiens um die Klärung der Situation äußert sich in vielen gereizten Kommentaren der Presse, die namentlich durch die von englischer Seite in die Debatte geworfene Frage der militärischen Sanktionen in größte Aufregung versetzt ist. Vor allem aber ist die Nervosität deshalb so groß, weil noch nicht abzusehen ist, welche Haltung die Mächte in Genf einnehmen werden.

Noch bestehen zwei Strömungen in der englischen Politik. Eine von ihnen spekuliert auf die etwas labile Stellung Mussolinis und auf die Bereitschaft der Mehrheit im Dreizehnerausschuß, Italien gegenüber keine Kompromißhaltung einzunehmen. Sie weist darauf hin, daß der schnelle Vormarsch der italienischen Truppen der Nordarmee auf verschiedene wichtige Punkte hin — die Truppen am Tanasee und an der abessinisch-sudanischen Grenze bei Gallabat empfindet England als besonders störend — nicht gleichbedeutend ist mit einer fundierten Eroberung des Landes. Auch die inländische Situation in Italien und die sehr deutlich erkennbare Schwächung der europäischen Bedeutung Italiens durch den abessinischen [illegible] werden angeführt, um denjenigen Mut zu machen, die [illegible] England nur von einer steifen Haltung des Völkerbundes in den nächsten Tagen einen Erfolg erwarten.

Wie diese steife Haltung in der Praxis aussehen soll, steht allerdings noch nicht ganz fest. Militärische Sanktionen möchte man in England höchstens als Druckmittel, nicht aber als Wirklichkeit sehen. Man scheint der Ansicht zu sein, daß der Dreizehnerausschuß für eine derartige drohende Haltung zu gewinnen sei, falls England das Stichwort dazu geben sollte. Man weiß aber auch, daß die englische Oeffentlichkeit militärische Sanktionen, die über einen symbolischen Rahmen hinausgehen, das heißt also zum Kriege führen würden, keineswegs billigen würde.

Die andere Strömung knüpft an diese mit Sicherheit zu erwartende Haltung der englischen Bevölkerung an. Ihre Forderung geht dahin, daß die Regierung das Versagen des Völkerbundes offen zugeben sollte, und sie scheint darüber hinaus darauf zu dringen, daß England bei den Friedensverhandlungen zwischen Italien und Abessinien das in diesem Falle wertlos gewordene Symbol der Kollektivität beiseite schiebe und die englischen Interessen am Tanasee gebührend wahre.

In Frankreich scheint man nicht gewillt zu sein, den englischen Wünschen entgegenzukommen; Ziel der französischen Außenpolitik ist die Wiederherstellung der Stresafront, das bedeutet schnellste Einigung mit Italien unter Vermeidung eines allzu großen Prestigeverlustes des Völkerbundes.

Von Italien hat man in diesen Tagen erwartet, daß es zumindest die Genfer Verhandlungen nach dem dringenden Appell vom letzten Donnerstag nicht in Gefahr bringen würde. Nun hat aber allgemein die Verzögerung der Abreise Aloisis nach Genf den Eindruck der gewollten Verzögerung gemacht, die die Aufnahme der Besprechungen zu dem vorgesehenen Zeitpunkt unmöglich machen könnte.

Die Aussichten für eine befriedigende Einigung im Dreizehnerausschuß sind heute bedenklich gering; wenn über der Aussprache die Krise im Verhältnis der europäischen Westmächte nicht zu einer Katastrophe ausarten soll, dann wird im Interesse der kollektiven Sicherheit und der Beseitigung einer akuten Kriegsgefahr England oder Frankreich eine grundsätzliche Aenderung des Standpunktes vornehmen müssen. Wie sonst unter der gegebenen Voraussetzung eine Einigung gefunden werden könnte, scheint völlig unerfindlich. Die Mächte stehen vor schwerstwiegenden Alternativen.

Jules Sauerwein, der als Sonderberichterstatter des Pariser „Soir" in Genf weilt, faßt die gegenwärtige Lage in folgender Darstellung zusammen: Es bestehen vier Lösungen:

1. Die englische Lösung, Italien zu strafen und zu brechen, sich aber Hitler gegenüber wohlwollend zu zeigen.

2. Die Völkerbundslösung, gegen beide Diktatoren, den italienischen und den deutschen, entschieden vorzugehen.

3. Die französische Lösung, sich mit Italien zu einigen, aber zu verhindern, daß die gewaltsame Handlungsweise Deutschlands im Rheinland ohne Sanktionen hingenommen wird. Frankreich könne die englische Lösung nicht annehmen, da sie die Notwendigkeit einer Front gegen Italien ergebe, in einem Augenblick, da Frankreich von Deutschland bedroht wird. Frankreich könne aber auch die Völkerbundslösung nicht annehmen, da es damit zwei Fronten riskieren würde, und das ginge über seine militärischen Kräfte.

4. Die praktische Lösung, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, als Tatsache hinzunehmen, daß Italien Abessinien erobert hat, als zweite Tatsache, daß Deutschland das Rheinland militärisch besetzt hat, und unverzüglich ein neues Locarno aufzubauen. Der Rest würde sich im konkreten Geist des französischen Planes ergeben.

Nur beschränkte Vollmacht für Aloisi

Der italienische Delegierte für die Verhandlungen in Genf, Baron Aloisi, begab sich am Dienstag nach Genf. Für heute Nachmitag ist die erste Fühlungnahme mit dem Präsidenten des Dreizehnerausschusses, Madariaga, vorgesehen. In politischen Kreisen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Aloisis Mandat in Genf das eines Beauftragten und nicht das eines eigentlichen Unterhändlers sei, da es sich im gegenwärtigen Stadium lediglich um Vorbesprechungen unverbindlicher Natur handele. Es könnten jetzt nur Friedenspräliminarien, nicht jedoch schon wirklich Friedensverhandlungen ins Auge gefaßt werden. Baron Aloisi sei nach Genf entsandt worden, um an dem äußeren Rahmen der hierzu notwendigen Beratungen mitzuarbeiten. Er werde jedoch, so erklärt man, von sich aus keine Vorschläge irgendwelcher Art mitbringen, sondern lediglich zur Verfügung stehen, um etwaige Anregungen entgegen zu nehmen und nach Rom weiterzuleiten.

Eden reist heute nach Genf

Außenminister Eden hat sich im Laufe des Dienstag nach Trent Park begeben, um sich mit dem dort weilenden Ministerpräsidenten Baldwin über die Lage in Genf zu besprechen. Eden wird heute nachmittag nach Genf zurückkehren.

Die englischen Hoffnungen sind zur Zeit auf die Sitzung des Genfer Dreizehnerausschusses gerichtet, der morgen zusammentritt, um zu den Ergebnissen der bisherigen Friedensfühler Stellung zu nehmen.

Vor der Abreise des englischen Außenministers Eden nach Genf, die auf heute nachmittag festgesetzt ist, beschäftigen sich die englischen Blätter noch einmal eingehend mit den Aussichten der Besprechungen für eine Beilegung des abessinischen Streitfalles. Aus den Blättermeldungen geht hervor, daß Eden nicht mit neuen fest umrissenen Anweisungen nach Genf reist, da man zunächst die Entwicklung der Genfer Verhandlungen abwarten will.

In den offensichtlich beeinflußten Berichten wird allgemein hervorgehoben, daß die Widerstandskraft Abessiniens noch keineswegs als gebrochen angesehen werden könnte. Auch spiele

die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Lage Italiens

eine wichtige Rolle.

So schreibt der diplomatische Mitarbeiter der „Times", die Politik der britischen Regierung sei unverändert. England wolle auch jetzt nicht im Abessinienstreit auf eigene Faust handeln. Die Regierung sei der Ueberzeugung, daß der Völkerbund als ein Ganzes handeln müsse. In Regierungskreisen halte man es für einen Fehler, die Wirkung der jetzigen Sühnemaßnahmen und ihre Wirkung auf eine Endregelung zu unterschätzen. Ebenso weise man die Behauptung zurück, daß die Abessinier völlig besiegt seien oder Italiens Schwierigkeiten so gut wie behoben seien. Von einer Lockerung der Sühnemaßnahmen könne keine Rede sein, so lange die Feindseligkeiten andauern.

Man sei jedoch geneigt, zunächst das Ergebnis der Besprechungen zwischen den Völkerbundsvertretern und Italien abzuwarten, bevor man sich mit den etwaigen Folgen eines Scheiterns befasse.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" tritt der Auffassung italienischer Blätter entgegen, daß Eden in den letzten Genfer Verhandlungen eigenmächtig vorgegangen sei. Hinter seiner Stellungnahme stehe vielmehr das Gesamtkabinett.

So lange ein wirklicher Friede in Abessinien nicht erzielt sei, komme nach Ansicht der englischen Regierung eine Milderung der Sühnemaßnahmen nicht in Frage.

Im Falle eines Fehlschlagens der Friedensbesprechungen sei England tatsächlich bereit, sich jeder Entscheidung des Sühneausschusses über die Ausübung eines finanziellen und wirtschaftlichen Druckes auf Italien anzuschließen. Man habe nicht vergessen, daß eine Oelsperre bereits grundsätzlich gebilligt worden sei.

Die Gerüchte, daß die bestehenden Sühnemaßnahmen auf französischen Wunsch aufgehoben worden seien, seien weniger auf Tatsachen als auf italienische Hoffnungen begründet.

Italiens Finanzlage sei ernst. Seine Goldrücklagen seien monatlich um 9 Millionen Pfund gefallen.

Diese andauernde finanzielle Unterhöhlung könne in wenigen Monaten zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen.

Die Kenntnis dieser Lage werde wahrscheinlich bei den bevorstehenden Genfer Verhandlungen zwischen den abessinischen und italienischen Vertretern gegenüber der Tatsache der kürzlichen italienischen Siege beträchtlich ins Gewicht fallen. Man rechne daher nicht damit, daß der Negus sich mit tief erniedrigenden Bedingungen abfinden werde. Ferner sei klar, daß die ausgiebige Anwendung von Giftgasen den italienischen Vormarsch ermöglicht habe. Weder der Völkerbund noch die britische Regierung könnten an der Tatsache vorbei, daß die Italiener wieder ein internationales Abkommen gebrochen hätten. Man habe Grund anzunehmen, daß diese Auffassung auch bei der französischen Regierung Platz gegriffen habe.

Frankreich gegen Sanktions-Verschärfung

Vor der Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen über den italienisch-abessinischen Streitfall verstärkt die französische Presse ihre Bemühungen, vor einer Verschärfung der Sühnemaßnahmen gegen Italien zu warnen. Selbst in radikalsozialistischen Blättern wendet man sich von der bisher durchgeführten Unterstützung der Sühnemaßnahmenpolitik ab und findet Worte des Verständnisses, wenn nicht für den italienischen Standpunkt, so doch für die sachlichen Belange Frankreichs, die gegen einen Bruch mit Italien sprechen.

Der dem französischen Außenministerium nahestehende „Petit Parisien" fordert, daß die Friedensverhandlungen im afrikanischen Streitfall nicht unter dem Druck neuer Sühnemaßnahmen gegen Italien stattfinden dürften.

Eine Geste Italiens

Anscheinend im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen des Dreizehner-Ausschusses hat der italienische Unterstaatssekretär Suvich dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben über die Aufhebung der Sklaverei in den von italienischen Truppen besetzten Gebieten Abessiniens zugehen lassen mit der Bitte, es allen Völkerbundsmitgliedern sowie den Mitgliedern des Dreizehnerausschusses und des Sklavereiausschusses bekannt zu geben. In diesem Schreiben wird mitgeteilt, daß im Anschluß an die Abschaffung der Sklaverei in Tigre und in Südabessinien durch Italien Marschall Badoglio unter dem 12. April in Makalle folgenden Erlaß verkündet hat:

„Völker von Tigre, von Amhara, von Godjam höret: Die Sklaverei ist der Rest einer alten Barbarei und dort, wo die italienische Fahne weht, kann es keine Sklaverei geben. Deshalb ist in Tigre, in Amhara und in Godjam überall wo die italienische Fahne weht, die Sklaverei abgeschafft. Ich habe den Kauf und Verkauf von Sklaven verboten. Die Sklaven, die in Eueren Ländern sind, sind befreit. Diejenigen, die Hilfe brauchen, sollen sich bei den italienischen Behörden melden. Sie werden Hilfe und Schutz erhalten. Wer die Bestimmungen dieses Erlasses übertritt, wird entsprechend dem Gesetz bestraft."

Die Mitteilung Aloisis, daß er erst am Mittwochabend zu den geplanten Besprechungen mit Madariaga in Genf eintreffen werde, läßt es nach Auffassung Genfer Kreise zweifelhaft erscheinen, ob die neue Sitzung des Dreizehnerausschusses, wie vorgesehen, schon am Donnerstag stattfinden kann. Madariaga will, wie man hört, in der Zwischenzeit mit dem abessinischen Vertreter Wolde Mariam verhandeln.

Italien beherrscht den Tana-See

Zur Besetzung der Halbinsel Gorgora

(Funkspruch des Kriegsberichterstatters des DNB. aus Asmara)

Die von den italienischen Truppen besetzte Halbinsel Gorgora im Tanasee liegt im nördlichsten Teil des Sees. Als die italienischen Abteilungen nach einem 50 Kilometer langen Marsch eintrafen, zogen ihnen sämtliche Dorfältesten entgegen und nahmen an der Hissung der italienischen Flagge teil. Wie von italienischer Seite weiter berichtet wird, begaben sich auch die auf einer kleinen Insel gegenüber von Gorgora wohnenden Mönche auf das Festland und begrüßten die italienischen Truppen. Mit der Besetzung der Halbinsel, die äußerst fruchtbar ist, beherrschen die Italiener das ganze Tanasee-Gebiet und die Verbindung zwischen dem Sudan und Nordabessinien.

Italien zur Besetzung von Gallabat

In unterrichteten Kreisen erklärt man zu der in englischen Blättern bekundeten Beunruhigung über die Besetzung des abessinischen Zollpostens Gallabat an der Sudangrenze, daß man in Italien keine Besorgnisse wegen der Nähe englischer und italienischer Truppen zu beiden Seiten der Sudangrenze hege. Es bestehe keinerlei Veranlassung anzunehmen, daß englische Truppen das von den Italienern besetzte abessinische Gebiet oder italienische Truppen den englischen Sudan betreten würden.

Scharfer Ton der italienischen Presse

Die italienische Presse schlägt erneut einen sehr scharfen Ton in der Beurteilung der englischen Haltung an.

„Popolo di Roma" bringt eine große Schlagzeile „Der Friede Europas durch die englische Politik bedroht". Sehr verstimmt haben in Rom die Ausführungen über militärische Sanktionen im „Daily Telegraph", den man allgemein als das Sprachrohr Edens betrachtet. Man stellt ihnen die Aeuße-

...rungen des „Evening Standard" gegenüber, die eine derartige Möglichkeit entschieden in Abrede stellen.

Der „Tevere" stellt in einem sehr stark polemischen Leitartikel fest, daß England nur die Wahl zwischen zwei gleich katastrophalen Lösungen übrig bleibe, entweder militärische Maßnahmen gegen Italien und damit den Krieg, oder Abessinien seinem Schicksal zu überlassen und damit den Zusammenbruch des Völkerbundes. Falls England Italien um seine Ansicht fragen sollte, würde es für die zweite Lösung, den Zusammenbruch des Völkerbundes, stimmen. Die Schließung der Genfer Schalter würde eine große Erleichterung auch für die Engländer bedeuten. Genf bedeute heute Diskussionen, Prüfungen und Kontrollen. Es wäre für England durchaus zweckmäßig, die Genfer Bürokratie in die Ferien zu schicken, da die Frage der Verwaltung einiger Mandate, die heute etwas ins Dunkel geschoben wäre, immer Gegenstand der Prüfung für einen neugierigen Völkerbund sein könnte. Der Zusammenbruch des Völkerbundes wäre auch eine gute Lösung für England, weil sonst eines schönen Tages Vertreter Indiens das Wort ergreifen könnten, um „die schönsten Seiten des gegenwärtigen englischen Regierungssystems" bekanntzugeben.

Bedeutungsvolle Erklärung Lavals

Festigkeit, aber Verständigung

Das Tagesereignis in Paris, das auch im Hinblick auf Frankreichs Haltung in Genf sehr wesentlich sein kann, ist die umfangreiche außenpolitische Erklärung des früheren Ministerpräsidenten und Außenministers Laval. Die Erklärung ist in dem Laval nahestehenden Hauptblatt seiner auvergnatischen Heimat, „Le Moniteur de Puy de Dôme", erschienen und gleichzeitig von der Pariser Presse zum Teil wörtlich abgedruckt worden. Der Grundton des Artikels ist darauf gestimmt, daß Frankreich keinen Krieg fürchtet, aber es will ihn nicht. Laval bestreitet die gegen Frankreich erhobenen Vorwürfe, daß Frankreich auf die deutschen Vorschläge nicht geantwortet habe. Er stellt fest, daß im Laufe der 18 Monate, während denen er die Außenpolitik Frankreichs geleitet habe, von ihm jede Gelegenheit wahrgenommen worden sei, den Verständigungswillen Frankreichs zu bekunden. Besonders von Interesse sind die Ausführungen über das französisch-deutsche Verhältnis, zu dem Laval ausführt:

„Ohne Abkommen zwischen Paris und Berlin gibt es keine wirksame Sicherung des Friedens für Europa; das habe ich hundertmal gesagt und dieses Problem muß gelöst werden." Laval führt dann fort, daß für Hitler die Zerstörung des Versailler Vertrages die Vorbedingung einer Verständigung bilde. Nun habe dieser Vertrag für Frankreich die Reparationen gebracht — sie seien beseitigt worden. Auch habe der Vertrag für Frankreich Sicherheitsgarantien und militärische Bestimmungen, die entmilitarisierte Zone gebracht — dies alles sei verschwunden. Man müsse also feststellen, daß Frankreich schon einen „schweren Tribut" bezahlt habe. Dann beginnt Lavals Polemik gegen Deutschland. Hitler habe es in seinen Taten denjenigen schwer gemacht, die aufrichtig eine gute Nachbarschaft zwischen beiden Ländern wünschten. Er sei von einer Art von Burgfrieden der beiderseitigen öffentlichen Meinungen als Vorbereitung für eine Annäherung gesprochen worden. Zehn Monate seien vergangen, die Annäherung sei nicht erfolgt, aber das Rheinland sei wieder besetzt worden.

Er, Laval, habe über die einzelnen Bedingungen Hitlers nicht zu diskutieren, denn dies sei Sache der Regierungen; aber die systematische Ablehnung jeder Verhandlung erscheine ihm als ein Irrtum. Es sei möglich, mit Deutschland zu verhandeln.

Berlin müsse nur wissen, daß es bestimmte Diskussionsmethoden gebe, die Frankreich nicht annehme.

Der frühere französische Ministerpräsident erinnert daran, daß der Russenpakt, der als Vorwand zur Rheinlandbesetzung gedient habe, am 2. Mai 1935 unterschrieben worden sei. Dann habe am 25. Mai, gelegentlich seiner Rückreise aus Moskau ein Gespräch zwischen ihm und Göring während der Beerdigungsfeierlichkeiten für Marschall Pilsudski stattgefunden. Während dieses Gesprächs habe Göring zwar gegen den französisch-russischen Pakt protestiert, den er ein Militärbündnis mit einer Spitze gegen Deutschland genannt habe. Er habe aber den Locarnopakt nicht angezweifelt. In der Zeit der Unruhe und Unordnung, in der Europa sich jetzt befindet, müsse man schnell handeln; es müsse versucht werden, alle französisch-deutschen Streitfragen beizulegen. Die Unantastbarkeit der Grenzen, die Achtung vor der inneren Ordnung in den verschiedenen Ländern, das seien die Bedingungen für einen dauernden Frieden. Zu den französisch-italienischen Beziehungen erklärte Laval, daß man ihm vorwerfe, eine zweideutige Stellung bei der Verhängung der Sanktionen gegen Italien eingenommen zu haben. Im Namen Frankreichs habe er die Verpflichtung unterschrieben, England Hilfe zu leisten, auf dem Lande, zur See und in der Luft, falls England durch die Anwendung von Sanktionen durch Italien angegriffen worden wäre. Generalstabsbesprechungen seien auch gleich in Angriff genommen worden. Wahr sei, daß er eine Gefahr in der Ausbreitung der Sanktionen erblickt habe, und diesen Standpunkt habe er mit Sir Samuel Hoare geteilt. Die französischen Vorschläge hätten eine ablehnende Aufnahme gefunden. Samuel Hoare sei gefallen im Dienste des Friedens. Leider sei der Friede dadurch in Abessinien nicht hergestellt worden, und in Europa müsse erst [illegible] werden. Die Franzosen berufen sich auf Locarno und rufen die italienische Hilfe an, und gleichzeitig wendeten sie Sanktionen gegen sie an; diese paradoxe Lage könne nicht lange dauern. Er habe alles getan, um den Plan von Stresa nicht zum Erlöschen zu bringen. Nach der Liquidierung der Sanktionen und der Schaffung eines gerechten Friedens in Abessinien würde Frankreich in der Lage sein, mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken, um den Frieden in Europa zu organisieren.

Die ganze französische Presse von rechts bis links bespricht sehr lebhaft die Erklärung Lavals. Die öffentliche politische Meinung Frankreichs anerkennt, daß von dieser Erklärung drei Thesen sich herausheben: 1. daß

der französisch-russische Pakt nicht gegen Deutschland gerichtet

ist und sich vollständig mit dem Locarnopakt deckt, 2. daß Frankreich, sich stützend auf die eigene Kraft, dahin streben müsse, unmittelbare Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen, 3. daß man die Sanktionen gegen Italien liquidieren müsse.

Die öffentliche Meinung Frankreichs faßt diese Erklärung nicht als ein Zusammenfassen von außenpolitischen Grundsätzen auf, sondern als einen Willen, auf die realen politischen Möglichkeiten für eine Lösung der internationalen Schwierigkeiten in Europa hinzuweisen. Der sozialistische „Populaire" wirft Laval vor, daß er in seiner Erklärung absichtlich den Völkerbund wie auch die Frage der kollektiven Sicherheit in Europa vermieden hat. Dagegen tritt er auf eine unmittelbare Verständigung mit Deutschland und Italien ein. Der „Populaire" greift diese Erklärung sehr scharf an mit dem Hinweis, daß die Außenpolitik Flandins sich [illegible] auf die Wege Lavals begibt. Das bezieht sich [illegible] auf die letzte Stellungnahme Frankreichs in Genf zu Italien.

Das Echo auf Hoesch's Tod

Feststellungen der Auslandspresse über seine Rolle in den letzten Jahren

Der Tod des deutschen Botschafters in London, Hoesch, wird von der Auslandspresse mit besonderen Kommentaren über die eigenartige Behandlung, die ihm in den letzten Jahren zuteil wurde, gewürdigt. Indem Hoeschs hervorragende Fähigkeiten und seine Verdienste um die Außenpolitik der Weimarer Republik hervorgehoben werden, wird seine Stellung innerhalb der Diplomatie des Dritten Reiches als wenig erfreulich für den verdienstvollen Mitarbeiters Stresemanns bezeichnet. So sehr dem Londoner Botschafter bei der betonten Englandfreundlichkeit der nationalsozialistischen Regierung eine große Bedeutung zukommen sollte, so sei doch Hoesch bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Hintergrund gedrängt worden und das oft in einer Weise, die den erfolgreichsten deutschen Diplomaten der Weimarer Aera schwer kränken mußte. So habe Hitler wiederholt und erst vor wenigen Tagen zum letztenmal den rangjüngsten Botschafter, Herrn von Ribbentrop, in die englische Hauptstadt entsendet und hat ihn, den Partei-Diplomaten, mit der Leitung der deutschen Delegation beim Völkerbundsrat betraut. Das Zurücksetzen gegenüber dem Neuling Ribbentrop habe sicher die letzten Lebenstage Hoeschs verbittert.

Die „Basler National-Zeitung" schließt ihre Betrachtungen über Hoesch mit folgenden Sätzen: Eine eigentümliche Fügung will es, daß innerhalb kurzer Zeit die Titulare der beiden wichtigsten Botschaften Deutschlands, beide „Outsider" — vom Nationalsozialismus aus gesehen —, gestorben sind: erst Roland Köster, der Nachfolger von Hoeschs in Paris, und nun Herr von Hoesch selbst. Welche tragischen Konflikte diese beiden Männer in den vergangenen drei Jahren als Diplomaten und gute Europäer erlebt haben mochten, das kann man wohl nur ahnen. Sie nahmen ihr Wissen wohl mit ins Grab ....

Roosevelt eröffnet den Wahlkampf

Um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten

Präsident Roosevelt eröffnete den Feldzug für seine Wiederwahl im November durch eine Ansprache an die Jugendgruppen seiner Partei, die sich in allen Städten zur Feier des Geburtstages des großen Parteiführers Jefferson versammelt hatten. Roosevelt hat sich, obwohl seine Aufstellung als Kandidat vollkommen gewährleistet und seine Wiederwahl so gut wie sicher erscheint, entschlossen, mit der alten Tradition zu brechen, wonach ein Präsident nicht aktiv an der eigenen Wiederwahl arbeiten durfte. Er wird durch das ganze Land reisen und überall persönlich um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung werben.

In seiner Rede versprach Roosevelt, den neuen Kurs fortzusetzen, insbesondere die Versuche auf sozialem Gebiet. Er wolle die Mittellinie zwischen denen halten, die „alles tun", und denen, die „nichts tun wollen". Die Jugend der Vereinigten Staaten habe ein Recht, zu erwarten, daß die Mittel, die die Regierung zur Behebung der Not anwendet, sich nicht in den üblichen Universal-Heilmitteln erschöpften. Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlug Roosevelt die Beschränkung aller Arbeitenden auf den Zeitraum vom 18. bis zum 65. Lebensjahr vor. Eine solche Beschränkung würde, so erklärte Roosevelt weiter, eine längere und gründlichere Schul- und Fachausbildung der amerikanischen Jugend ermöglichen. Gleichzeitig mit einer solchen Beschränkung müsse die Schaffung eines Planes für wünschenswert bezeichnet werden, der den älteren Arbeitern gestatte, sich in einen sicheren Ruhestand ohne Sorgen um das materielle Wohl zurückziehen zu können. Roosevelt versprach in diesem Zusammenhang, seine Bemühungen fortzusetzen, die darauf abzielen, die Industrie zu einer Herabsetzung der Arbeitsstundenzahl, zu einer festen Umgrenzung der Arbeitszeit und zur Bezahlung angemessener Mindestlöhne zu bewegen.

Die Rede Roosevelts wurde von dem Rundfunk in die ganzen Vereinigten Staaten übertragen. Die Ausführungen des Präsidenten waren von den 25000 Jungdemokraten mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Roosevelt wurde am Abend mit einem Fackelzug gefeiert.

Heute Beginn der Generalstabsbesprechungen

Die Teilnehmer an den Militär-Verhandlungen

Die Generalstabsbesprechungen auf Grund der Denkschrift der Locarnomächte außer Deutschland beginnen heute in London. Auf englischer Seite nimmt u. a. Generalleutnant Dill für das Heer, der stellvertretende Chef des Flottenstabes Vizeadmiral James für die Flotte und Vizeluftmarschall Courtney für die Flugstreitkräfte teil. Frankreich wird durch den stellvertretenden Generalstabschef General Schweisguth (Heer), General Mouchard (Luftflotte) und Vizeadmiral Abrial (Flotte) vertreten. Die belgischen Vertreter sind Generalmajor de Fontaine und der Luftfahrtattaché in London Major Wouters sowie zwei oder drei jüngere Offiziere. Italien nimmt an den Militärbesprechungen vorläufig nicht teil.

Tokioter Sowjetbotschaft unter Kontrolle

Alle sowjetrussischen Niederlassungen werden beobachtet

Die Verschärfung der Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion auf Grund einer neuen Razzia auf die sowjetrussischen Niederlassungen in Tokio und darauf folgende Proteste Moskaus haben zu einer förmlichen Einschließung der sowjetrussischen Botschaft geführt, ferner zur Festhaltung von mehreren sowjetrussischen Passagier- und Frachtdampfern mit ungefähr 200 Passagieren an Bord. Die Schiffskapitäne werden beschuldigt, mit ihren Schiffen bestimmte Gegenden besucht zu haben, die für die internationale Schiffahrt gesperrt sind. Seit der Zeit ist das Gebäude der sowjetrussischen Telegraphenagentur Taß förmlich belagert worden. Die Korrespondenten der Taß werden auf Schritt und Tritt bewacht. In der vergangenen Woche wurden die drei besten japanischen Zeitungsübersetzer unter der Beschuldigung verhaftet, der Taß geheime Nachrichten gegeben zu haben. Die sowjetrussische Botschaft wird ebenfalls Tag und Nacht bewacht, desgleichen das Büro der Transsibirischen Eisenbahn.

Generalstreik gegen Krieg angekündigt

Auf der Jahrestagung der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Unabhängige Arbeiterpartei „unter geeigneten Umständen" die Arbeiter zu einem Generalstreik gegen einen Krieg auffordern solle, der von einer „kapitalistischen Regierung" angestrebt werde. Wenn es zu einem Krieg komme, werde die Partei es als ihre Aufgabe betrachten, die Arbeiter darauf vorzubereiten, den Krieg in eine soziale Revolution zu verwandeln.

Unterschlagungen im österreichischen Innenministerium. Der Rechnungsrat im österreichischen Innenministerium, [illegible], wurde am Dienstag in Haft genommen. Eine Ueberprüfung der von ihm durchgeführten Kassenführung im Innenministerium hat ergeben, daß er im Laufe der letzten Jahre rund [illegible] Schilling unterschlagen hat.

Presse-Spiegel

England und Zentral-Europa

Unter dieser Ueberschrift schreibt George Glasgow in der „Prager Presse" einen Artikel, den wir nachstehend zum Abdruck bringen. Er zeigt den Standpunkt des Engländers, der vielen unerklärlich scheint.

„Eine alte Frage, die man im Zusammenhang mit der Rolle Großbritanniens in der europäischen Diplomatie in der Vergangenheit zu stellen pflegte, wird von neuem aufgeworfen. Diese Frage lautet: Warum nimmt die britische Regierung keine ausgesprochene Stellung ein, weshalb verpflichtet sie sich nicht formell einzugreifen, wenn Deutschland Zentral- oder Osteuropa angreifen würde, ohne gegen den Westen vorzugehen?

Im gegenwärtigen Augenblick legt sowohl die russische als auch die französische öffentliche Meinung weniger Interesse für Hitlers Vorschläge in Westeuropa, als für ihre Bedeutung für Zentraleuropa an den Tag. Die zentraleuropäischen Länder — Oesterreich, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien im besonderen — werden davon betroffen.

Um klarzustellen, welchen Standpunkt die britische Oeffentlichkeit einnimmt, ist es vor allem notwendig, die Sache von Paris und Moskau aus zu sehen. Diese beiden Zentren argumentieren in folgender Weise: Die innere finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands ist so schlecht, daß Hitler, wenn er seine Position erhalten will, seine Außenerfolge fortsetzen muß. Diesem Zwecke diente bei den letzten Wahlen die Besetzung der Rheinlandzone. Was wird weiter geschehen? Es ist, im persönlichen Interesse Hitlers, notwendig, daß Deutschland sich vergrößert, neue Gebiete für Rohstoffe und Märkte gewinnt. Es ist unwahrscheinlich, daß sein unmittelbar nächstes Ziel Rußland sein wird, weil Rußland im militärischen Sinne ungemein stark ist. Im Westen liegt Holland, mit seinen bedeutenden Kolonialbesitzungen. Aber es ist sicher, daß jeder deutsche Angriff im Westen sofort eine Aktion Großbritanniens auslösen wird. Es scheint also, daß Hitlers Hauptgedanken gegenwärtig auf den alten Zentraleuropa-Traum konzentriert sind. Und deshalb wird sein nächstes Ziel Oesterreich sein. Nehmen wir an, daß es ihm im Wege einer inneren „Nazifikation" gelingen wird, dieses Land virtuell anzuschließen und Großbritannien nicht eingreift? Wie wird sich die Lage der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens gestalten? Wird ihn dann nicht die Tschechoslowakei in Versuchung führen und Rumänien mit seinen Oelfeldern? In diesem Falle würde das Vertragsverhältnis zwischen Frankreich, der Tschechoslowakei und Rußland in Aktion treten. Und würde dies nicht indirekt auch Großbritannien beeinflussen? Der Kernpunkt der franko-russischen Argumentation ist, daß Deutschland, wenn ein geeinigtes Vorgehen Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands als Auswirkung eines deutschen Angriffs in Zentraleuropa angekündigt werden könnte, einen solchen Angriff nie versuchen würde.

So lautet die Argumentation. Die britische Regierung schweigt sich darüber aus, ebenso wie die britische öffentliche Meinung. Es ist wahr, daß die aus dem Völkerbundpakt für Großbritannien erfließenden Verpflichtungen, wenn sie strikte ausgeführt werden, alle Verpflichtungen mit einbeziehen, die die französische und russische Diplomatie verlangt. Aber es scheint eine allbekannte Tatsache zu sein, daß unter den gegenwärtigen Umständen der Völkerbundpakt von den potentiellen (möglichen) Opfern eines Angriffs nicht als ein verläßlicher Schutz angesprochen werden kann. Weshalb weigert sich Großbritannien eine feste Position einzunehmen, wie es Frankreich und Rußland verlangen? Es gibt drei Hauptursachen dafür:

1. In Großbritannien bringt man immer noch dem wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß Rußlands in der Welt keinen besonderen Geschmack entgegen. Mit einem Wort, man fürchtet, daß der Bolschewismus immer noch einen bedeutenden Schaden in der Welt anrichten kann. 2. Man meint, daß eine antideutsche Kombination auf den Schlachtfeldern von 1918 erfolgreich war, als Japan, Italien und die Vereinigten Staaten an ihr teilnahmen. Dennoch hat der Sieg von 1918 nicht das deutsche Problem von 1936 eliminiert. 3. Man glaubt, daß keine britische Regierung sich in Zentral- und Osteuropa binden kann, ohne daß sie den Sturm der öffentlichen Mißbilligung überleben könnte, welche einer solchen Verpflichtung auf dem Fuße folgen würde. Die britische öffentliche Meinung interessiert sich gegenwärtig wenig für die wichtigsten diplomatischen Fragen und Zentraleuropa ist kein neuer Aspekt für die britische öffentliche Meinung. Die britische Regierung beschränkt sich deshalb auf eine Politik, die das Unglück eines Krieges durch Befriedung Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet zu vermeiden sucht. Der Vorschlag Sir Samuel Hoares im Herbst des Vorjahres, eine Weltkonferenz abzuhalten, um die Redistribution der Rohmaterialien zu prüfen, stellt noch immer eines der Mittel dar, durch welches die britische Regierung und die britische öffentliche Meinung eine allgemeine Regelung der Beziehungen zu Deutschland zu finden glauben. In Großbritannien ist man heute nicht geneigt, eine Diskussion über eine Veränderung des territorialen Status quo zuzulassen: weder in Europa noch in den afrikanischen Kolonien."

Schwere Zusammenstöße in Lemberg

Demonstrationen von Erwerbslosen / Die Polizei schoß scharf

In Lemberg kam es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und demonstrierenden Arbeitslosen. Die Arbeitslosen hatten sich im Stadtzentrum angesammelt und waren mit Rufen wie „Gebt uns Brot und Arbeit!" und „Nieder mit dem Kapitalismus" vor die Regierungsgebäude gezogen. Unterwegs schlugen sie bei zahlreichen Kaffeehäusern und Restaurants die Fensterscheiben ein. Die Polizei war zunächst machtlos gegen die Massenkundgebungen, und ihre Versuche, die Züge aufzulösen, schlugen fehl. Als auch nach dem Eintreffen von Polizeiverstärkungen sich die Kundgeber weigerten, auseinanderzugehen, machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Es wurde eine Salve in die Menge abgegeben, durch die ein Arbeitsloser auf der Stelle getötet und sieben andere schwer verletzt wurden. Eine größere Anzahl der Kundgeber erlitt leichtere Schußverletzungen. Im Verlaufe des Abends wurden zahlreiche Personen, die man der Anstiftung zu dieser Kundgebung beschuldigte, verhaftet.

Malta wird englische Kronkolonie

Folge der italienischen Propaganda gegen Großbritannien

„Morning Post" will erfahren haben, daß die Verfassung der Insel Malta im mittelländischen Meer demnächst grundlegend abgeändert werden soll, nachdem die Regierung beschlossen hat, die Insel wegen ihrer strategischen Bedeutung in eine Kronkolonie zu verwandeln. Die Regierung begründe diese Absicht mit der immer heftiger werdenden italienischen Propaganda, welche die bisherige Selbstverwaltung auch in abgeänderter Form nicht mehr zulasse. Die Regierung wird dem „Daily Herald" zufolge am 21. April im Unterhaus eine diesbezügliche Erklärung abgeben.

Der Staatsbeauftragte für die Baugenossenschaften

Vom Gericht für verfassungswidrig erklärt — Die Vorgänge in der Freien Baugenossenschaft

In der Genossenschaftsregistersache betreffend die Freie Baugenossenschaft zu Danzig, eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht — 10 Gn. R. 113 — hat das Amtsgericht, Abt. 10, in Danzig, wie bereits kurz berichtet, beschlossen:

1. Der Beschluß des Amtsgerichts, Abt. 10, in Danzig, vom 21. Januar 1936 wird wieder aufgehoben. (Aussetzung der Entscheidung D. Red.)

2. Die Verordnung betreffend die Bestellung eines Staatsbeauftragten für die Bau- und Siedlungsgenossenschaften vom 14. Januar 1936 (Ges. Bl. S. 31) steht in Widerspruch zu den Artikeln 43, 85 und 110 der Verfassung der Freien Stadt Danzig.

Die Gründe des Beschlusses

Der Kaufmann Klaus Gumprecht war Vorsitzender des Vorstandes der Freien Baugenossenschaft zu Danzig, e. G. m. b. H. Er wurde mit den übrigen Vorstandsmitgliedern durch Beschluß des Aufsichtsrats vom 21. 12. 1935 bzw. 3. 1. 36 seines Amtes enthoben. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß der Vorstand sich über einen Beschluß des Aufsichtsrats hinweggesetzt und dadurch die Satzung verletzt habe, auch sonst die Art seiner Geschäftsführung zu Beanstandungen Anlaß gebe. An Stelle des bisherigen Vorstandes wurden bis zur Entscheidung der einzuberufenden Generalversammlung die Genossen Fooken, Röbbeling und Klein zu Vorstandsmitgliedern bestellt. Sie sind unter dem 6. Januar 1936 in das Genossenschaftsregister eingetragen worden. Die zum Zwecke der Entscheidung über die Maßnahmen des Aufsichtsrats auf den 12. Januar 1936 einberufene Generalversammlung konnte nicht zu Ende geführt werden.

Am 14. Januar 1936 erließ der Senat eine

Verordnung betreffend die Bestellung eines Staatsbeauftragten für die Bau- und Siedlungsgenossenschaften.

Der zum Staatsbeauftragten ernannte Oberbaurat Charisius bestellte am 17. Januar 1936 zum Beauftragten für die Freie Baugenossenschaft das ehemalige Vorstandsmitglied Gumprecht. Diesem Beauftragten oblag nach § 2 der erwähnten Verordnung die Wahrnehmung der bisher dem Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft zustehenden Rechte und Pflichten.

Gumprecht hat am 18. Januar 1936 bei dem Registergericht seine Eintragung als alleiniges Vorstandsmitglied in das Genossenschaftsregister beantragt. Auf den Widerspruch der derzeitigen Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates setzte das Registergericht durch Beschluß vom 21. Januar 1936 gemäß §§ 127 F.G.G. die Entscheidung über den Antrag aus, bis über das streitige Rechtsverhältnis im Wege des Rechtsstreites entschieden worden sei. Die Beschwerde des Antragstellers Gumprecht gegen den Aussetzungsbeschluß wurde vom Landgericht, Kammer für Handelssachen, durch Beschluß vom 12. 2. zurückgewiesen (5. T. 2/36).

Inzwischen haben der Vorsitzende des Aufsichtsrates Lüdtke und die Genossenschaft in den Akten 1 O 29/36

Feststellungsklage gegen Gumprecht erhoben dahingehend, daß die Bestellung des Antragstellers zum Beauftragten für die Freie Baugenossenschaft rechtsunwirksam sei.

Der zugleich in den Akten 1 Q. 17/36 gestellte Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, daß Gumprecht sich bis zur Entscheidung des Rechtsstreites jeder Behinderung des Vorstandes und des Aufsichtsrates in der Ausübung ihrer Aemter enthalten solle, wurde vom Landgericht, 1. Zivilkammer, durch Urteil vom 5. 3. 1936 zurückgewiesen. Als Begründung wurde angeführt, daß der Rechtsweg unzulässig sei. Da das Landgericht in dem Hauptprozeß voraussichtlich den gleichen Standpunkt einnehmen wird, hat das Registergericht aus Zweckmäßigkeitsgründen seinen Beschluß vom 21. Januar 1936, durch den es die Entscheidung über den Antrag des Gumprecht vom 18. Januar 1936 vorläufig ausgesetzt hat, wieder aufgehoben. Sache des Registergerichts war es nunmehr, über den Antrag zu entscheiden.

Das Registergericht ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Verordnung betreffend die Bestellung eines Staatsbeauftragten für die Bau- und Siedlungsgenossenschaften, insbesondere deren § 2, gegen die Danziger Verfassung verstößt.

Es kann schon zweifelhaft sein, ob die fragliche Verordnung durch die Ziffern 69 und 84 des § 1 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. 6. 1933 (Ges.-Bl. S. 273) gedeckt wird. Die Ermächtigung des Senats zu Aenderungen des Genossenschafts- und Siedlungswesens berechtigt ihn mit Rücksicht auf die Weitergeltung des Genossenschaftsgesetzes nicht zur auch nur vorübergehenden Aufhebung der institutionellen Eigenart dieser privatwirtschaftlichen Vereinigungen. Tatsächlich bedeuten die insbesondere in § 2 der Verordnung vorgesehenen Maßnahmen praktisch eine Beseitigung des Charakters der Vereinigung als einer Genossenschaft. Denn Kennzeichen einer Genossenschaft ist unter anderem Ausübung der Selbstverwaltung durch funktionelles Zusammenwirken der drei Organe: Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung entsprechend den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes und der Satzung. § 2 der Verordnung vereinigt dagegen die Aufgaben von Vorstands- und Aufsichtsrat in einer Hand, die ihre Befugnisse unabhängig von dem Vertrauen der Mitglieder der Genossenschaft und also auch von den Beschlüssen der Generalversammlung ausübt. Die Verordnung vom 14. 1. 1936 will im übrigen keine endgültige und allgemeine Regelung des Genossenschaftswesens schaffen, sondern sieht nur Eingriffe vorübergehender Art in die Selbstverwaltung einzelner Genossenschaften vor. Dieses entspricht aber offensichtlich nicht dem Wortlaut und Sinn der Ziffern 69 und 84 des § 1 des Ermächtigungsgesetzes.

Insofern liegt bereits ein Verstoß gegen Artikel 43 der Verfassung vor.

Aber auch wenn man der Ansicht ist, daß der Erlaß der Verordnung an sich durch § 1 Ziffern 69 und 84 des Ermächtigungsgesetzes gedeckt wird, so muß ihr Inhalt dennoch sich ebenso im Rahmen der Verfassung halten wie das Ermächtigungsgesetz selbst. Die Verordnung stellt jedoch weiter einen Verstoß gegen Art. 85 und Art. 110 der Danziger Verfassung dar.

Der Schutz des Artikels 85 erstreckt sich auch auf Genossenschaften,

da unter „Verein“ im Sinne des Artikels jede Zweckverbindung einer Personenmehrheit zu verstehen ist. — Die verfassungsmäßig gewährleistete Vereinsfreiheit wird dann verletzt, wenn den Mitgliedern einer Personenvereinigung entgegen der Satzung jede Einflußnahme auf die Geschäftsführung entzogen wird. Die Verordnung vom 14. 1. 1936 geht aber noch darüber hinaus. Sie verleiht einem Staatsbeauftragten das Recht, Vorstand und Aufsichtsrat — obligatorische Organe der Genossenschaften — ihres Amtes zu entsetzen und ihre Aufgabe kommissarisch einer Einzelperson zu übertragen. Dadurch wird den Mitgliedern der Genossenschaft ihre selbstgewählte und als solche verfassungsmäßig geschützte Vereinspersönlichkeit in stärkstem Maße beeinträchtigt. Denn eine Genossenschaft ohne selbstgewählten Vorstand und Aufsichtsrat hat ihren Charakter als Genossenschaft im Sinne des Gesetzes verloren. Aber auch dem wichtigsten Organ der Genossenschaft, der Generalversammlung, sind seine Rechte durch die Bestimmung des § 2 Abs. 2 der Verordnung empfindlich beschnitten.

Die Verordnung vom 14. 1. 1936 verstößt schließlich gegen Artikel 110 der Verfassung, der das Eigentum gegen Eingriffe der Verwaltung und Gesetzgebung schützt.

Der Begriff „Eigentum“ ist im weitesten Sinne zu verstehen (vergl. Urt. des Obergerichts vom 14. 12. 1932, D. J. M. 1933 S. 10). Unter den Begriff „Eigentum“ fallen auch die Rechte, die jeder Genosse auf Grund der von ihm geleisteten Einlage hinsichtlich der Genossenschaft besitzt. Sie bestehen insbesondere in der Befugnis, durch Stimmabgabe in der Generalversammlung Einfluß auf die Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat und damit auf die Verwaltung der Genossenschaft und des in die Genossenschaft gesteckten eigenen Vermögens auszuüben. Diese Rechte sind den Genossen bei Anwendung der Befugnis aus § 2 der Verordnung genommen. Ihnen fehlt die Möglichkeit jeder irgendwelchen Einflußnahme auf die Verwaltungstätigkeit des Beauftragten.

Ob die Verordnung, wie in den Akten 1 C 29/36 und 1 Q 17/36 von den dortigen Klägern behauptet wird, sich als Ausnahmegesetz darstellt, das

nach Artikel 78 der Verfassung

unstatthaft wäre, braucht hier nicht erörtert zu werden. Tatsächlich ist die Verordnung bisher noch in einem weiteren Falle hinsichtlich der Baugenossenschaft „Krantor“ zur Anwendung gelangt, was jedoch nicht ausschließen würde, daß bei ihrem Erlaß ein Sondereingriff in die Rechte der Freien Baugenossenschaft beabsichtigt war.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß im vorliegenden Falle, selbst wenn die Verordnung vom 14. Januar 1936 der Verfassung nicht widerspräche,

die Einsetzung des früheren Vorstandsmitgliedes Gumprecht als Beauftragten doch als unzulässig angesehen werden müßte.

Das Obergericht hat in seiner Plenarentscheidung vom 7. 11. 1934 (D. J. M. 1934 S. 177 ff.) ausdrücklich die Befugnis der jeweils entscheidenden Gerichte festgestellt, nachzuprüfen, ob die Verwaltungsbehörde bei Bestellung des Staatskommissars innerhalb ihres pflichtgemäßen Ermessens gehandelt hat oder ob ein offensichtlicher Ermessensmißbrauch vorliegt. — Ein derartiger Ermessensmißbrauch maß aber in vorliegendem Falle angenommen werden. Wie schon aufgeführt, war der Antragsteller, seines Amtes als Vorstandsmitglied enthoben worden, weil ihm unter anderem vorgeworfen wurde, daß er einen Aufsichtsratsbeschluß mißachtet und damit gegen die Satzung verstoßen hatte... Aus dem Protokoll der Generalversammlung vom 12. Januar 1936 kann auch entnommen werden, daß

die Mehrheit der Genossen die Amtsenthebung gebilligt hätte, wenn die Abstimmung hierüber nicht vereitelt worden wäre.

Der Antragsteller besaß also, wie sich aus den ganzen Vorgängen ergibt, nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder. **Ueber diesen Umstand dürfte der Staatsbeauftragte bei der Auswahl der für die Genossenschaft zu bestellenden Beauftragten nicht hinweggehen.**

Er konnte der Baugenossenschaft nicht zumuten, sich der unbeschränkten Verwaltung eines Mannes zu unterstellen, dem durch rechtswirksamen Beschluß das Vertrauen entzogen war.

Für die Auswahl des Beauftragten durfte nicht allein das öffentliche Interesse maßgebend sein, sondern es mußte daneben auch das Interesse der Mitglieder der Genossenschaft an einer möglichst reibungslosen, d. h. im Sinne der Mitglieder liegenden Führung der Verwaltungsgeschäfte beachtet werden. Das ist aber nicht geschehen.

Da also das Registergericht die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung vom 14. 1. 1936 verneint, so konnte auch dem Antrage des Kaufmanns Gumprecht, ihn als alleiniges Vorstandsmitglied in das Genossenschaftsregister einzutragen, nicht stattgegeben werden. Gemäß § 122a G.V.G. hatte aber das Registergericht seine Auffassung zunächst in einer Zwischenentscheidung wie geschehen niederzulegen.

Danzig, den 7. April 1936.

Amtsgericht Abt. 10
gez.: Berent.

Die Vorgeschichte

Dieser aufsehenerregende Gerichtsbeschluß hat folgende interessante Vorgeschichte:

Am Sonnabend, dem 21. Dezember 1935 hatte eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung der Freien Baugenossenschaft beschlossen, die Vorstandsmitglieder vorläufig bis zur Entscheidung der ohne Verzug zu berufenden Generalversammlung von der Leitung der Geschäfte zu entbinden. Die Aufsichtsratssitzung beauftragte drei Stellvertreter mit der einstweiligen Führung der Geschäfte. Zum 23. Dezember 1935, abends 6 Uhr, war eine gemeinsame Sitzung von Aufsichtsrat und Vorstand einberufen, in der die Uebergabe der Geschäfte erfolgen sollte. Die Sitzung konnte nicht stattfinden, weil fünf Aufsichtsratsmitglieder, einige beim Betreten des Büros der Genossenschaft, in welchem die Sitzung stattfinden sollte, von der Politischen Polizei

verhaftet wurden.

Ein anderer Teil war nicht erschienen, so daß die Sitzung beschlußunfähig war.

Weshalb nun faßte der Aufsichtsrat den Beschluß, den Vorstand abzusetzen? Der Aufsichtsrat hatte schon früher bemängelt, daß die Verwaltungskosten der Genossenschaft zu hoch sind. Auch hatte die Vorstandsmehrheit, als ein Vorstandsmitglied sich im Urlaub befand, vier Aufsichtsratsmitgliedern die Wohnung gekündigt.

Vor zwei Jahren ...

Der „Vorposten“ berichtete am 6. April 1934:

„Verstaatlichung der Heilstätte Jenkau.

Die offizielle Uebernahme als Staatliche Heilstätte erfolgte am Mittwoch, dem 4. d. Mts. Hierzu waren vom Senat der Freien Stadt Danzig, Abteilung für Gesundheitswesen und Bevölkerungspolitik als Vertreter der Pg. Dr. Großmann und Oberregierungsrat Hagemann erschienen. Es wurde eine kurze schlichte Feierstunde in den Anstaltsräumen veranstaltet. Pg. Dr. Großmann richtete an das versammelte Personal in Anwesenheit des leitenden Arztes und der Verwaltungsbeamten eine ausführliche Ansprache und fand warme Worte der Anerkennung für die geleistete Arbeit. In der weiteren Ausführung würdigte Pg. Dr. Großmann insbesondere die im Anstaltsbetriebe zu leistende oft recht schwere und aufopferungsvolle Arbeit. Er richtete schließlich noch an die Versammelten die Mahnung, daß im Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung nun nach der Verstaatlichung erst recht jeder an seinem Platze mit voller Hingabe seine Pflicht in ganz besonderem Maße für das Allgemeinwohl zu erfüllen habe.“

Die Mahnung des Pg. Dr. Großmann, daß jeder „im Sinne nationalsozialistischer Staatsführung“ und „nun erst recht mit voller Hingabe in ganz besonderem Maße“ zu erfüllen habe, konnte nicht so recht in die Tat umgesetzt werden. Denn auch der Heilstätte Jenkau ist die Verstaatlichung nicht gut bekommen. Sie ist nämlich geschlossen und jetzt in eine nationalsozialistische Gauschule umgewandelt. Der Staat hat nur noch insofern etwas mit ihr zu tun, als er, wie wir aus dem Etat ersahen, einen jährlichen Zuschuß von 19 000 Gulden leistet.

Zu Weihnachten beantragte der Vorsitzende Gumprecht für sich und die Angestellten der Genossenschaft eine Weihnachtsgratifikation. Der Aufsichtsrat lehnte das ab. Dennoch hat aber der Vorstand die Weihnachtsgratifikation gezahlt, was er nach dem ausdrücklichen Beschluß des Aufsichtsrates nicht tun durfte.

Der Genossenschaftsrichter hatte die Eintragung des mit der Fortführung der Geschäfte ernannten Vorstandes beanstandet, weil in der Aufsichtsratssitzung nicht gleichzeitig der Termin für die unverzüglich einzuberufende Generalversammlung festgelegt war. Da die Aufsichtsratssitzung vom 23. Dezember nicht stattfinden konnte, wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden zum 30. Dezember 1935 eine neue Sitzung nach dem Lokal Friedrichshain einberufen. Aber auch diese Sitzung konnte nicht stattfinden, weil die Politische Polizei

wiederum einen Teil der Aufsichtsratsmitglieder verhaftete resp. verhaften wollte.

Am 3. Januar 1936 konnte dann, nachdem vom Polizeipräsidenten Schutz erbeten war, und unter Bewachung der Polizei, eine Aufsichtsratssitzung tagen, die den Beschluß vom 21. Dezember 1935 wiederholte und eine außerordentliche Generalversammlung zum Sonntag, den 12. Januar 1936 einberief. Mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte wurden die Genossen Fooken, Röbbeling und R. Klein beauftragt.

Am 4. Januar 1936 beantragten die mit der Fortführung der Geschäfte beauftragten Genossen auf dem Gericht

ihre Eintragung ins Genossenschaftsregister.

Der Kassenkurator nahm auch die entsprechenden Anträge entgegen. Die Eintragung erfolgte auch. Da aber die schriftliche Bestätigung der Eintragung nicht verabfolgt wurde, weigerte sich der bisherige Vorsitzende Gumprecht, die Geschäfte zu übergeben. Erst am Sonnabend, dem 11. Januar 1936, nachmittags 3 Uhr, einen Tag vor der Generalversammlung, erhielt der Gen. Fooken einen Auszug aus dem Genossenschaftsregister über die erfolgte Eintragung.

Am Sonntag, den 12. Januar 1936, fand die Generalversammlung im Friedrichshain statt. Polizeilicher Schutz war vom Vorstand erbeten und gewährt worden. Die ordentliche Durchführung der Generalversammlung wurde von den Anhängern des früheren Vorsitzenden Gumprecht unter seiner Führung gestört und die Versammlung von der Polizei aufgelöst.

Nachdem der Vorstand seine Legitimation vom Gericht erhalten hatte, übernahm er am Montag, den 13. Januar 1936, die Geschäfte. Der bisherige Vorsitzende Gumprecht ließ sich, trotz schriftlicher Aufforderung, die noch in seinem Besitz befindlichen Schlüssel und Akten der Genossenschaft abzugeben, vier Tage lang im Büro der Genossenschaft nicht sehen.

Am 14. Januar 1936 wurde dann im Gesetzblatt der Freien Stadt Danzig eine

Verordnung des Senats betr. Bestellung eines Staatsbeauftragten für die Bau- und Siedlungsgenossenschaften veröffentlicht.

Nach zwei Tagen wurde Herr Oberbaurat Charisius zum Staatsbeauftragten ernannt. Wieder einen Tag später, am Freitag, den 17. Januar 1936, mittags, wurden die Vorstandsmitglieder aufgefordert, um 15 Uhr im Büro der Genossenschaft zu erscheinen. Um 15 Uhr war Herr Gumprecht im Büro anwesend und legte den Genossen Fooken und Klein ein Schreiben des Staatskommissars vor, nach welchem er zum Beauftragten des Staatsbeauftragten für die Freie Bau-Genossenschaft ernannt sei.

Am 18. Januar 1936 erhielt der Gen. Fooken ein Schreiben des Registergerichts, in welchem zur Stellungnahme betr. Eintragung des Gumprecht in das Genossenschaftsregister aufgefordert wurde.

Am 20. Januar 1936 erhoben

der Vorsitzende des Vorstandes und der Vorsitzende des Aufsichtsrats Einspruch gegen die Eintragung Gumprechts,

weil die Verordnung des Senats nach dem Vorhergegangenen ein Ausnahmegesetz gegen die Freie Baugenossenschaft sei und gegen die Verfassung der Freien Stadt Danzig verstoße. Darauf kam am 23. Januar 1936 eine Entscheidung des Genossenschaftsgerichts, in welcher der Einspruch anerkannt, die Eintragung des G. abgelehnt, und dem Vorstand eine Frist von drei Wochen gegeben wurde, um Klage beim ordentlichen Gericht gegen die Einsetzung des Beauftragten zu erheben. Falls in dieser Zeit keine Klage erhoben werde, würde das Gericht die Eintragung vornehmen lassen.

Danach beauftragte der Vorstand Herrn Rechtsanwalt Dr. Kamnitzer mit seiner Vertretung. Dr. Kamnitzer erhob Klage beim Amtsgericht, das sich jedoch für unzuständig erklärte und die Sachen an das Landgericht verwies. Am 5. März 1936 fand ein Termin vor dem Landgericht statt. Der Erlaß einer einstweiligen Verfügung, nach welcher dem Beauftragten jede weitere Betätigung in der Genossenschaft untersagt wird, wurde abgelehnt. Die weitergehende Klage wurde auf einen späteren Termin vertagt, weil das Gericht der Meinung war, daß der Genossenschaftsrichter das Urteil zu fällen habe.

Daraufhin hat der Vorstand erneut Klage beim Genossenschaftsrichter erhoben. Das Amtsgericht hat am 7. April obenstehenden Beschluß gefaßt.

„Hier bin ich Mensch . . ."

Viermal Ostern — oder die Tragödie einer Generation

Dies ist das Drama einer Generation in vier Akten — wer schreibt es?

Da ist ein kleines Haus im Vogesenwald. Hoch steht es über Fluß und Tal, herrlich die Aussicht, die es verleiht, heimelig der kleine Innenraum: Einfache Holzbänke und Tische, schlicht der Kamin, hier ist gut sein. Und hier ist man gut. Man schreibt das Jahr

1906.

Der junge Mann, der da mit einer Horde Wandervögel gekommen ist, zwanzig junge Menschen mit blanken Beinen und freiem Hals, mag eben zwanzig Jahre alt sein. Aber er steht unter ihnen wie ein Meister. Kraft strömt von ihm aus, sicher sind seine Weisungen an die Gruppe, verehrend die Blicke, die ihn treffen von Bursch und Mädel. Sie nennen ihn beim Vornamen und wenn sie den aussprechen, so klingt es, als sprächen sie zu ihrem Gott. Denn er, Werner, ist das lebendige Band ihrer Gemeinschaft: er hält sie zusammen, er gibt ihnen Sinn, da er sie führt zu den Idealen eines neuen herrlichen Lebens. In diesem Leben, in dieser Welt, für die sie mit ihm kämpfen wollen, wird der Mensch Mensch sein dem Menschen, einer da sein für, nicht wider den andern, Friede und Freude sein unter denen, die dann wandern im Erdenrund, Recht herrschen und gleiche Pflicht für jeden.

Am Samstag sind sie ausgezogen, von der Grenze her haben sie den Wald sich erobert: denn sie sind jung und das ist schön, denn sie sind die junge Garde des Proletariats, das keine Landesgrenzen scheut, frei der Welt gegenüberstehen, brüderlich dem Menschen aller Zonen. Und Werner hat sie geführt. Bei einer einsamen Fahrt hat er dieses Waldhaus gefunden und sich und den Seinen als Heim gesichert. Im „fremden" Land eine Oase der Freude zu sein ihren Fahrten.

Und als die Nacht vorüber war, taufrisch der Morgen sich erhob über den Vogesen, im Freien am Quell Buben und Mädel sich gewaschen, den Morgentrank genommen hatten, da saß Werner unter ihnen, sie bildeten den Kreis und er hatte ein Buch in der Hand, daraus las er. Seine Stimme war wärmer als sonst, ein jeder fühlte das Glühen seines Herzens, da er las was er fühlte, aus Goethes Faust, den Osterspaziergang. Und Werner hob die begeisterte Stimme, „Hier", so hieß es da, „hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!"

1916.

Zehn Jahre sind vergangen. Die blanke Hütte über dem Wald in den Vogesen ist verwandelt. Ein Etappenlazarett hat hier sein Zelt aufgeschlagen. Geschäftig eilen Samariter einher, in weißen Mänteln gehen Aerzte hinzu, man trägt auf Bahren stöhnende Verwundete . . . das Donnergrollen der Kanonen tönt herüber . . . 's ist Krieg über der Welt, Mord und Vernichtung.

Den Arm in der frischen Binde, geht der Füsilier Werner Voigt ein Stück in den Wald hinaus. Er muß allein sein mit seinen Gedanken.

Ist es nicht Ostern? Ostern wie damals, als er hier saß unter den Seinen? Ostern, das Fest des Frühlings und der Erneuerung? Aus dem Tornister hat er den zerlesenen kleinen Reclam-Band mitgenommen, auf dem „Faust" steht von Goethe. Mit der gesunden Hand zieht er das Büchlein aus der Tasche, auf einem Baumstumpf setzt er sich nieder und sieht sich um.

Da keimt das junge Grün aus dem Boden, da duften die Bäume wie eh und je, da lacht der Himmel über einer Welt, die der Irrsinn schüttelt. Und keiner der Seinen ist mehr um ihn. Freund Heinz gefallen, neben ihm zerschossen, der junge geliebte Körper. Spärliche Briefe von hier und dort zeigen, wie der Wahn erfaßt hat die gläubigen Menschen der Zukunft, andere aber auch fest geblieben sind, kraftvoll sich Trost zuschreiben und Zuversicht, daß aus diesem Bad des Grauens Neues aufsteigen werde wie die Frühlingssonne über ihrem Vogesenwald.

Traurig sieht Werner auf sein Haus, ihre Hütte, das Heim ihrer Gemeinschaft — was ist daraus geworden . . .?! Und er senkt den Blick auf das aufgeschlagene Buch . . . „Hier bin ich Mensch . . ."??? Weinend über diese Welt bricht er auf die Seiten nieder, auf denen es steht . . .

1926.

Und wieder zehn Jahre und wieder ein anderer Tag. Und wieder Ostern. Vor dem Haus in den Vogesen, auf Steinen, die geschichtet liegen, sitzen zwei Menschen, Mann und Frau. Zwei Kinder spielen im nahen Grün.

Die beiden Menschen sitzen vornübergeneigt als trügen sie Trauer um eine Welt, die doch blüht und sonnengekränzt ist wie nur jemals im Lenz. Aber hinter ihnen, die Mauern sind zerfallen, hier wohl mag ein Haus gestanden haben einmal, jetzt sind es nur Trümmer. Leere Fensterhöhlen zeigen, wo einmal ein Heim war, das Heim ihrer Jugend. Denn es ist Werner und sein junges Weib, die hier sitzen. Eine aus der Horde von dazumal ist bei ihm geblieben, eine von so vielen, sie ist ihm gefolgt nach dem Gesetz ihrer Liebe, zwei Kinder sind da, so jung, so unschuldig an allem . . . Wo aber sind die Freunde, wo ist die Gemeinschaft?

Am seligsten noch dünken Werner heute die, denen früher Tod vor jenen zehn Jahren erspart hat, was nun kam. Denn er, der Gott war in der Mitte der Gemeinde, er ist armselig heute, vor der Zerrissenheit der Welt. Hätte er nicht wissen können, welche Gedanken ihn überfallen würden, als er diesen Osterausflug vorschlug in den geliebten Vogesenwald? Sich denken können, daß er eine Ruine vorfinden würde? Nein, nun lassen ihn die Gedanken nicht los, der „Faust" — das alte Heft ist es noch, nur gebunden, steckt im Rucksack . . . [illegible]

Max und Fritz und Gottlieb bei den braunen Hakenkreuz-Fanatikern, Siegfried und Walter und Martha von Haß gepackte Radikale, denen er ein lauer Kämpfer, ja ein „Verräter" scheint, zerfallen die Gemeinschaft, gespalten in Parteien, die so wenig waren, zerfleischt von Gruppenwahn die einst Menschenbrüderschaft geschworen . . .

Werner sucht die Hand der Frau . . . den letzten Halt der Gemeinschaft. „Nicht doch . . ." Sie lächelt, um ihn zu ermuntern, „denn laß die Gedanken . . ."

1936.

[illegible]

zeichen im Schiffbruch der Zeit. Es gehe ihm gewiß schlecht, aber er wolle keine Hilfe und keiner weiß, wovon er lebt.

Zwei junge Menschen, junges Volk aus dem Schweizerland, feste kräftige Burschen, die sich dies erzählen ließen, sehen sich an: Wollen hingehen, sprechen zueinander, vielleicht können wir da etwas lernen. Und steigen bergan durch den nassen Wald . . . Werden sie lernen? Werden sie ändern? Eine Welt schaffen, in der man Mensch sein kann?

(Nach dem Bericht eines Freundes mitgeteilt von J. Bechenbach.)

Hamburg gegen Königsberg

Das Projekt der Königsberger Ueberseeverbindungen

Auf einem Vortragsabend, der von verschiedenen Kontoren der Nordischen Gesellschaft und den Handelskammern Hamburg und Altona veranstaltet worden war, sprach Privatdozent Dr. Schulz-Kiesow, Hamburg, über „Die Bedeutung der Ostsee für die Seeschiffahrt und die Seehäfen der Ostseeländer, unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands". Der Vortrag ist weniger durch die Person des Redners als durch das Forum, vor dem er gehalten wurde, interessant. Der Vortragende wies darauf hin, daß angesichts der großen Bedeutung der Massengüter, wie Holz, Erze, Steinkohlen und Futtermittel, die Stellung der Ostseehäfen für die Seeschiffahrt noch bedeutsamer sei, als aus ihrem Anteil am Welthandel hervorgehe. Der Referent schilderte weiter ausführlich die teilweise erfolgreichen Bestrebungen der Ostseeländer, durch Errichtung direkter Ueberseelinien sich von der Vormachtstellung der Nordseehäfen im Transitverkehr freizumachen. Zugleich wies er aber nach, daß Hamburg und Bremen wegen ihres dichten Liniennetzes mit Uebersee stets eine bedeutsame Stellung im Transitverkehr mit den Ostseestaaten einnehmen werden. Es bahne sich eine natürliche Arbeitsteilung zwischen den deutschen Nordseehäfen und den ausländischen Ostseehäfen im Ueberseegeschäft an. Zum Schluß äußerte sich der Referent zu der Frage der Errichtung direkter Ueberseelinien in den deutschen Ostseehäfen. Er betonte, daß gerade die Konzentration der Ueberseeschiffahrt in Hamburg und Bremen die einzigartige Stellung dieser Häfen im Transitverkehr mit den Ostseeländern ermöglicht habe. Er hielt aus diesem Grunde eine Abkehr von diesem Prinzip für überaus bedenklich.

Der Vortrag, dessen für Danzig bedeutsamen Inhalt wir hier kurz skizziert haben, stellt offenbar einen Vorstoß der deutschen Nordseehäfen gegen das Projekt der Errichtung direkter Ueberseelinien von den Ostseehäfen aus dar. Hamburg, dessen Hafenverkehr sich alles andere als rosig gestaltet hat, erblickt in diesen Plänen nicht mit Unrecht eine weitere Schmälerung seiner Bedeutung. Die ostpreußische Presse wertet diese Rede denn auch richtig als Vorstoß gegen die für Königsberg gehegten Pläne, die anscheinend in mancher leicht entzündlichen Phantasie schon unerfüllbare Hoffnungen erregt hatten. So schreibt die „Königsberger Allgemeine Zeitung": „Diese Auffassung (nämlich des obigen Referats. Red. „D.St.") steht bekanntlich im Widerspruch zu den auch von amtlichen Stellen geförderten Bestrebungen, mehr als bisher direkte Ueberseelinien nach deutschen Ostseehäfen zu ziehen. Daß die deutschen Häfen der Ostsee Hamburg und Bremen nicht unnötig Konkurrenz machen sollten, versteht sich von selbst. Zweifellos besteht aber die Möglichkeit, auf diese Weise ausländischen Häfen der Ostsee in ihren gerade in den letzten Jahren mit besonderem Eifer ausgebauten Schiffahrtsbeziehungen zur Uebersee erheblich Wasser abzugraben." Der Appell an die amtliche Förderung riecht beinahe etwas nach Denunziation. Aus der scharfen Sprache ist aber deutlich die Enttäuschung darüber erkennbar, daß Hamburg und Bremen sich gegen die hochfliegenden Pläne zur Wehr setzen. Unter den ausländischen Ostseehäfen, die hier gemeint werden, dürfte außer auf Gdingen auch auf Danzig abgezielt werden, dessen Hafenverkehr auch Königsberg also noch weiter zu schädigen beabsichtigt.

Vater werden ist nicht schwer . . .

Jetzt wollte er sich drücken

Auf welche raffinierte Weise sich der Arbeiter Kindel vor der Alimentenzahlung für sein uneheliches Kind drücken wollte, bewies ein Arbeitsgerichtsprozeß, der schon eine ganze Reihe von Terminen erlebte. Es klagte der Vormund des Kindes, der Invalide Kobinski. Dieser alte Mann hat eine Menge Laufereien und Schererereien gehabt, bis es endlich zum Urteil kam. Es ist aber zweifelhaft, ob er nun schon zu dem Geld kommen wird. Der Vater des Beklagten, der Fuhrparkarbeiter Kindel, besitzt ein Kohlenfuhrwerk, mit welchem der Sohn einen ambulanten Kohlenhandel betreibt. Deshalb richtete sich die Klage zuerst gegen den Fuhrparkarbeiter Kindel als Arbeitgeber seines Sohnes. Der alte Kindel erklärte, den Kohlenhandel betreibe die Braut seines Sohnes, ein Fräulein Lange. Dieser hätte er sein Fuhrwerk geliehen und der Sohn sei bei ihr beschäftigt. Jetzt wurde gegen Fräulein Lange geklagt. Sie behauptete jedoch, ihr Verlobter bekäme kein Gehalt, sondern fahre für sie mit den Kohlen aus Gefälligkeit.

Nun sollte beim Polizeipräsidenten angefragt werden, auf wen eigentlich das Gewerbe angemeldet ist und ob die Art der Beschäftigung des Beklagten ein solche ist, daß naturgemäß eine Entlohnung erfolgen müßte. In diesem Falle hätte Fräulein Lange für ihren Verlobten die eingeklagte Forderung zu zahlen. Die Auskunft des Polizeipräsidenten besagte, daß es sich hier wieder um eine Verschleierung handele. Zwar hätte die Braut des Beklagten, Fräulein Lange in Ohra, das Gewerbe. Im übrigen habe sie mit dem Kohlenhandel nichts zu tun. Der eigentliche Manager sei der Fuhrparkarbeiter Kindel, für den der Sohn tätig sei. Zu dem Termin war die nunmehr Beklagte nicht erschienen. Es wurde nur ihr Verlobter, der Vater des unehelichen Kindes aus der Untersuchungshaft, in der er gerade einer anderen Sache wegen saß, vorgeführt. Auf die Frage des Vorsitzenden, Richter Dr. Wirk, warum die Beklagte nicht erschienen sei, antwortet der Kindesvater, er wisse es nicht, er sitze seit 14 Tagen in Haft. Seine Braut wollte sich von der Arbeitsfront vertreten lassen! Es erging gegen sie ein Versäumnisurteil.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang. Am 14. April: [illegible]

Ausgang. Am 14. April: [illegible]

[illegible]

[illegible]

Aus dem Osten

Waldbrand in Ostpreußen

Im Schutzgebiet Heide in der Fürstl. Prökelwitzer Forst bei Christburg entstand ein Waldbrand. Zufälligerweise wurde der Brand rechtzeitig von Förster Becker-Königssee bemerkt, der sofort alle erreichbaren Spaziergänger zum Ausschlagen des Feuers heranholte. Es gelang, das Feuer auf einen kleinen Herd zu beschränken. Etwa ein halber Morgen Schonung wurde vernichtet. Bei dem herrschenden frischen Winde wäre es durchaus möglich gewesen, daß der Brand einen gefährlichen Umfang angenommen hätte. Das Feuer ist vermutlich durch Rauchen im Walde entstanden. Die Forstverwaltung teilt mit, daß sie den ganzen Wald für Spaziergänger sperren würde, wenn sich ähnliche Vorkommnisse wiederholen sollten.

Skelettfund bei Elbing

Bei Ausschachtungsarbeiten am Elbingfluß wurde ein Menschenschädel und ein Schuh gefunden. Die unter Leitung der Polizei fortgesetzte Nachgrabung förderte in ein Meter Tiefe ein ganzes Skelett zu Tage. Unter dem Skelett lag eine Schnapsflasche. Geld oder Wertsachen wurden nicht gefunden, lediglich der Bügel einer Geldtasche und ein Taschenmesser. Es ist ebensogut möglich, daß die Leiche vom Fluß her eingeschwemmt worden ist, oder daß sie hier verscharrt wurde.

500 Dollar hinter der Tapete

Sie wurden ein Raub der Flammen

Während des Schinkenräucherns entstand im Wohnhaus des Landwirtes Jan Rosa in Ochodza, Kreis Mogilno, Feuer, wodurch das Haus mit der ganzen Wohnungseinrichtung eingeäschert wurde. Der Gesamtschaden beträgt 8800 Zloty. Ein Raub der Flammen wurden auch 500 Dollar, welche der Bauer unter der Tapete hinter einem Schrank aufbewahrt, bezw. versteckt gehalten hatte.

Alkohol-Ausschank durch Frauen in Polen verboten

Ende April treten die gesetzlichen Bestimmungen in Kraft, nach welchen es in Polen verboten ist, alkoholhaltige Getränke in Gaststätten, Bars usw. durch Personen weiblichen Geschlechts verkaufen bzw. verabreichen zu lassen.

Zu drei Jahren Zuchthaus und Entmannung verurteilt

Die Große Strafkammer in Tilsit verurteilte den 33jährigen Arthur Endrejat aus Groß Ostwalde, Kreis Niederung, zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und Entmannung. Endrejat, der mehrfach vorbestraft ist, gilt als gemeingefährlicher Sittlichkeitsverbrecher. Seine Vorstrafen begannen 1922 mit einem Forstdiebstahl; es folgten zwei Diebstahlsstrafen, dann Bestrafungen wegen Betruges, Unterschlagung, schwerer Urkundenfälschung, drei weitere Strafen wegen Betruges und die letzten wegen Betruges im Rückfall.

Gas-Ableser irrt sich beim Ablesen seines eigenen Zählers

Das Landgericht Königsberg verurteilte am 8. Januar Ernst Spandöck zu einem Jahr Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte war als städtischer Gasableser der Gemeinde Cranz beauftragt, die Gas- und Stromzähler der Abnehmer zu kontrollieren, die entsprechenden Listen und Karten zu führen und Gelder einzuziehen. Zu seinem Ablesebezirk gehörte auch seine eigene Wohnung. Der Angeklagte hat nun, um weniger Gebühren zahlen zu müssen, falsche Zahlen in die zu führenden Karteikarten und Abnehmerlisten eingetragen. Er hatte ursprünglich die Absicht, später einmal die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Das Landgericht erblickte in dem Verhalten des Angeklagten eine strafbare Handlung; er habe sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil schon durch den Zahlungsaufschub, auf den er keinen Anspruch hatte, verschafft. Der Angeklagte sei Beamter im Sinne des Gesetzes und die gefälschten Karten seien beweiserhebliche Urkunden. Er wurde daher wegen Urkundenfälschung im Amt und wegen Betruges verurteilt.

Auf die vom Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision, hat der sechste Strafsenat des Reichsgerichts das angefochtene Urteil aufgehoben und die Angelegenheit zu neuer Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Die Annahme der Beamteneigenschaft sei nicht zu beanstanden, doch sei bisher vom Landgericht nicht festgestellt, ob es sich bei den gefälschten Karten tatsächlich um amtliche Urkunden gehandelt habe.

Begnadigungen in Kowno. Der litauische Ministerpräsident hat wieder eine Reihe von Begnadigungen politischer Gefangener und Staatsgefangener vorgenommen. Unter den Begnadigten befindet sich der im großen Memelländer-Prozeß im März vergangenen Jahres zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte Arthur Hoyer, ferner drei Woldemaras-Anhänger, der Oberst der Flieger Karaits, der beim letzten Woldemaras-Putsch zusammen mit dem Generalstabschef verhaftet und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt war, sechs Kommunisten und fünf andere Staatsgefangene.

Ein Opfer der Spielleidenschaft. Der Angestellte der Firma Balta-Cement in Gdingen, Ferzo Kaden, unterschlug einen Scheck seiner Firma über 6000 Zloty und verspielte das Geld im Kasino in Zoppot. Er wurde von der Polizei festgenommen.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

Mittwoch, den 15. April:

18.30 Prag: Zwiegespräch über Mensch und Rasse (deutsche Arbeitersendung). Anschl. deutsche Nachrichten. — 19.30 Straßburg: Orchesterkonzert.

19.00 London Regional: Nachrichten. Anschl. Orchesterkonzert. — 19.30 Budapest: Ungarische Tranphantasien. — Stockholm: „Lohengrin", Oper von Wagner. — 19.30 Oslo: Orchesterkonzert.

20.00 Reval: Konzert. — Riga: Konzert. — 20.35 Lahti: Quartett. — 20.35 Deutschlandsender: Orchesterkonzert. — Paris PTT.: Orchesterkonzert. — 20.45 Straßburg: Deutsche Nachrichten. — 20.50 Hilversum II: Leichte Musik. - 20.55 Hilversum I: Orchesterkonzert.

21.00 Beromünster: Nachrichten. Unterhaltungskonzert und Sendung für die Schweizer im Ausland. — Brüssel franz.: Operette. — Brüssel fläm.: Orchester. — Straßburg: Deutsche Nachrichten. Anschl. Orchesterkonzert. — Warschau: Chopin-Konzert. — 21.05 London Regional: Chopin-Konzert. — 21.45 Bukarest: Konzert.

22.00 London Regional: Konzert. — Wien: Nachrichten. Anschl. Tamburizza-Konzert. — 22.05 Warschau: Jagdmusik am Hofe Augusts II. — 22.10 Poste Parisien: Kabarett. — 22.15 Kalundborg: Johann-Strauß-Konzert. — Paris PTT.: Kammermusik. 22.45 Bukarest: Deutsche Nachrichten. — 22.50 Budapest: Zigeunermusik.

Joseph Avenol

Der „Geburtshelfer“ der Konferenzen

Wenn am politischen Horizont wieder neue Schwierigkeiten auftauchen, oder wenn der Frieden wieder einmal bedroht ist, beeilen sich die Staatsmänner, sich zur Beratung zusammenzusetzen, sei es auch nur, um festzustellen, daß sie verschiedener Meinung sind. Sie begeben sich von einer Hauptstadt in die andere; sie haben zahlreiche Unterhaltungen, aus denen eine gleiche Anzahl Communiqués resultiert; sie halten Reden, geben der Presse Erklärungen ab und bilden auf die legitimste Weise der Welt den Inhalt für die Schlagzeilen sämtlicher Zeitungen.

Es gibt jedoch einen Mann, der als erster hinzugezogen wird, um die Größe der Schwierigkeiten zu ermessen. Es ist Joseph Avenol, Generalsekretär des Völkerbundes. Und so wird es wohl auch bleiben, solange wenigstens, wie die Mächte, die ihre Anstrengungen der Erhaltung und der Organisation des Friedens widmen, glauben werden, daß diese doppelte Mission nur im Rahmen des Völkerbunds erfüllt werden kann.

*

Joseph Avenol ist 1879 in Melle, im Departement Deux-Sèvres, geboren; bis zum Kriege hat er im Finanzministerium Karriere gemacht, wo er die Funktion eines Generalinspektors ausübte. Nach dem Kriege bekleidete er den Posten eines Sekretärs im Völkerbund. Seine Stellung gibt ihm Gelegenheit, viel zu reisen, sich mit finanziellen Problemen zu beschäftigen, die dem Völkerbund vorgelegt werden, zu versuchen, Abhilfe zu schaffen. Er widmet sich insbesondere der Wiederaufrichtung der österreichischen Finanzen und erweist sich auf diesem Gebiet als einer der größten Spezialisten.

Im Oktober 1932 beschließt die Plenarsitzung des Völkerbundes einstimmig, ihn für den Posten an der Spitze der Institution zu wählen, den bis dahin Sir Eric Drummond eingenommen hatte. Und am 1. Juli 1933 tritt er sein neues Amt an.

Diese neue Stellung bringt eine Erweiterung seines Tätigkeitsfeldes mit sich. Die politischen Probleme treten jetzt unmittelbar an ihn heran, und es sind nicht nur ihre finanziellen und wirtschaftlichen Seiten, die sein Interesse und seine Initiative verlangen. Es ist die Zeit der heftigsten Angriffe und härtesten Proben, durch die er die Genfer Institutionen zu bringen versucht. Und es bedarf der Eigenschaften eines großen Diplomaten, kaltblütig und abwägend, um diese Situation zu meistern, die Avenol im höchsten Maße bewiesen hat.

*

Man muß sein Vorzimmer und sein Büro, jetzt auf den Hügeln von Prégny gelegen, gesehen haben, um über die Verschiedenartigkeit der Probleme, die ihm täglich gestellt werden, urteilen zu können. Umgeben von auserwählten Mitarbeitern, die den Schwierigkeiten internationaler Verhandlungen in jeder Weise gewachsen sind, empfängt er den Besucher in einem weiträumigen Büro, dessen Strenge nur durch die hohen Fenster gemildert wird, durch die man die wunderbare Landschaft draußen betrachten kann. Ernst hört er zu, ohne zu unterbrechen; höflich, aber reserviert, läßt er seinen Besucher sprechen. Und dann sagt er in einigen kurzen und klaren Sätzen, was möglich und was unmöglich was klug und was unklug sei.

Man hat ihn den „Mann des guten Rates“ genannt. Und manche Diplomaten, die sich an den Ufern des Genfer Sees bemühen, das eine oder andere Problem zu lösen, beschließen oft genug, „zu Avenol zu gehen“ und von ihm eine Lösung zu erfahren. Dieser Mann, der abgesehen von seinen offiziellen Verpflichtungen sehr zurückgezogen auf seinem Gute lebt und seine freie Zeit mit der Betrachtung seiner Blumen und . . . mit einem Amateur-Kino zubringt, spielt also gewissermaßen und mit Erfolg die Rolle eines Friedensrichters zwischen den Nationen.

*

Aber das ist nicht alles. Es fällt ihm außerdem die schwere Aufgabe zu, das Funktionieren eines höchst komplizierten Organismus, wie es der Völkerbund ist, zu überwachen. Es gibt im Völkerbund mehrere Hundert Funktionäre, die ungefähr sämtliche Mitgliedsstaaten vertreten. Und man wird verstehen, daß es großer Festigkeit und Redlichkeit bedarf, um diesen ungeheuren Apparat dauernd in Gang zu halten und für eine harmonische Abwicklung sämtlicher verschiedener Funktionen Sorge zu tragen.

Obwohl seine Aktivität anscheinend lautlos und im Hintergrund vor sich geht, ohne viel Aufhebens, jeglicher Publizität abgeneigt, so zeigt es sich bei den großen Genfer Konferenzen, daß Joseph Avenol auch für die repräsentative Seite seiner Arbeit Sinn hat. Oft geschieht es, daß er die Staatsmänner, zwischen denen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, zu sich auf sein Gut einlädt und die Konferenz in das dortige Speisezimmer verlegt wird. Die ausgezeichnete Bewirtung, die hohe Qualität der Weine und nicht zuletzt die schöne und irgendwie beruhigende Landschaft, von der Logik und Ueberzeugungskraft des Hausherrn ganz zu schweigen, wirken manchmal Wunder.

*

Immer wieder beweist sich sein Einfühlungsvermögen und sein Takt, wenn er mit Vertretern der verschiedensten Nationalitäten zu verhandeln hat, die alle ihre Eigentümlichkeiten haben, auf die er eingehen muß. Und mit großer Geschicklichkeit findet er sich in diesem Urwald von verschiedenen Gefühlen, Reaktionen und Vorurteilen zurecht.

Und vor allem darf er niemals weder an an der Institution, die er verwaltet, noch an ihren Dogmen, für die er in irgendeiner Weise verantwortlich gemacht wird, verzweifeln. Man darf dabei nicht vergessen, daß, was vielleicht bedauerlich ist, der Völkerbund selbst keine politische Größe ist. Wenn es eine Völkerbunds-Ideologie gibt, so gilt sie nur, insoweit sie von den in Genf versammelten Völkern aufrechterhalten wird. Und wenn Joseph Avenol, selbst Franzose, aber gleichzeitig und vor allem Prototyp eines internationalen Diplomaten, von höchster Auffassung seiner Pflichten, manches Mal dazu gezwungen wird, sie an ihre Verpflichtungen zu erinnern, so darf er doch heute nicht selbst und in seinem Namen das Wort ergreifen, auch dann nicht, wenn der Völkerbund selbst gefährdet ist.

Wie die Dinge auch liegen mögen und welche Zukunft dem Völkerbund auch beschieden sein mag, es bleibt das große Verdienst Joseph Avenols, ihn gegen Orkane und Sturmfluten geschützt zu haben und, im Bereiche seiner Möglichkeiten, das Prestige einer Institution gewahrt zu haben, von der man noch nicht weiß, ob sie nicht doch, nachdem sich alle von der Notwendigkeit ihres Bestehens überzeugt haben werden, endgültig den Frieden der Welt zu sichern vermag.

Jean Thouvenin — („Tribune des Nations“ WTB.)

Die deutsche Glaubensbewegung bleibt führerlos. Der Rücktritt des bisherigen Leiters der Deutschen Glaubensbewegung, Professor Hauer, von seinen Aemtern und das völlige Ausscheiden des bisherigen stellvertretenden Leiters der Bewegung, Graf Reventlow, haben den Blick der Oeffentlichkeit auf die Vorgänge in der Glaubensbewegung gerichtet. Die Leiter der Landesgemeinden der Bewegung waren in Berlin versammelt und haben zu den Vorgängen in einer längeren Erklärung Stellung genommen. In der Erklärung wird betont, das deutsche Volk sei die „gottgewollte und gottgefügte Gemeinschaft der Träger gleichen und artverwandten Blutes“ und werde als Grundwert für sich betrachtet. Die Bewegung brauche keinen eigenen religiösen Führer und werde deshalb in Zukunft einen einzelnen Leiter nicht mehr bestellen. — Die Glaubensbewegung scheint mit ihren bisherigen Führern eine zu große Pleite erlebt zu haben. Ob mit oder ohne Führer — über den Rahmen einer nationalsozialistischen Sekte ist diese Vereinigung nicht hinausgekommen und wird es, nachdem sie ihre einzigen Attraktionen verloren hat, auch nicht mehr kommen.

Ein deutsches Lesebuch

Ohne Goethe — dafür Beiträge von nationalsozialistischen Funktionären

Vor einigen Tagen ist das erste einheitliche Reichslesebuch erschienen. Es ist für das fünfte und sechste Volksschuljahr bestimmt; weitere Bände für die anderen Jahrgänge sollen folgen. Seine Schaffung geht auf den Erziehungsminister Rust zurück, der sich gegen die bisherigen Lesebücher gewandt hat, welche im freien Wettbewerb der Verfasser und Verleger entstanden. Es gab ihrer über hundert. Jetzt hat der totale Staat die Herausgabe der Lesebücher übernommen, um dieses wichtige Erziehungsmittel in der Hand zu haben.

Das Lesebuch besteht aus zwei Teilen, einem allgemeinen, der für das ganze Reich gilt, und einem kleineren besonderen, der je nach 22 Landschaften, in die das Reich für diesen Zweck zerlegt ist, verschieden ist. Der allgemeine Teil soll den Kindern nationalsozialistische Weltanschauung vermitteln. Er enthält Berichte über Rassefragen, Parteigeschichte sowie Lebensdarstellungen der führenden Nationalsozialisten, die zu hohen Staatsämtern gekommen sind. In dem bereits vorliegenden Band trifft man auf manche Autorennamen, denen man in den hundert deutschen Lesebüchern bisher nicht begegnete und die sozusagen die neue Errungenschaft des Dritten Reiches darstellen. Im großen und ganzen aber sind es dieselben Schriftsteller und Dichter, deren Werke man allerdings unter Beachtung der nationalsozialistischen Weltanschauung herangezogen hat. Auffallend ist, daß Goethe überhaupt fehlt.

Unter den politischen Stücken findet man Stücke aus Hitlers „Mein Kampf“, ferner eine Stelle aus der Königsberger Rede vom 4. März 1933. Ein Abschnitt aus der ersten Mairede von Reichsminister Goebbels („Zum Tage der Arbeit 1933“) ist herangezogen worden. Reichsluftfahrtminister Hermann Göring ist mit einem Auszug seines „Tagebuch eines Jagdfliegers“ vertreten.

Margarinepreis und Löhne

Zur Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft

Zum erstenmal werden jetzt Angaben über die Produktion der deutschen Margarineindustrie veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die Erzeugung von Margarine und Kunstspeisefett 1932 mit 530 000 Tonnen einen Höchststand erreicht hatte.

Im Zuge der Bestrebungen, die Abhängigkeit der deutschen Fettversorgung vom Ausland zu lockern, wurde die Erzeugung in dem Ende September 1935 abgelaufenen Jahr auf 388 000 Tonnen oder 73 Prozent des Höchststandes eingeschränkt. Da sich die Margarineversorgung als unzureichend erwies, sah sich die Regierung veranlaßt, die Kontingente im vierten Quartal 1935 um ein Drittel zu erhöhen, so daß die Industrie wieder 48 000 Tonnen Rohfette im Monat verarbeiten durfte gegen nur 36 000 Tonnen im dritten Quartal. Es handelte sich freilich nur um eine vorübergehende Erhöhung, die von der Bevölkerung aber um so mehr begrüßt wurde, als sie hierdurch wieder in die Lage kam, ihren Fettbedarf billiger als durch teuere Butter (Pfund 1,60 Mark) zu decken. Margarine kostet immerhin je Pfund nur 1,— Mark und billigere Sorten 60 Pfennig. Dieselbe Margarine, die jetzt 60 Pfennig kostet, kostete allerdings 1932 nur 22 und im Ruhrgebiet sogar nur 18 Pfennig. Die Erhöhung der Margarinepreise war bekanntlich eine der ersten Taten der nationalsozialistischen Regierung.

Da die Löhne stabil geblieben sind, ist dies ein Zeichen dafür, wie ihre Kaufkraft zurückgegangen ist. Einer kürzlich vorgenommenen Berechnung zufolge ist die Realkaufkraft der Löhne im abgelaufenen Jahr um etwa 18 Prozent gesunken. Das Drängen der Arbeiterschaft nach Lohnerhöhungen wird unter diesen Umständen immer stärker und setzt sich, wie die Massenprozesse der letzten Wochen zeigen, auch in Aktionen um.

Erinnerung an alte Zeiten

Truppenparade an Hitlers Geburtstag

Der Kommandant des Wehrkreises III, Generalleutnant von Witzleben, hat eine Reihe von Einladungen zu einer großen Truppenparade verschickt, die am 20. April, dem Geburtstage Hitlers, zu dessen Ehren veranstaltet wird. An diesem Tage, einem Montag, wird die Charlottenburger Chaussee, die Hauptverkehrsverbindung vom Zentrum nach dem Westen, für die Parade reserviert.

Nach einer Berliner Meldung der „United Preß“ handelt es sich bei dieser Parade um die Wiedererstehung der ehemaligen kaiserlichen Frühjahrsparade, die den Höhepunkt des militärischen Prunks vor dem Krieg darstellte.

„Forschungsabteilung Judenfrage“. Die nationalsozialistische Geschichtsforschung bemüht sich, die Judenfrage, die politische Führung im Weltkrieg und über die Nachkriegszeit darzustellen. Zu diesem Zweck hat der Präsident des Reichsinstitutes für Geschichte des neuen Deutschland, Walter Frank, angekündigt, daß ab 1. April innerhalb des Reichsinstitutes drei neue Forschungsabteilungen errichtet worden sind: Eine Forschungsabteilung Judenfrage, die die Aufgabe hat, die Grundlage zu schaffen für eine Geschichtsschreibung der deutschen und europäischen Judenfrage. Eine Forschungsabteilung „Politische Führung im Weltkrieg“, die durch Sichtung und Sammlung des Materials über die politische Kriegführung im weitesten Sinne die spätere Geschichtsschreibung des Krieges „vorzubereiten“ hat. Bezeichnenderweise ist der Leiter der ehemalige Abteilungschef im Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Oberst a. D. Walter Nicolai. Eine Forschungsabteilung Nachkrieg, insbesondere Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung. So soll denn die jüngste Geschichte nachgeformt werden unter der Leitung dieser sogenannten Forschungsabteilungen.

Streik in Czenstochau. In einer Metallfabrik in Czenstochau trat am Ostersonnabend die gesamte Belegschaft von 130 Personen in den Streik. Die Arbeiter besetzten die Fabrik und beschlossen, solange zu hungern, bis die Direktion auf die beabsichtigte Lohnsenkung verzichtet. Der Streik nahm bisher einen ruhigen Verlauf.

Die Wiederkehr der Kosaken

Die Sowjetunion läßt die Tradition wieder aufleben

In diesen Tagen haben in Orenburg, in Asow und anderwärts große Zusammenkünfte der Don-, Kuban- und Terek-Kosaken stattgefunden. Die Feierlichkeiten trugen den Charakter einer Verbrüderung. Den Kosaken zu Ehren fand in Moskau die Uraufführung der Oper „Der stille Don“ statt, die von Dscherschinski nach dem bekannten Roman von Scholochow komponiert worden ist. Durch alle diese Kundgebungen sollte demonstrativ die alte Vergangenheit, in der die Kosaken das zaristische Regime verkörperten, ausgelöscht werden. Umso stärker knüpfte man an entgegengesetzte Traditionen, wie die Bauernaufstände unter Führung von Kosaken vom Schlage Stenka Rasins und Pugatschews an.

Im 16. Jahrhundert hatten die Kosaken sich gegen die Leibeigenschaft in heftigen Kämpfen zur Wehr gesetzt, doch gelang es dem Zaren, ihre Führer zu gewinnen und auf diese Weise die Kosaken unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Dann begann jene Epoche, in der sie geradezu zum Symbol der Unterdrückung wurden. Man verwandte sie zur gewaltsamen Eroberung von Kolonien und zur Unterdrückung von Aufständen. Die Kosaken bildeten eigene Truppenteile, in denen jeder auf eigenem Pferde und mit eigener Ausrüstung zu dienen hatte, und erhielten gleichzeitig ziemlich große Landflächen, die ihnen ein besseres Leben als dem Gros der Bauernschaft ermöglichten. So waren sie großenteils die stärkste Stütze der Gegenrevolution. Nach deren Niederschlagung flüchtete ein Teil ins Ausland. Ein Teil blieb im Lande und leistete der Kollektivierung heftigen Widerstand. Andere gingen freilich schon früh zum neuen Regime über, und so gab es in der Reiterarmee des Generals Budjonny bereits zahlreiche Kosaken. Inzwischen hat sich ein Wandel vollzogen, ein Wandel bei den Kosaken und auch ein Wandel des Regimes gegenüber den nationalen Traditionen.

Es trat neulich auch in einer Diskussion über Fragen des musikalischen Schaffens hervor. Eine zeitlang hatten die Werke von Schostakowitsch in der Stanislawski-Oper an erster Stelle gestanden, und man feierte seine Musik, die man als revolutionär bezeichnete. Dann trat ein Umschwung ein. Unter der Ueberschrift „Krach statt Musik“ griff die „Prawda“ ihn an, bezichtigte ihn linker Abweichungen und wandte sich gegen seine absichtlichen Dissonanzen, durch die der Hörer betäubt werde. Das Singen sei in Schreien verkehrt, und das Ganze stelle nur eine musikalische Variante zu gewissen Theaterexperimenten dar. Er solle seine musikalische Inspiration im Volke suchen. Die Volksmusik ist jetzt wieder Trumpf, darunter auch die Donkosaken-Lieder, die man noch vor 10 Jahren als reaktionären Chauvinismus verwarf. Man hat die schwermütigen Bauerngesänge und wilden Reiterlieder wieder hervorgeholt. Man pflegt wieder die Erbschaft der Vergangenheit.

Die vereitelte Radiosendung der Hitlerrede

Kommunisten unter Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat

Der Strafsenat des Stuttgarter Oberlandesgerichts hat nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil gegen die Kommunisten gesprochen, die am 15. Februar 1933 durch Kabelzerstörung die Rundfunkübertragung der ersten Stuttgarter Hitlerrede nach der Machtübernahme vereiteln konnten. Erst im Dezember 1935 war es der Polizei gelungen, die Kabelzerstörer ausfindig zu machen. Geradezu unglaublich klingt die Anklage: Kabelzerstörung wurde als Vorbereitung zum Hochverrat ausgelegt. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurden angeklagt der 23 Jahre alte Alfred Däuble, der 35jährige Rudolf Futterknecht, alle wohnhaft in Groß-Stuttgart. Sämtliche Angeklagte waren Kommunisten. Mit einem Beil wurde das von der Versammlung zum Rundfunksender führende Kabel durchschlagen.

Das Gericht hat bei den Angeklagten die Vorbereitung zum Hochverrat aus subjektiven Gründen verneint. Dagegen wurden sie der Telegraphen-Betriebsgefährdung schuldig gesprochen und im einzelnen zu folgenden Strafen verurteilt: Däuble, Bräuninger und Futterknecht zu je zwei Jahren Gefängnis, Weinzier unter Einbeziehung einer früheren Strafe zu insgesamt zwei Jahren vier Monaten Gefängnis.

Eine Arbeitsmarkt-Vereinigung in Memel

Der Landtag des Memelgebietes hat ein Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verabschiedet. Dieses Gesetz hat in den Kommissionen einige grundsätzliche Abänderungen erfahren, durch welche die Auswirkungen des Gesetzes erheblich erweitert wurden. Während nach dem Gesetzentwurf bestimmt war, daß nur diejenigen Arbeiter eine Arbeitsgenehmigung des Arbeitsamtes erhalten sollen, die in der Stadt Memel und in den industriellen und gewerblichen Betrieben der Landkreise beschäftigt sind und dort mindestens zwei Jahre ihren ständigen Wohnsitz im Bezirk des Arbeitsamtes gehabt haben, bringt der neue Entwurf weitergehende Bestimmungen. So wird in ihm festgelegt, daß für alle industriellen und gewerblichen Betriebe die achtstündige Arbeitszeit unter Berücksichtigung unbedingt notwendiger Ausnahmen Geltung hat. Ferner dürfen in industriellen Betrieben jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts unter 15 Jahren nicht beschäftigt werden. Sodann verbietet das Gesetz, Ehefrauen, deren Ehemänner in einem normalen Arbeitsverhältnis stehen, als Arbeitnehmerinnen gegen Entgelt zu beschäftigen. In besonderen Fällen können Ausnahmen gestattet werden. Eine Kommission soll die Durchführung des Gesetzes kontrollieren.

Neue französische Grenzregimenter. Der „Matin“ läßt sich aus Nancy melden, daß die Militärbehörden neue Maßnahmen ergriffen hätten, um die Verteidigung der Grenzbefestigungen zu verstärken. Das 42. Infanterie-Regiment, das 1914 in Belfort in Garnison lag, nach dem Kriege aber aufgelöst wurde, werde in den nächsten Tagen neu zusammengestellt und in Neu-Breisach Garnison nehmen, um die Befestigungsanlagen in der Gegend von Colmar zu besetzen. Aber auch andere Festungs-Infanterie-Einheiten sollen neu gebildet werden. Das 511. Kampfwagen-Regiment, das nach dem Kriege ebenfalls aufgelöst worden war, wird in Verdun neu zusammengestellt und erhält als Kern das 51. Schwere Kampfwagen-Bataillon.

Henri Cheron gestorben. Der ehemalige französische Minister und Senator Henri Cheron ist am Dienstagnachmittag an den Folgen einer Blinddarmoperation im Alter von 69 Jahren gestorben. Cheron begann im Jahre 1906 seine politische Laufbahn in der französischen Kammer. 1913 wurde er in den Senat gewählt. Nachdem Cheron bereits unter Clemenceau das Amt eines Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium bekleidet hatte, gehörte er später als Arbeitsminister, Landwirtschaftsminister, Finanz- und Justizminister fast aller Regierungen von Poincaré bis Doumergue an. Im Oktober 1934 nahm er im Anschluß an den Stavisky-Skandal seinen Abschied.

MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg - Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

12. Fortsetzung

Je länger Schumann Haydée betrachtete, die unter der Sonne sich wohlig reckte und mit allen Poren fast sichtbar atmete, desto wunschloser fühlte er sich werden. Wie es ihm genügt hätte, hier jeden Tag mit ihr hinaufzugehen, am Wege Bemerkungen über kleine Häuser, schöne Autos und putzige Hunde zu machen und dann den hellen, reinen Gumpoldskirchner auf der Zunge zu spüren oder zu sehen, wie er in der mattbraunen Kehle des Mädchens in kleinen Schluckstößen hinunterrieselte. Hühner pickten an dem buschbewachsenen Abhang eifrig umher, eine Katze sprang geschmeidig auf einen leeren Stuhl neben Haydée, musterte verlangend die Speisen auf dem Tisch, krümmte den Rücken und verschwand mit einem Satz beim herannahenden Schritt des Kellners.

Quer über den Weg zu seinen Kindern hatte sich Haydée gelagert. Er sah weit hinten in der Ferne Gabriele. Sie ging wie Haydée. Rudolf und Thessa waren überhaupt nur weiße Schatten ohne Gesichtszüge, die so weit fort waren, daß es ganz ausgeschlossen schien, sie je zu erreichen.

Haydée trug auf der linken Hand einen Ring mit einem länglichen Stein. Er hatte ihn schon oft gesehen, er war bei Ringen sehr empfindlich. Wenn sie schlecht gefaßt waren, erregten sie in ihm einen Widerwillen, der fast bis zum Ekel ging.

Sie bemerkte seinen Blick.

„Du findest den Ring häßlich?"

„Ich mag deine Hand ohne einen Schmuck lieber."

„Ja, natürlich", sagte sie, streifte den Ring ab und warf ihn, ehe er es verhindern konnte, in weitem Bogen den Hang hinunter ins Gras. Ein Huhn gackerte flatternd nach, suchte aufgeregt den an ihm vorbeigesausten Gegenstand und fand ihn nicht.

„Aber das war doch nicht nötig", meinte er beschämt.

„Nötig? Ich möchte nicht, daß du an mir etwas häßlich findest."

„Um so mehr wirst du an mir häßlich finden. Ich habe zum Beispiel eine von einem Säbel zerspaltene Schulter. Sie ist vernarbt. Aber schön sieht es nicht aus."

Sie ging nicht darauf ein:

„Du wirst mich zu Dunaimis mitnehmen? Ich habe so viel von ihm gelesen. Es gibt ja schon eine Biographie über ihn, nicht wahr?"

„Zwei sogar. Er ist wirklich der geheimnisvollste Greis, den es gibt. Und der mächtigste. Obwohl viele sagen, daß er kaum noch bei Sinnen ist. 88 Jahre soll er sein. Wenn er sterben wird, werden drei Kissen mit Orden, die höchsten der Welt, hinter ihm hergetragen werden."

„Ich bin schon sehr neugierig auf heute abend. Mit einem berühmten Mann wie mit dir in einer solchen Gesellschaft . . ."

„Wieso denn berühmt? Weil ein paar Schieber mich für einen guten Kaufmann halten?"

„Ja, aber Makropulos ist doch mehr. Als Beauftragter von Dunaimis ist er eher ein Diplomat."

„Ja, wenn du die Grenzen so eng ziehst!"

Sie lachte. Und Schumann mußte mitlachen. Das war ihm so unheimlich, daß er abbrach. Wie lange war das her gewesen, daß er gelacht hatte. Er konnte sich überhaupt nicht mehr daran erinnern. Er horchte in die Luft, als ob er den Tönen, die schon längst verklungen waren, nachrufen wollte, zu bleiben.

„Was machst du denn für ein erschrockenes Gesicht?" fragte Haydée.

Er flüsterte:

„Es ist so grauenhaft: mir fällt ein, ich bin doch immerzu durch die Straßen gegangen und mit Menschen zusammengewesen, und alle haben gelacht, mir ist es aber immer nur so gewesen, als rissen sie komischerweise den Mund auf, ohne daß man was hörte. Ich konnte mir gar nicht mehr vorstellen, daß man überhaupt lachen kann. In dieser Welt, völlig unbegreiflich!"

*

Brüllendes Gelächter erschütterte den kleinen Festraum, als gegen Mitternacht der Komiker und Conferencier Blanbuich, den Makropulos außer zwei musikalischen Virtuosen-Schwestern zur Unterhaltung seiner Gäste ins „Imperial" eingeladen hatte, die neuesten Witze erzählte. Blanbuich hatte rasch das Milieu erfaßt. Außer Makropulos, Hajek und der Fürstin Satorescu befanden sich noch eine Anzahl Herren im Raum, die man dem Aussehen nach für Gentlemen, dem Beruf nach für Bankiers und dem Benehmen nach für Gangsters aus Amerika-Filmen gehalten hätte. Ferner „lady max" eine bekannte Gesellschaftsschriftstellerin, die zuviel Rot aufgelegt hatte und sich krampfhaft bemühte, ihren Nachbarn zu Attacken herauszufordern, einige Journalisten, mehrere Damen, die alle nur auf Adelstitel reagierten, und eine veritable Erzherzogin aus irgendeiner alten, verschollenen kirchlichen Seitenlinie, die bei jedem Witz Blanbuichs ein Gebiß von gelben Pferdezähnen entblößte und krampfhaft in die Hände klatschte. Schumann ging in dieser Versammlung prominenter Köpfe fast unter, während Haydée, in brennendes Rot gekleidet, bald von den Blicken dieses, bald von denen jenes Mannes auf das schamloseste ausgezogen wurde. Sie nahm das alles nicht zur Kenntnis. Nur wenn die Fürstin Satorescu sie mit einem kaum bemerkbaren Kopfheben grüßte, wandte sie sich etwas ängstlich ab.

Es wurde viel getrunken. Außer Makropulos und Blanbuich war kaum jemand nüchtern. Beide waren es aus demselben Grunde: Makropulos, weil er solche Symposien für die herrlichste Gelegenheit hielt, seinen Freunden und Bekannten wirklich hinter das blasierte Benehmen des Alltags zu kommen, Blanbuich, weil er als Jude sowieso keinen Alkohol gut vertrug, dann aber auch, weil das Honorar dieses Abends hoch war und er für seine komplizierten Pointen einen klaren Kopf haben mußte. Er schenkte verschwenderisch Hajek zu, der, [illegible] seinem Nachbarn, einem Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt, so [illegible] schmeichelte, daß dieser zur Besinnung kam und unauffällig begann, sich Hajeks Worte zu notieren. Als Makropulos dies merkte, kam er langsam heran, schob Hajek freundschaftlich zur Seite, ging vertraulich mit ihm plaudernd zur Tür hinaus und kam nach wenigen Minuten allein wieder herein.

Immer ungezwungener rollte das Programm ab. Mit innigem Vergnügen bemerkte Blanbuich, wie sich Makropulos an Hajeks Stelle neben den Direktor setzte, der das Wandern als solches gar nicht bemerkt hatte. Der Grieche hatte den anderen mit Scherzen und heftigen Zurufen in kurzer Zeit so weit, daß er ihm die Notizen, die er sich gemacht hatte, zeigte. Als er gerade eine neue Zigarette begann, gab ihm Makropulos so ungeschickt Feuer, daß er an das Notizblättchen geriet und es anbrannte.

„Sie setzen mich wohl in Brand", polterte der Direktor und schlug das brennende Papier zusammen. „Sie sind ja ein feuriger Herr, kein Wunder, wo ich so viele schöne Frauen hier sehe, das macht heiß."

„Kein Wunder, mein Lieber", eiferte Makropulos ihn an. „Werden Sie mir nun endlich glauben, daß es Unsinn ist, sich von Vickers nichts zu borgen. Warum weigern Sie sich?"

Der Direktor stieß lange und gründlich auf:

„Wie schlecht Sie informiert sind! Furchtbar schlecht!"

„Ja, leider diesmal", zuckte Makropulos bedauernd die Achseln.

„Jawohl, selbst ein Mann wie Sie kann einmal falsch unterrichtet sein."

Makropulos wußte genug und überließ den Bankdirektor einer jungen Schauspielerin aus der Josefstadt, der dieser sein verpfuschtes Leben zu erzählen begann. Eigentlich hätte er auch zum Theater gewollt, aber . . .

Als Makropulos bei Schumann vorbeiging, berührte er ihn leicht an der Schulter und gab ihm einen Wink. Sie gingen in einen Nebenraum.

Makropulos nahm hastig ein Dokument aus der Tasche:

„Hier ist der Vertrag. Sie wollten doch unterschreiben."

Schumann betrachtete das Dokument. Seine Wunde an der Schulter schmerzte ihn. Er sagte plötzlich:

„Wozu ist das eigentlich alles gut?"

Der Zwerg runzelte überrascht die Stirn:

„Damit Sie Geld verdienen. Und wir auch."

„Geld verdienen", knurrte Schumann, „was machen Sie denn mit all ihrem Geld?"

„Herr Rittmeister Schumann, wollen wir uns philosophisch unterhalten? Oder wollen wir einen Vertrag schließen?"

„Morgen", gab Schumann kurz zurück, „ich kann jetzt nicht die ganzen Paragraphen durchlesen."

„Wie Sie wünschen", gab Makropulos sehr kühl zurück, „dabei ist das doch Ihr Abend. Aber ich verstehe Sie nicht ganz. Es war doch alles verabredet."

Schumann lachte aufgeräumt:

„Ich glaube, ich habe einen Schwips, Herr Makropulos, Sie müssen mir das nicht übel nehmen, ich habe nicht Ihre stille Art, den Alkohol zu meiden. Aber mein Vater hat gesagt: Junge, du darfst niemals etwas unterschreiben, wenn du nicht ganz bei Verstand bist. Und ich bin nicht bei Verstand heute. Denken Sie, ich habe heute gelacht. Wie kann ein Mensch, der bei Verstand ist, lachen! Kann der nicht höchstens weinen?"

Makropulos war etwas angewidert. Er trippelte wortlos in den Saal zurück und überlegte: wollte dieser Schumann eine höhere Summe herausziehen, oder war er besoffen? Beides mochte er nicht. Aber man würde ja sehen. In diesem Augenblick drehte er sich auch schon auf den Hacken um. Schumann hatte ihm den Vertrag nicht wiedergegeben, hatte ihn eingesteckt.

Da stand die Erzherzogin neben ihm. Sie war eine starke, knochige Person. Ihre Bekanntschaften waren hervorragend. Sie schluckte riesige Provisionen. Eigentlich war sie zuerst nur eine Freundin der Fürstin Satorescu gewesen. Jetzt arbeitete sie längst selbständig. Da er so klein war, packte ihn die große knochige Frau nicht am Aermel, sondern an der Schulter. Sie war peinlicherweise total betrunken:

„Mein Lieber, ich höre ja schreckliche Dinge von Ihnen! Was machen Sie mit meiner Freundin Helena? Man flüstert von geheimnisvollen Mitteln, durch die Sie sie abhängig gemacht haben sollen."

„Bedaure außerordentlich, Euere Exzellenz, daß so törichte Gerüchte umgehen. Fürstin Satorescu gibt mir die Ehre, mir manchmal mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Mehr kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen."

Die Erzherzogin lächelte breit über ihr ganzes Gebiß. Sie hatte heute den ganzen Abend vergeblich zu flirten gesucht, und durch das Unmaß des genossenen Weines war sie jetzt zu allem entschlossen. Sie legte besitzergreifend beide Hände auf Makropulos' Schultern und erwiderte, beleidigt durch den Widerspruch:

„Ach, das meine ich ja gar nicht! Ich möchte wissen, wie Sie sie kirre gemacht haben. Helena war so stolz. Jetzt erzählt man, daß sie vor Ihnen auf der Erde rumrutscht, vor so einem kleinen Griechenknaben." Der Ausdruck gefiel ihr offenbar. Sie tätschelte dem zornroten Makropulos über den Kopf, verwirrte ihm die ganze Frisur und stieß ihn wie in einer plötzlichen Erkenntnis so heftig beiseite, daß der Schmächtige taumelte:

„Ach, mit Ihnen ist ja doch nichts anzufangen! Schrecklich ist das heute! Eigentlich sind Sie doch furchtbar komisch! Alle Leute haben Angst vor Ihnen. Allen sitzen Sie auf den Nacken wie ein Blutegel. Dabei bin ich gewiß . . ."

„Entschuldigen Sie, Exzellenz, meine Gäste rufen", entzog sich Makropulos der furchtbaren Situation, während die robuste Erzherzogin ihm wütend nachlief:

„Wenn man Ihnen einen Kinnhaken gibt, lösen Sie sich überhaupt in Nichts auf. Sie nahm, im Nebenzimmer angelangt, zornbebend eine Laute von der Wand, die dort unter einem verblichenen Lorbeerkranz hing, warf sich in einen Sessel und schlief, ehe sie noch den ersten Takt geschlagen, mit einem kindlichen Lächeln um den offenen Mund ein.

(Fortsetzung folgt.)

Meerestauchen — ein neuer Sport

Jeder kann auf dem Meeresboden spazieren gehen — Die Gießkanne mit den Augengläsern — Floridas neue Sportindustrie — Mit Untersee-Harpunen auf Fischjagd

Amerikanische Sportgesellschaften bemühen sich jetzt, einen ganz neuen Sport zu schaffen: Sie bieten jedem die Möglichkeit, auf dem Meeresgrund spazieren zu gehen, eine Möglichkeit, die übrigens auch jeder Europäer sich — angeblich — leicht verschaffen kann.

Höher, tiefer — für jedermann!

Der Mensch liebt es, von Zeit zu Zeit die engen Grenzen zu überschreiten, die ihm seine normalen Fähigkeiten zogen: er strebt hinauf in die Stratosphäre, oder tief hinunter in die Batisphäre. Nicht immer sind nur wissenschaftliche Beweggründe dafür ausschlaggebend gewesen, daß die Menschen diese Grenzen mit dem Ballon, dem Flugzeug, der Taucherkugel oder dem Taucheranzug zu überwinden bestrebt waren.

Aus dieser Neigung fürs Absonderliche erklärt es sich auch, daß der Mensch heute mit Begeisterung jene Idee aufgreift, die kein anderer als der König der Tiefsee, der berühmte Charles W. Beebe, zuerst predigt und der Verwirklichung nahebringen will.

„Untersee-Promenadenanzug!"

Die Schwammtaucher und Perlfischer irgendwo in den chinesischen Meeren, an den japanischen Küsten oder in den Fluten des Pazifik haben es zwar zu einer erstaunlichen Fertigkeit gebracht, oft lange Minuten tief unter Wasser zu bleiben. Aber man weiß, daß sie mit 35 oder 40 Jahren verbrauchte Menschen sind, die sich zum Sterben rüsten müssen. Ihnen nachzueifern, kann also nicht das Ziel der sportfrohen Spaziergänger auf dem Meeresgrund sein.

Wir unterscheiden heute vier Möglichkeiten, die Tiefe zu überwinden. Da gibt es zuerst den schweren Taucheranzug, in den man hineinsteigt, und der, durch starke Kettenzüge getragen, durch die Meere schwebt. Dann gibt es jene anderen Taucherkleider, die man anzieht, um mit ihnen — nur lose mit der Oberfläche verbunden, aber doch immer von ihr abhängig — in der Tiefe langsam und mit Tauchergewichten beschwert, einherzuschreiten. — Und endlich kennt man neuerdings jene leichten Taucherausrüstungen, die praktisch aus einem Helm und einem Sauerstoffgerät bestehen, und die somit, sofern nicht andere Gefahren drohen, die bequemste Art eines Spazierganges unter Wasser darstellen. Beebe hat nun in Taucherglocken eine Meerestiefe von fast 1000 Meter erreicht. Dazu gehört aber viel Geld, denn besondere Schiffe mit Kranen, Taucherleitungen, Telephonen und vorab schwere Glocken aus stärkstem Material sind dazu nötig, nebst Bedienungsmannschaften. Die Taucherglocken dienen der Tiefseeforschung. Beebe erzählt, daß im allgemeinen das gewöhnliche Tauchen (mit normaler Ausrüstung) in nicht großen Tiefen weniger gefährlich sei als ein Spaziergang in der Großstadt, das Tauchen eröffne eine neue Welt, man wandle durch neue Wunder.

Mit Gießkanne und Gartenschlauch.

Beebe hat es behauptet, die Tauchergesellschaften von Florida haben es erprobt, und an der französischen Küste hat man es für Europa zuerst praktisch durchgeführt: der „kleine Mann" kann sich seine eigene Taucherausrüstung für billiges Geld selbst herstellen.

Er braucht nichts anderes als einen schönen großen Hohlraum, etwa den einer Gießkanne. Er muß nur ein paar Augenlöcher hineinschneiden und diese mit Glas wasserdicht schließen, damit er auch von der schönen Aussicht etwas hat. Schließt er dann entweder mit Hilfe einer Pumpe einen alten Gartenschlauch über dem Wasser an diesen improvisierten Taucherhelm an, — dann ist seine gesamte Taucherausrüstung schon fertig. Will er aber noch unabhängiger werden, dann legt er sich eine Sauerstoffpatrone an, wie sie heute bereits hergestellt wird und keineswegs mehr nur Sauerstoff, sondern in komprimierter Form richtige, atembare Luft enthält. Man kann diese Fläschchen an jeder Garage mit den heutigen Luftpumpen füllen lassen. Das langt dann schon für eine beträchtliche Zeit zu einem Spaziergang abzugleichen.

Unterwasserspaziergänger — an die Front!

Wir wissen alle, welche Wunder die Meerestiefen bergen. Wir brauchen ja nicht gleich bis in jene Rekordtiefen von 960 Meter hinabzuklettern. Steigen wir langsam die Ufer hinab, prüfen wir die Unterseegärten, die sich vor unsern entzückten Augen auftun, bewundern wir die Seepferdchen, die vor uns ihre interessanten Kunststücke zeigen, und machen wir uns auch schon mit den neuen Sportarten vertraut, die die Prediger dieses neuen Unterwasserdaseins lehren.

Mit kleinen Harpunen, die aus Luftdruckgewehren abgeschossen werden, kann man auch größeren Fischen zu Leibe gehen. Man kann aber auch Speerwerfen und sich sonst darin üben, den Fischen nachzuspringen. Denn infolge der eigenartigen Schwerbedingungen unter Wasser vermag man geradezu groteske Sätze auszuführen.

Für die Vergeßlichen sind sogar die Schreibgeräte bereits erfunden, mit denen sie ihre Notizen auch unter Wasser festhalten können. Man wird eines Tages Unterwassermaler und Schriftsteller unter Wasser kennen. Schon bietet man immer bessere, schönere und sichere Geräte an, die kaum größer sind als eine Bademütze mit Schenkklappen.

Der Weg zum Unterwasserspaziergang ist wirklich geebnet. Er wartet nur auf die Mutigen, die ihn beschreiten.

Der gestohlene Ehemann

Vor dem Neuyorker Gericht stand Mrs. Leitermann, eine reiche Witwe, die von Mrs. Meismer angeklagt war, ihr ihren Mann „gestohlen" zu haben, und die diese verruchte Tat mit einem Schadenersatz von 250 000 Dollar büßen sollte. Die Beklagte hatte den verführerischen Mr. Meismer auf der Ueberfahrt von Europa kennen und lieben gelernt. Sie hat noch auf dem Schiff mit seiner Frau verhandelt und ihr in aller Form angeboten, den Mann für 5000 Dollar zu übernehmen. Wie vor Gericht durch einwandfreie Zeugenaussagen festgestellt wurde, hat Mrs. Meismer an sich in diesem Vorschlag nichts Empörendes erblickt, sie fand nur den gebotenen Preis zu niedrig. Mr. Meismer hingegen, der von den Verhandlungen Kenntnis hatte, fand das Angebot der reichen Witwe sehr schmeichelhaft, das Verhalten seiner Frau hingegen unwürdig. Jedenfalls überzeugte er sich, daß diese ihn nicht liebe, und fuhr mit Mrs. Leitermann nach der Landung davon. Worauf, wie gesagt, Mrs. Meismer seinen Wert gerichtlich zur Entscheidung stellte. Der Richter fand, daß Mr. Meismer mit 10 000 Dollar genügend bezahlt sei.

Das 171 mal versetzte Brillantenkollier

Vor einigen Tagen wurde auf einer Leihhausversteigerung in Paris von einem großen Juwelier für 676 000 Franken ein wunderbares Brillanten-Kollier erworben. Die Geschichte dieses Kolliers ist recht ungewöhnlich: es gehörte der Gräfin P., die es noch unter Louis Philippe vor jetzt 86 Jahren versetzt hat. Das Kollier besteht aus 13 Smaragden, die von je 13 Brillanten umgeben sind — offenbar war der Besteller dieses Kolliers, das aus der Epoche Ludwigs XVI. stammt, nicht abergläubisch. 171 Mal waren inzwischen die halbjährigen Verfallsfristen, aber immer wurden von der gräflichen Familie regelmäßig die Prozente bezahlt und der Schmuck neu versetzt. Aber beim 172. Mal ging die Sache schief, man weiß nicht, aus welchem Grunde die Erneuerung des Versatzscheines unterblieben ist.

Der Streit um den Eiffelturm. In Frankreich dauert die Debatte um den Eiffelturm an. Von vielen Seiten wird gegen den Eiffelturm Sturm gelaufen und im Hinblick auf die bevorstehende Weltausstellung seine Niederreißung nach dem Muster des Trocadéro gefordert, da er häßlich sei und das Gesicht der Stadt Paris entstelle. Schon während des Baues des Eiffelturmes hat es seinerzeit solche Angriffe gegeben, bei denen der Dichter Huysmans und andere Schriftsteller führend waren. Als der Eiffelturm 1910 Eigentum der Stadt Paris geworden war, verlangte man erneut seine Abtragung. Aber zahlreiche Verbände hielten ihre schützende Hand über ihn, zumal er für die meteorologische Wissenschaft unentbehrlich geworden war. 1923 wurde abermals ein Vorstoß unternommen und erklärt, die 9 Millionen Kilogramm Eisen würden besser für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwandt. Die Kosten des Abbruchs erwiesen sich jedoch als zu groß. Aber auch jetzt dürften die Angriffe wieder abgeschlagen werden, denn das Werk Gustave Eiffels hat noch immer mehr Freunde als Gegner.

Aus aller Welt

Der eingemauerte Dolch

Ein Raubmord nach 16 Jahren aufgeklärt

In dem schlesischen Dorf Steingrund in der Grafschaft Glatz, wurde am Fronleichnamstage 1920, also vor 16 Jahren ein grauenhafter Raubmord verübt. Während der Fronleichnamsprozession, an der fast die gesamte Dorfbevölkerung teilnahm, drang ein Mann in das Wohnhaus der Familie Franke ein und erstach die 33 Jahre alte Maria Franke, die sich ihm anscheinend in den Weg gestellt hat. Danach raubte er eine Summe von etwa 50 Mark und entkam unerkannt. Die polizeilichen Untersuchungen, die mit aller Energie aufgenommen wurden, hatten die Verhaftung eines jungen Burschen, namens Max Urban, zur Folge, der nachweislich am Fronleichnamstage seinen Eltern im Dorf einen Besuch abgestattet hatte und abends im Gasthof durch große Geldausgaben aufgefallen war. Das Material, das man gegen ihn zusammentrug, reichte aber nicht aus, um ihn des Verbrechens zu überführen und so mußte das Verfahren gegen ihn später wieder eingestellt werden.

Der Mord an der Bauerstochter schien für immer unaufgeklärt bleiben zu sollen. Dieser Tage aber hat der Kriminalfall eine überraschende Wendung genommen. Das alte Haus der Familie Urban, das allzu baufällig geworden war, mußte abgebrochen werden. Als die Arbeiten fast vollendet waren, entdeckte ein elfjähriger Knabe beim Spielen zwischen den Grundmauern ein langes, dolchartiges Messer. Die Erwachsenen, denen er seinen Fund zeigte, erinnerten sich sofort an die Tatsache, daß es der Polizei seinerzeit nicht gelungen war, die Waffe ausfindig zu machen, mit der der Mord an Maria Franke verübt worden war. Man benachrichtigte die Kriminalpolizei und diese stellte fest, daß es sich bei dem Dolch tatsächlich um die Mordwaffe handelte.

Max Urban wurde sofort wieder verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Glatz gebracht. Das letzte noch fehlende Glied in der Indizienkette war nunmehr zutage gefördert und so bequemte sich der Verhaftete auch endlich zum Geständnis. Er hatte den Raubmord begangen, angeblich um sich Geld für eine damals von ihm geplante Heirat zu verschaffen. Den Dolch hat sein Vater, den er nach der Tat ins Vertrauen zog, im Keller seines Hauses eingemauert, um die Waffe nicht in die Hände der Polizei fallen zu lassen.

Zuchthaus für Schiebungen

Das Kreisgericht in Schaulen verkündete kürzlich das Urteil in dem seit mehreren Wochen laufenden Sensationsprozeß um den früher einflußreichen Generaldirektor der Litauischen Fleischervorzentrale Maistas, Jonas Lapenas. L. wurde beschuldigt, durch einen Sondervertrag seinem Bruder Petras Lapenas große Vorteile bei dem Verkauf von Fleisch im kleinen Grenzverkehr bei Tilsit in den Jahren 1932 und 1933 zugewandt zu haben. Die Zivilansprüche der Maistas-Gesellschaft für den erlittenen Schaden sind auf 500 000 Lit (210 000 RM.) festgesetzt. Jonas Lapenas ist zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ferner wurde gegen ihn auf Einziehung seines Vermögens erkannt. Die mitangeklagten Direktoren des Tauroggener Schlachthauses, Pranzulis und Kubilius, erhielten acht bzw. vier Jahre Zuchthaus. Petras Lapenas und seine Frau Konstanzija wurden zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Sämtliche Verurteilten haften solidarisch für den Schaden, den die Maistas erlitten hat.

Raubüberfall in Nordsyrien. Bewaffnete Räuber überfielen, wie erst jetzt bekannt wird, vor vier Tagen auf der Straße Antiochia—Alexandrette einen Kraftomnibus mit 12 Fahrgästen und drei weitere Kraftwagen. Sie erbeuteten dabei über 1000 syrische Pfunde. Als ein Kraftwagen mit zwei französischen Soldaten herankam und diese auf die Räuber feuerten, erwiderten die Verbrecher die Schüsse. Sie töteten einen Unteroffizier. Sodann flohen sie über die türkische Grenze.

Der Gangster und der Affe. Louis Ferrara, ein Kaufmann in Brooklyn, spielte in seiner Wohnung mit ein paar Gästen Poker, als plötzlich zwei Gangsters ins Zimmer drangen und mit vorgehaltenen Revolvern die Spielenden aufforderten, Geld und Schmucksachen auf den Tisch zu legen. In einer Ecke stand ein Kasten, in dem Jacko, ein zwei Jahre alter Affe schlief. In diesen Kasten warf Ferrara 20 Pfund in Banknoten. Der eine der Diebe bemerkte diese Manipulation und schlug Ferrara mit dem Revolvergriff über den Schädel. Dann langte er in den Kasten, um das Geld an sich zu nehmen. Jacko biß dem Verbrecher jedoch in die Hand, sprang auf ihn und zerkratzte ihm das Gesicht. Er ließ ihn nicht los. Vor Wut und Schmerz heulend, stürzte der Dieb zum Wohnungsausgang, wo Jacko ihm noch zum Schluß ein Stück aus dem Ohr riß.

Opfer der bayerischen Berge

Beim Abstieg über die Nordwand des Bubihorn verunglückte in der Nacht zum Ostersonntag der Lehrling Fritz Wenk aus Friedrichshafen. Er war mit einem Freund aufgestiegen. Bei dem Abstieg verunglückte er infolge Ermattung. Seine Leiche konnte am Montag geborgen werden.

Im Gebiet des Schrattenberges wurde am Montagmittag der 25jährige Lehrer Herbert Badersweiler aus Stuttgart bei der Abfahrt vom Nebelhorn nach Oberstdorf von einer Lawine verschüttet. Erst am Spätnachmittag konnte seine Leiche gefunden werden.

Englischer Ostasiendampfer aufgelaufen

Der größte Teil der chinesischen Kunstausstellung an Bord

Aus Gibraltar kommt die Nachricht, daß der 16 700 To. große englische Ostasiendampfer „Ranpura", in dessen Laderäumen sich der größte Teil der unschätzbaren Werte der chinesischen Kunstausstellung befindet, die vor kurzem in London ihre Tore schloß, auf der Höhe von Majorca auf einen Felsen aufgelaufen ist. Die „Ranpura" soll die Gegenstände der Kunstausstellung, die die chinesische Regierung leihweise zur Verfügung gestellt hat, wieder nach China zurückbringen. Ihre wertvolle Ladung ist unversichert.

Obwohl der Dampfer nicht in unmittelbarer Gefahr schwebt, sind zwei Schlepper der englischen Admiralität zur Hilfeleistung abgegangen.

Sprengstoffanschläge auf französische Polizeipräfekturen

In weniger als 48 Stunden sind auf drei französische Polizeipräfekturen Anschläge verübt worden, die jedoch keinen nennenswerten Schaden anrichteten. Am Montagmorgen fand der Pförtner der Polizeipräfektur von Nantes in einem der Zimmer des Erdgeschosses eine leere Dose, die eine leicht explodierbare Flüssigkeit enthalten hatte und die von außen her ins Zimmer geschleudert worden war. Das Feuer, das im Anschluß an die Explosion ausgebrochen war und das niemand bemerkt hatte, war jedoch von selbst erstickt, so daß nur unbeträchtlicher Sachschaden verursacht wurde.

In der Nacht zum Dienstag drangen Unbekannte in ein Büro des Polizeipräsidiums von Quimper (Bretagne) ein und begossen den Fußboden mit Benzin, das sie allerdings nicht anzündeten.

Ein dritter ähnlicher Anschlag wurde schließlich auf das Polizeipräsidium von Saint Brieue, ebenfalls in der Bretagne, verübt, wo eine mit einer leicht explodierbaren Flüssigkeit gefüllte Flasche in das Büro eines hohen Beamten geschleudert wurde, ohne jedoch zu explodieren.

Fünfköpfige Familie durch Gas vergiftet

Eine aus einem Ehepaar, zwei Kindern und der Schwester der Ehefrau bestehende Familie wurde in Halle am Dienstag vormittag in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Anscheinend liegt ein Unglücksfall vor. Aus noch nicht festgestellter Ursache hatte sich der Schlauch der Gasleitung gelockert, so daß das Gas ungehindert ausströmen konnte.

Keine Karrenhunde mehr in Holland. In Holland werden, wie in anderen Ländern auch, gern Hunde als Zugtiere für Milchwagen oder andere kleinere Gefährte gebraucht. Die holländischen Tierschutzvereine waren der Meinung, daß es sich um einen ausgesprochenen Mißbrauch handelt, und die „Jack-London-Vereinigung", die sich um das Wohl der vierfüßigen Erdenbürger kümmert, hat vor kurzem einen Kongreß im Haag veranstaltet, in dessen Verlaufe es tatsächlich gelungen ist, für Holland das Verbot der Benutzung der Hunde für diese Zwecke zu erreichen.

Das „galante" Abenteuer

Erpresserin in einer Falle gefangen

Ein ganzer Roman war es, der sich in der Gerichtsverhandlung in Berlin gegen eine unverschämte Erpresserin abrollte. Seinen Anfang hatte er in einem kleinen thüringischen Städtchen genommen, in dem die 20jährige Rosa die Bekanntschaft eines Herrn J. machte. Obgleich Rosa alle Register aufzog, wollte Herr J., der schon verheiratet ist, von ihren Annäherungsversuchen nichts wissen. Immerhin glückte es ihr, ihn zu überreden, sie in ihrer Wohnung in Berlin zu besuchen. Sie hatte die Sache äußerst geschickt eingefädelt, indem sie erzählte, daß sie wertvolle antike Möbel und Kunstschätze besitze, die sie leider verkaufen müsse. Herr J., Kunsthändler von Beruf, interessierte sich selbstverständlich für diesen Fall.

Wenige Wochen vergingen, als er Rosa in Berlin aufsuchte. Sie tat sehr erfreut und legte ihm sofort eine dicke Mappe mit Bildern vor, die von ihr selbst gemalt worden waren. Als Kunstkenner sah er, daß sie etwas von ihrem Fach verstand und dachte sich durchaus nichts dabei, als sie ihn aufforderte, auch einmal Modell zu sitzen. In äußerst raffinierter Weise führte sie eine verfängliche Situation herbei, und zwar gerade in einem Augenblick, als die Mutter der Malerin das Atelier betrat. Mit schauspielerischer Verstellungskunst brach Rosa in einen Aufschrei aus: „Mutter, er wollte mir Gewalt antun!"

Der Kunsthändler war im Augenblick derart verdutzt, daß er sich bereit erklärte, Rosa 100 Mark zu zahlen, „damit sie nicht die Kriminalpolizei benachrichtige" — wie sie gedroht hatte. Bei diesen 100 Mark blieb es aber nicht, denn Rosa brachte es fertig, die Situation weiter für sich zu nutzen. Erst als er einen Schuldschein über 2000 Mark ausgestellt hatte, wurde der Kunsthändler „gnädigst" entlassen.

Rosa hatte sich jedoch vergeblich ihres leicht erkauften Sieges gefreut, denn bereits eine halbe Stunde später ging sie trotz ihres Raffinements in eine geschickt gelegte Falle. Herr J. rief sie nämlich telephonisch von der Wohnung eines Bekannten, der eine Mithörvorrichtung besitzt, an und ließ das Gespräch mitstenographieren. Rosa ließ sich im Laufe des Gespräches dazu verleiten, ihrem Opfer höhnisch zu erklären, daß zwar nichts geschehen sei, sie aber keinen anderen Weg gewußt habe, um in den Besitz einiger tausend Mark zu kommen.

Die Kriminalpolizei nahm sich der Sache an, und jetzt fand das „galante" Abenteuer vor Gericht seinen Abschluß. Rosa wurde zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach 18 Jahren identifiziert

Aus Neuyork wird berichtet: In der kanadischen Stadt London im Staate Ontario wurde ein Mann, der vor 18 Jahren aus dem Weltkrieg heimgekehrt war, Verstand und Gedächtnis verloren hatte und seitdem als lebendes Rätsel galt, durch einen seltenen Zufall identifiziert. Der Mann wurde im Jahre 1918 in das Lager für kranke Austauschgefangene in Ripon, Yorkshire in England gebracht. Er war mit anderen kranken Soldaten aus deutscher Kriegsgefangenschaft heimgekehrt und konnte weder seinen Namen noch Details aus seinem Leben angeben. Man nahm an, daß er Kanadier sei und schickte ihn in das Militärkrankenhaus in Westminster in Kanada. 18 Jahre lang hieß er „Jordan X. X. Smith". Er konnte kein vernünftiges Wort reden und wiederholte immer nur das Wort „Jordan". Aus verwaltungstechnischen Gründen gab man ihm den Namen Smith. Im Jahre 1936 konnte endlich seine Identität festgestellt werden. Es handelt sich um den amerikanischen Staatsbürger Oliver Jordan, der vor dreißig Jahren aus einer Irrenanstalt in Darlington in den Vereinigten Staaten entflohen ist. Man steht vor einem Rätsel, da man weder weiß, wovon Jordan seit seiner Flucht aus dem Irrenhaus gelebt hat, noch wie er in die Armee Eingang fand und unter welchen Umständen er im Jahre 1918 als Kriegsgefangener repatriiert wurde. Seine Identifizierung ist einem ungewöhnlichen Zufall zu danken: Seine Schwester, eine Mrs. Peter Connel aus Jersey City besuchte einen Bekannten im Militärspital, traf zufällig den Mann ohne Gedächtnis und erkannte in ihm ihren seit Jahrzehnten vermißten Bruder.

Der Zauberkünstler

Von J. Behrendt

Ramond setzte sich mitten in die erste Parkettreihe neben einen dicken Herrn, der aussah wie ein reicher Ausländer. Ramond hatte sein letztes Geld für die Varietékarte ausgegeben, um hier neues zu verdienen; aber das Glück war ihm nicht hold gewesen. In der Garderobe hatte er die Absicht, einer eleganten jungen Dame die Handtasche fortzunehmen, hatte es aber aufgegeben — die Tasche sah nicht nach Geld aus. Und in der Pause, im dichten Gedränge an der Ausgangstür wäre er fast von einem Herrn erwischt worden, in dessen übrigens auch noch leere Rocktasche er seine Hand gesteckt hatte. Ein Unglückstag?

Auf der Bühne wirbelte ein modernes Tänzerpaar. Die Tänzerin, eine exotische Schönheit, drehte sich in den Armen ihres blonden Partners; Ramond hatte wenig Sinn dafür. Jetzt wurde die Bühne ganz abgedunkelt; ein einziger Scheinwerfer erfaßte die Doppelpirouette der Tänzer, das Parkett hielt den Atem an; sacht griff Ramond rechts neben sich, wo der dicke Herr gebannt auf die Bühne starrte, und dann ließ er vorsichtig eine Juchtenbrieftasche, gut gefüllt, unter seine Weste gleiten.

Applaus! Erschreckt zuckt Ramond zusammen. Das Paar auf der Bühne hatte seine Vorstellung beendet und verneigte sich tief, die Tänzerin lächelte. Ramond wollte gehen. Sein Blick fiel auf die Saaltüren. Dort standen neben den Platzanweiserinnen ein paar Herren, die ihm zu harmlos aussahen, als daß er sie nicht für Kriminalbeamte gehalten hätte. Bald mußte auch der dicke Herr den Verlust seiner Brieftasche bemerken. Ramond zitierte: ein Unglückstag! Die Brieftasche zurückstecken? Ramond fühlte sich zu nervös und unsicher, seine Finger versagten den sonst so geübten Dienst.

Die nächste Nummer begann. Martini, der weltbekannte Zauberer, zeigte seine Kunststücke. Er holte Tauben aus der Luft, aus seinem Kragen krochen meterlange Schlangen, Feuerkugeln flogen aus seinen Taschen auf und zerplatzten. Seine Krawatte verschwand; eine Dame ganz hinten im Parkett hatte sie in ihrer Handtasche, und während Martini sie herauszog, bekämpfte er schon das übliche Mißtrauen, er habe Partner im Parkett sitzen, die insgeheim mit ihm zusammenarbeiteten, damit es sollen sich drei Herren melden, auf die Bühne kommen, und dort wollte er vor aller Augen seine Kunst an ihnen zeigen. Einige Augenblicke rührte sich niemand, jeder fühlte den Blick des Zauberkünstlers auf sich gerichtet. Dann kamen zwei junge Leute, sehr unsicher und gewiß getrieben von dem Verlangen, vor ihrer weiblichen Begleitung in Ehren zu bestehen auf die Bühne. Als Dritter schloß sich Ramond an, und er brauchte sich nicht zu bemühen, unsicher auszusehen; die Beamten an der Tür hatten ihn ganz fassungslos gemacht.

Der Zauberer begann, an seinen Opfern herumzuexperimentieren. Es war wirklich verblüffend, was er zeigte. Der eine junge Mann hatte plötzlich blaue Hände, er war außer sich vor Entsetzen, und als er nach seinem Taschentuch suchte, um die Farbe abzuwischen, waren die Hände bereits wieder weiß. Das Taschentuch hatte sein Nachbar im Strumpf. Martini zog alle Register seiner Meisterkunst. Kaninchen hüpften auf Ramonds Schulter und verschwanden hoppelnd in den Kulissen. Er hatte eine Brille auf der Nase und wußte nicht, wie, und während Martini mit einem der jungen Leute Karten spielte, wobei er auf einmal 32 Asse in der Hand hatte (nachher schwur der junge Mann, das Publikum müsse hypnotisiert gewesen sein), unterbrach er plötzlich das Spiel und wandte sich mit einem neckischen: „Oh, Sie kleiner Taschendieb" an den verlegen lächelnden Zweiten und holte ihm fremde Uhren, Füllfederhalter, Geldbörsen und eine Krawattennadel aus den Taschen seines Anzuges. Ramond lief vor Freude dunkelrot an, denn ihm war ein reitender Einfall gekommen, für die Zuschauer sah es aus, als wollte er plötzlich eine Extravorstellung geben. Er sagte Martini, alles sei abgekartet, und Martini hätte im Einverständnis mit dem zu Unrecht als Taschendieb bezeichneten jungen Mann gehandelt. Und wie Ramond es wollte, ging Martini lächelnd auf den Scherz ein, sagte: „Auch Sie, mein Freund, sind nicht besser!" und holte ihm unter tosendem Beifall des Publikums dieselben Wertgegenstände aus den Taschen. Ramond betastete sich: „Und diese Brieftasche?" fragte er.

Der Meisterzauberer war verdutzt: „Es ist doch ihre eigene!"

„N[illegible]als!"

Martini rettete sich mit einem Scherz: „Ja, das sind eben die Nachteile des Berufes!" und mit einem wissenden Seitenblick auf Ramond: „Habe ich vielleicht jemanden aus dem Publikum diese Juchtenbrieftasche weggenommen?"

„Hier!" — „Mir!" Von allen Seiten kamen die Zurufe. Martini blinzelte angestrengt, er horchte nach einem echten Ton unter den Rufenden. Und auf einmal schrie der dicke Herr aus der ersten Reihe: „Sie gehört mir, es ist mein Ausweis darin — und sehr viel Geld!"

„Ist dies noch ein Unglückstag?" fragte sich Ramond, als er die Bühne verließ und der Zauberkünstler Martini dem dicken Herrn die Brieftasche zurückgab. Das Publikum raste: die Aufregung des Dicken war so echt, der hatte gewiß nicht mit dem Zauberer zusammengearbeitet. Ganz blaß war er geworden. Auch Martini sah blaß und abgespannt aus; er beendete seine Nummer, die letzte des Programms, mit einem einsamen Applaus, merkte er sogar [illegible] dem Kapellmeister Fische aus der Nase zu ziehen, während er sich verbeugte.

Ramond ging mitten unter den Zuschauern an den Männern an der Ausgangstür vorbei, die ihn, wie er zu bemerken glaubte, bitterböse anstarrten. Er wußte immer noch nicht, ob sie Kriminalbeamte waren, aber sie folgten ihm jedenfalls nicht. Und als er an der Garderobe mit dem dicken Herrn zusammentraf, verfolgte er ihn seinerseits und nahm ihm im Gewühl des Ausgangs die Brieftasche nunmehr endgültig ab.

Schließlich war es nun doch kein Unglückstag für Ramond gewesen.

Krise bei den Trappern

Auch sie werden Opfer des Wirtschaftsverfalls

Auch die Freunde unserer Jugendzeit, die kühnen Trapper Coopers und Karl Mays, sind Opfer der modernen Wirtschaftskrise geworden. Der Chef eines Indianerstammes hat die kanadische Regierung dringend aufgefordert, sofortige Hilfsmaßnahmen für die im kanadischen Norden lebenden Trapper einzuleiten. Die Situation der Jäger ist wahrhaft tragisch. Die Biberjäger zum Beispiel haben im Vorjahr nur 20 Prozent der Pelzausbeute früherer Jahre verkaufen können, und die kanadische Pelzindustrie, einst einer der blühendsten Zweige der Volkswirtschaft dieses Landes, liegt im Sterben. Die kanadische Regierung hat zunächst Maßnahmen getroffen zum Schutze der Moschusratten, die infolge Wilderei fast ausgerottet sind, wodurch die legalen Pelzjäger ungeheure Schäden erleiden.

Der Photoapparat in der Brille

Die amerikanische Polizei hat vor kurzem einen Spion verhaftet, in dessen Besitz sich ein Photoapparat befand, der vermutlich nicht seinesgleichen auf der Welt hat und als Wunder der Phototechnik anzusprechen ist. Der winzig kleine Apparat befand sich in der . . . Brille, die der Spion trug. Der Apparat war in den wenige Millimeter dicken Schildpattbügel der Brille montiert, die Linse war knapp so groß wie ein Stecknadelkopf, und in der Färbung des Schildpatts überhaupt nicht zu bemerken. Die Auslösevorrichtung befand sich am Rande des rechten Brillenglases. Um zu photographieren, brauchte der Mann nur seine Brille scheinbar zurechtzurücken. Die Filme hatten eine Breite von einem Millimeter, die Aufnahmen konnten nur durch eine sehr große Lupe erkannt werden, waren aber so scharf, daß sich eine beliebige Vergrößerung von ihnen herstellen ließ.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

England und Litauen

Deutschlands sinkende Bedeutung im Baltikum

Die große Bedeutung, die dem Handel mit England für alle baltischen Staaten zukommt, zeigen mit derselben Deutlichkeit wie die Außenhandelszahlen Polens auch diejenigen Litauens. Gleichzeitig bestätigen diese Zahlen die starke Verdrängung Deutschlands gerade aus dem Handelsverkehr mit seinen Nachbarn, die sich in gleicher Weise in der polnischen Ausfuhrstatistik zeigt.

An Hand der jetzt veröffentlichten Februarzahlen der litauischen Handelsstatistik ergibt sich nämlich eine außerordentliche Steigerung der Ausfuhr Litauens nach England in den zwei ersten Monaten des Jahres 1936. Sie hat sich im Werte fast verdoppelt (14,7 gegen 7,7 Mill. Lit) und ist im Hundertsatz der litauischen Gesamtausfuhr von 33 auf 47,5 v. H. gestiegen. Nach England gingen von Litauen in diesen zwei Monaten vor allem Bacon, Butter, Schmalz, Weizen, Gerste, Zellulose, Flachs, Hede und Furnierholz.

Sehr stark war auch in diesen beiden Monaten die Ausfuhr nach Belgien und Frankreich (3,3 bezw. 2,4 Mill. Lit), die zusammen 18,3 v. H. der Gesamtausfuhr Litauens aufnahmen. Sowjetrußland stand dagegen mit 1,6 Mill. Lit hinter Schweden an fünfter Stelle der Ausfuhrländer, und der deutsche Nachbar kommt mit 0,6 Mill. Lit erst an sechzehnter Stelle.

An der Einfuhr Litauens ist England mit 7,2 Mill. Lit oder 37,7 v. H. des Gesamteinfuhrhandels beteiligt. Es lieferte hauptsächlich Heringe, Wollgarn, Baumwollgarn, Woll- und Baumwollgewebe, Kohle. Sowjetrußland steht mit 1,95 Mill. Lit oder 10,1 v. H. an zweiter Stelle. Dritter Hauptlieferant war Holland (1,14 Mill. Lit), an vierter Stelle folgt Deutschland (1,076 Mill. Lit bezw. 5,8 v. H.). Im Vorjahre hatte Deutschland noch mit 16,9 v. H. an zweiter Stelle gestanden.

Die recht günstige Entwicklung seiner Außenhandelsbilanz hat Litauen, das Anfang Oktober des Vorjahres zur Einführung der Devisenbewirtschaftung gezwungen war, in Stand gesetzt, seine Golddeckung recht kräftig zu vermehren. Der Goldfonds der Bank von Litauen, der am 1. Oktober 1935 nur 34,2 Mill. Lit betrug, ist heute wieder auf 50,1 Mill. gestiegen. Ebenso hat sich der Valutafonds gemehrt.

Aus den oben wiedergegebenen Außenhandelszahlen ist der Wunsch Deutschlands, mit Litauen zur Belebung des Handelsverkehrs einen Handelsvertrag abzuschließen, verständlich. Denn eine um zwei Drittel geschrumpfte Ausfuhr nach einem Lande, das durch vermehrte Ausfuhr von Agrarprodukten nach Deutschland manche Spannungen in der deutschen Lebensmittelversorgung lindern könnte, ist ein Zustand, für den Deutschland angesichts seiner wenig erfreulichen Rohstoff- und Versorgungslage Abhilfe zu suchen gezwungen ist.

Neue Verwendung von Aluminium

Dem Aluminiumfahrrad gehört die Zukunft

Der Präsident der British Aluminium Co. äußerte sich in seinem Jahresbericht ausführlich über die neuen Verwendungsmöglichkeiten für Aluminium. Eine der wichtigsten Abnehmergruppen sei der Bau von Fahrzeugen aller Art, wobei die sich ausbreitende Ersetzung der Straßenbahn durch den Trolleybus (elektrisch angetriebener Autobus ohne Schienen) zu beachten sei. Dem ganz aus Aluminiumverbindungen bestehenden Fahrrad stehe eine Zukunft bevor. Der Tag sei voraussichtlich nicht mehr fern, an dem das Aluminiumfahrrad ein industrielles Standardprodukt sein würde. Sehr stark profitierte das Aluminium an der Schiffsbauaktivität, da sowohl Kriegs- als auch Handelsschiffe in zunehmendem Maße Aluminiumteile einbauten. Als Einzelbeispiele nannte Mr. Cooper das neue P. and O.-Passagierschiff „Strathmore" und den Riesendampfer „Queen Mary", die beide zahlreiche Aluminiumdekorationen enthalten. Sehr stark sei auch die Verwertung des Aluminiums in der Elektrizitätsindustrie im Zunehmen begriffen. Weiter beklagte der Präsident der englischen Aluminiumgesellschaft sich recht beweglich über Preisunterbietungen durch deutsche Exporteure, die zum Teil sogar unter ihren Gestehungskosten verkauften. Diese Angaben werfen ein Licht auf die Methoden, deren die deutsche Außenhandelspolitik sich bedienen muß, um überhaupt die Ausfuhr aufrecht zu erhalten.

Rußland bestellt Schiffe in Frankreich. Rußland hat einer französischen Werft in Nantes Aufträge zum Bau von zwei Frachtschiffen zu je 3600 Bruttoregistertons erteilt. Dieser Bauauftrag dürfte einen wirtschaftlichen Beitrag zur russisch-französischen Freundschaft darstellen, die ja überhaupt durch einen Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen eine intensive Förderung und Vertiefung erfahren soll.

Deutsche Teerverarbeitung unter Kontrolle. Im „Deutschen Reichsanzeiger" ist eine Anordnung der Ueberwachungsstelle für Mineralöl veröffentlicht worden, welche Bestimmungen enthält, die darauf hinwirken sollen, daß die im Steinkohlenrohteer enthaltenen wertvollen Bestandteile künftig möglichst restlos gewonnen werden. Zu diesem Zwecke verbietet die Anordnung, daß Steinkohlenrohteer zum Verbrauch abgegeben oder im eigenen Betriebe des Erzeugers verbraucht wird. Rohteer darf vielmehr vom 1. Juli ab nur noch in Destillationsanlagen verarbeitet werden, die die Gewähr bieten, daß die Leicht- und Mittelöle aus dem Rohteer gewonnen werden. Damit aus den Leicht- und Mittelölen auch noch Naphthalin, Kresol und andere Phenole gewonnen werden, sind Destillationsbetriebe, die hierzu nicht in der Lage sind, verpflichtet, die Oele an solche Betriebe weiterzugeben, die die Gewähr bieten, daß diese Bestandteile gewonnen werden. Steinkohlenrohteer darf künftig nur in amtlich als geeignet anerkannten Betrieben verarbeitet und nur an sie zur Verarbeitung weitergegeben werden. Es handelt sich nur um relativ kleine Oelmengen. Die Rohstoffsparsamkeit in Kleinigkeiten beweist immer wieder erneut, wie angespannt die deutsche Rohstoffsituation ist.

Butterexportmonopol in Estland. Durch Dekret des Staatspräsidenten ist die Butterausfuhr aus Estland monopolisiert worden. Das alleinige Recht für die Butterausfuhr erhält ein halbstaatlicher genossenschaftlicher Zentralverband.

Litauisches Zündholzmonopol [illegible] **Ver**[illegible]. Die Leitung des litauischen Zündholzmonopols teilte der litauischen Regierung mit, sie sehe sich veranlaßt, die litauische Zündholzfabrik für unbestimmte Zeit zu schließen; der Verbrauch an Zündhölzern sei im letzten Jahr um 50 Prozent zurückgegangen, die Vorräte reichten zur Deckung des Bedarfs für längere Zeit aus. Die Jahresproduktion sei von 55 Mill. Schachteln auf 27 Mill. zurückgegangen. Nach dem Monopolvertrag [illegible] das Zündholzmonopol je [illegible] 2,5 [illegible] entrichten [illegible] aber nicht weniger als 1½ Mill. [illegible] auf den litauischen Verbrauch. Auf Grund neuer Verhandlungen sei die Mindeststeuer inzwischen auf 1,2 Mill. Lit herabgesetzt worden.

Aus Polen

Kohlenindustrie und Preissenkung. Nachdem die polnischen Kohlenpreise durch die Preissenkungsaktion um 15 Prozent herabgesetzt worden waren und eine Abwälzung der Verbilligung durch Senkung der Löhne von der Regierung verhindert wurde, sucht die Kohlenindustrie die Oeffentlichkeit durch eine Denkschrift für sie zu interessieren. Es wird darin ausgeführt, daß die polnische Kohlenförderung seit 1929 bis 1935 von 46 auf 29 Mill. To. gesunken sei. Es wird weiter darüber Klage geführt, daß die Reinerlöse sich um 37—48 Prozent ermäßigt haben, während die Förderungskosten nicht in gleichem Maße gesunken sind. Der durchschnittliche polnische Kohlenpreis von 18,46 Zloty je To. sei der niedrigste Europas. Die Kohlenindustrie beschäftige heute 22000 Arbeiter infolge Einlegung von Feierschichten und Turnusurlauben mehr, als sie benötige. Sie habe 1930/35 mehr als 300 Mill. Zl. Verluste erlitten. Infolgedessen konnten notwendige Erneuerungsarbeiten nicht durchgeführt werden. Die Kohlengruben böten heute ein Bild der Verwahrlosung und des Niederganges. Selbstverständlich fehlt auch der Hinweis auf militärische Gesichtspunkte einer industriellen Mobilisierung nicht. Von 80 großen Gruben seien vier vollständig liquidiert und 20 Gruben stillgelegt worden; die Wiederaufnahme der Förderung in diesen Gruben müßte wenigstens einige und in gewissen Fällen sogar ein Dutzend Monate intensiver Anstrengungen sowie bedeutende Kosten verursachen. Von den 56 noch in Betrieb befindlichen Gruben besitze die Mehrheit überwiegend dermaßen überaltete und abgenutzte technische Einrichtungen sowie so bedeutende Rückstände in wichtigen Vorbereitungsarbeiten, daß von einer raschen, ergiebigen Steigerung der Förderung überhaupt nicht die Rede sein könne. Interessant ist der Widerhall dieser Denkschrift. Die „Gazeta Polska", Sprachrohr der Regierung lehnt jede Erhöhung der Kohlenpreise kategorisch ab. Vielmehr erwartet das Blatt von einer Auflösung des Kohlenkartells eine automatische Neuordnung in der Kohlenindustrie und ein Durchsieben der modernen und lebensfähigen Gruben gegenüber den zurückgebliebenen Betrieben.

Um den Verkauf der Zyrardow-Aktien. Die polnische Bankengruppe, die gewillt ist, die Aktienmehrheit der Zyrardow-Werke von der französischen Boussac-Gruppe zu übernehmen, hat in Paris erneut die Verhandlungen wegen des Ankaufs des Aktienpakets aufgenommen. Die Boussac-Gruppe hat jedoch ihre Kaufpreisforderung auf 15 Mill. Zloty erhöht, während die polnischen Banken angeblich nur 10 Mill. geboten haben. Wie verlautet, will die Boussac-Gruppe die Höhe des Kaufpreises in einem Schiedsverfahren feststellen lassen. Eine Annahme des Schiedsspruches dürfte jedoch nur zu erwarten sein, wenn der angebilligte Betrag 10 Mill. Zloty übersteigt.

Geldbeschaffung zur landwirtschaftlichen Umschuldung. Die zur Finanzierung der landwirtschaftlichen Schuldenkonversion errichtete Akzeptbank in Warschau wurde zur Ausgabe von 4,5prozentigen Obligationen bis zu einem Betrage von 200 Mill. Zloty ermächtigt. Die 30 Jahre laufenden Obligationen erhalten Mündelsicherheit und Staatsgarantie, sie dienen zur Bezahlung der durch die Banken von anderen Kreditinstituten bei der Konversion übernommenen landwirtschaftlichen Schulden.

Eine Steigerung der Umsätze an der Warschauer Börse ist nach genauen Berechnungen im Monat März festzustellen und zwar in Höhe von 4 Mill. Zloty gegenüber dem Februar auf 48,8 Mill. Zloty im März. Der Umsatzzuwachs entfällt hauptsächlich auf den Devisenverkehr, dagegen sind die Umsätze in Wertpapieren und Aktien gefallen. Bei Devisen wurden hauptsächlich französische Franken und zwar in einem Betrage von 18,5 Mill. Zloty umgesetzt. Es folgen englische Pfunde mit 13,1 Mill. Zloty, der amerikanische Dollar mit 4,7 Mill. Zloty und der Belga mit 1,1 Mill. Zloty. Bei Wertpapieren betrugen die Umsätze 5,4 Mill. Zloty, wovon auf Staatspapiere 2,9 Mill. Zloty entfielen. Der Rest setzt sich aus anderen Wertpapieren und langfristigen Kreditpapieren zusammen. Der Aktienumsatz ist von 1,5 Mill. Zloty auf 1,4 Mill. Zloty gesunken, das Gros der Aktienumsätze entfiel auf die Aktien der Bank Polski.

An den Börsen wurden notiert:

Devisen

Danziger Devisenkurse vom 14. April. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden: Telegraphische Auszahlungen: Neuyork 1 Dollar 5.2965 — 5.3155; London 1 Pfund Sterling [illegible] — [illegible]; Berlin 100 Reichsmark [illegible] — [illegible]; Warschau 100 Zloty [illegible] — [illegible]; Zürich 100 Franken [illegible] — [illegible]; Amsterdam [illegible] 100 Gulden [illegible] — [illegible]; Paris 100 Franken [illegible] — [illegible]; Brüssel 100 Belga [illegible] — [illegible]; Stockholm 100 Kronen [illegible] — [illegible]; Kopenhagen 100 Kronen [illegible] — [illegible]; Oslo 100 Kronen [illegible] — [illegible]. — Banknoten: 100 Zloty [illegible] — [illegible].

Warschauer Devisen vom 14. April. Belgien [illegible] — [illegible] — [illegible]; Berlin [illegible] — [illegible] — [illegible]; Holland [illegible] — [illegible] — [illegible]; Kopenhagen 117.35 — 117.54 — [illegible]; London [illegible] — [illegible] — [illegible]; Neuyork [illegible] — [illegible] — [illegible]; Neuyork-Kabel [illegible] — [illegible] — [illegible]; Paris [illegible] — [illegible] — [illegible]; Prag [illegible] — [illegible] — [illegible]; Stockholm [illegible] — [illegible] — [illegible]; Schweiz 173.15 — [illegible] — [illegible]. Tendenz [illegible]. Deutsche Reichsmark im Freiverkehr in Warschau [illegible].

Danziger Effektenkurse vom 14. April. In Danziger Gulden wurden notiert für: [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Serie [illegible]

An den Produkten-Börsen

Danziger Produktenbörse vom [illegible] April. (Nicht amtliche Notierung. Preise für 100 Kilogramm.) [illegible] [illegible]

Auf dem Danziger Getreidemarkt wurden gestern [illegible] [illegible]

Danziger Mehlmarkt. [illegible] Gulden per 100 Kilogramm [illegible] Roggenmehl [illegible] Gulden per 100 Kilogramm [illegible]

[illegible] Produkten vom 14. April. [illegible]

[illegible] Produkten vom 14. April. [illegible]

Sport-Turnen-Spiel

Schiedsrichterfragen

Wenn wir heute wieder fußballtechnische Fragen beantworten und gleichzeitig neue Fragen stellen, so wünschen wir, daß sich diesesmal nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Spieler an der Beantwortung der Fragen beteiligen. Man muß oft feststellen, daß nicht nur Spieler der unteren Mannschaften, sondern auch Spieler der ersten Klasse es oft an der Regelkenntnis fehlen lassen. Spielabbrüche und Punktverluste haben schon mancher Mannschaft die Hoffnung auf den Meistertitel geraubt. Deshalb sollte jeder Spielführer genau soviel Regelkenntnis besitzen wie ein Schiedsrichter.

Frage 3 lautete:

Der Verteidiger machte Abstoß und will den Ball dem Torwart in die Hände spielen. Der Torwart verfehlt den Ball und unberührt geht der Ball ins eigene Tor. Der Schiedsrichter gibt Tor. War die Entscheidung richtig?

Antwort: Der Schiedsrichter hat falsch entschieden. Das unmittelbare Spielen des Balles beim Abstoß ins eigene Tor ist kein Tor, es muß auf Eckstoß für den Gegner erkannt werden.

Frage 4 lautete:

Der Verteidiger will den Abstoß dem Torwart zuspielen. Der Torwart verfehlt den Ball. Nun läuft der Verteidiger dem Ball nach und kann ihn noch vor der Torlinie mit der Hand zurückschlagen. Der Schiedsrichter entscheidet Elfmeter. War dies richtig?

Antwort: Der Schiedsrichter machte auch hier einen Fehler. Der Spieler berührte zweimal den Ball. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Doppelberührung mit dem Fuß, Kopf oder mit der Hand erfolgte, es mußte auf Freistoß erkannt werden.

Diese Frage ist von allen Einsendern falsch beantwortet worden.

Frage 5 lautete:

Ein Spieler führte einen Strafstoß aufs Tor aus. Der Ball prallt vom Schiedsrichter zu demselben Spieler zurück. Der Spieler sendet jetzt zum Tor ein. Ist das Tor gültig?

Antwort: Otto K. aus Langfuhr schreibt: Das Tor ist nicht gültig. Der Schiedsrichter wird als toter Gegenstand betrachtet, ebenso wie die Torpfosten. Für zweimaliges Berühren des Balles erfolgt Freistoß für die Gegenpartei.

Neue Fragen

Frage 6. Bei einem Meisterschaftsspiel kommt es zu Auseinandersetzungen unter mehreren Spielern. Der Schiedsrichter versucht den Streit zu schlichten, da er aber keine Unterstützung der Parteien findet, sieht er sich gezwungen, das Spiel abzubrechen. Hat der Schiedsrichter richtig gehandelt?

Frage 7: Dieselbe Frage wie Nr. 6. Muß das Spiel so gewertet werden, wie es beim Abbruch stand, oder muß es wiederholt werden?

Antworten und neue Fragen müssen bis zum 15. April an A. Kreutzer, Danzig, Sandweg 64, eingereicht werden.

Süddeutschland stellt die meisten Meister

Die deutschen Ringer-Meisterschaften

im griechisch-römischen Stil wurden während der Osterfeiertage in fünf Gewichtsklassen entschieden. In Mannheim sicherte sich im Bantamgewicht Justin Gehring (Ludwigshafen) die Meisterschaft vor Jakob Brendel (Nürnberg) und Johann Herbert (Stuttgart), während im Schwergewicht Georg Gehring (Ludwigshafen) den ersten Platz vor Kurt Hornfischer (Nürnberg) und Eugen Lägerle (Stuttgart) einnahm. In Mainz kam im Federgewicht Eduard Sperling (Dortmund) zu Meisterehren. Er siegte vor Sebastian Hering (Neuaubing) und Georg Weidner (Stuttgart). Im Leichtgewicht gab es gleichfalls einen neuen Titelträger. Der Kölner Heinrich Nettesheim belegte den ersten Platz vor Wolfgang Ehrl (München) und Heini Schwarzkopf (Mainz.) Auch im Weltergewicht setzte sich mit Paul Gawenda (Mainz) ein neuer Mann vor Fink (Göppingen) und Märker (Oberstein) an die Spitze.

Die Kämpfe um den Davispokal

U.S.A. gegen Mexiko 5 : 0

Wie zu erwarten war, siegten die amerikanischen Tennisspieler im Davispokaltreffen in Houston (Texas) ganz überlegen gegen die Vertreter Mexikos mit 5 : 0. Auch die beiden restlichen Einzelspiele wurden von den Amerikanern gewonnen, Budge schlug Fernandez mit 6 : 1, 6 : 1, 6 : 1 und Grant blieb über Reyes mit 6 : 4, 13 : 11, 6 : 2 erfolgreich. U.S.A. trifft nun in der Schlußrunde der Amerikazone auf Australien.

*

Fred Perry schlug Timmer

Nachdem bei den Tennisspielen in Amsterdam der Holländer Timmer ganz überraschend dem englischen Weltranglisten-Ersten Fred Perry eine Niederlage beigebracht hatte, konnte diesmal der Engländer im Haag den Spieß umdrehen. Nach anfangs recht mäßigem Beginn siegte Perry sicher mit 8 : 6, 7 : 5, 6 : 4, 6 : 3.

Neue japanische Bestleistungen

Japans Schwimmer, die zur Zeit die Spitzenstellung in der Welt behaupten, können immer wieder mit neuen Bestleistungen aufwarten. Reizo Koike, der beim Olympia in Los Angeles hinter seinem Landsmann Tsuruta im 200-Meter-Brustschwimmen den zweiten Platz belegte, stellte jetzt den Weltrekord im 500-Meter-Brustschwimmen des Amerikaners Loye mit 7:23,8 Min. ein.

In der Leichtathletik gelang es dem Langstreckler Murakoso, einen neuen japanischen Rekord aufzustellen. Er verbesserte die bisherige Landesbestleistung im 5000-Meter-Lauf um 11,8 Sek. auf 14:48,2 Min.

Young Fellows Zürich Schweizer Meister. Die Endrunde um den Schweizer Fußball-Pokal wurde von den Mannschaften von Young Fellows Zürich und Servette Genf bestritten. Die Züricher siegten mit 2 : 0 (0 : 0) und trugen sich damit in die lange Liste der Preisträger des Wettbewerbs ein.

Otto von Porath, der bekannte norwegische Schwergewichtsboxer und Olympia-Sieger von 1924, hat das Olympia-Training der norwegischen Amateurboxmannschaft für Berlin übernommen.

Im Kampf um Olympia 1940 hat das japanische Kabinett den Beschluß gefaßt, das Verlangen des Japanischen OK. auf Uebertragung der Spiele auf das weitestgehende zu unterstützen. Die Regierung [illegible] [illegible] ihre finanzielle Hilfe.

Danziger Nachrichten

Bauarbeiter erhalten keine Unterstützung

Die Frage der Arbeitsvermittlungen nach dem Reich

In den Amtsräumen des Danziger Landesarbeitsamtes hängt seit gestern folgende Bekanntmachung aus:

9. April 1936.

Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ab 15. 4. d. J. an Maurer und Zimmerleute keine Unterstützungen mehr gezahlt werden, da ausreichende lohnende Beschäftigung vorhanden ist. Nähere Auskunft erteilen die Vermittlungsstellen.

Landesarbeitsamt.

Wie im Vorjahre, so schreitet also auch in diesem Jahre das Landesarbeitsamt dazu, die Bauhandwerker erneut von der Unterstützungszahlung auszuschließen. Und wie im Vorjahre, so lautet auch in diesem Jahr die Begründung: es heißt wiederum, daß für Bauhandwerker ausreichende lohnende Beschäftigung vorhanden sei. Wer den Danziger Arbeitsmarkt kennt, der weiß jedoch sehr genau, daß in Danzig in ausreichendem Maße Arbeit für die Bauhandwerker nicht zu finden ist. Man muß also schließen, daß die „ausreichende lohnende Beschäftigung", von der das Landesarbeitsamt spricht, im Ausland, und zwar — nach den Erfahrungen des letzten Jahres — im Reich zu finden sein soll. Daß das Landesarbeitsamt diese Meinung vertritt, bestätigen nicht nur die bereits seit einem Jahr bekannten Vermittlungsmethoden der Danziger Arbeitsämter, sondern auch amtliche Auskünfte, die uns gestern bekannt wurden.

Gegen die in Danzig angewandte Methode der Vermittlung Danziger Erwerbsloser nach dem Reich haben wir und vor allem die Erwerbslosen selbst bereits vor längerer Zeit sehr begründete Bedenken geltend gemacht. Soweit es sich um vollkommen freiwillige Meldung von Danziger Erwerbslosen zur Vermittlung nach dem Reich handelt, ist dagegen selbstverständlich nichts einzuwenden. Da aber die erwerbslosen Bauarbeiter in Danzig keine Unterstützung mehr erhalten sollen, kann man nicht mehr von Freiwilligkeit sprechen. Sie stehen lediglich vor der Wahl, freiwillig ins Reich zu gehen oder freiwillig in Danzig mit ihren Familien bitterste Not zu leiden oder gar zugrunde zu gehen, wenn nicht Wege gefunden werden, die ihnen auch bei Weigerung, ins Reich zu gehen, den Bezug der Unterstützung sichern.

Die Gründe, die einen Teil der erwerbslosen Bauarbeiter veranlassen können, eine Vermittlung nach dem Reich abzulehnen, sind sehr ernst zu nehmen. Sie stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß kein Danziger Staatsbürger gezwungen werden kann, das Danziger Staatsgebiet zu verlassen, und daß im Falle der Weigerung der eigene Staat verpflichtet ist, den Lebensunterhalt für sie und die Angehörigen sicherzustellen. Es wird außerdem nicht als erwiesen erachtet, daß im Reich genügend Arbeitsmöglichkeiten für Bauhandwerker bestehen. Vor allem aber bilden die völlig anderen politischen Verhältnisse im Reich den Haupthinderungsgrund, sich freiwillig zur Vermittlung ins Reich zu melden. Die Danziger Erwerbslosen verzichten für die Zeit ihres Aufenthalts im Reich praktisch auf einen Teil der ihnen durch die Danziger Verfassung garantierten Grundrechte, vor allem auf das Recht der Meinungs- und Organisationsfreiheit. Hinzu kommt die Erfahrung, daß in letzter Zeit Danziger Staatsbürger, deren Gegnerschaft zum Nationalsozialismus uns bekannt ist, im Reich Nachteilen, Festnahmen und Ausweisungen ausgesetzt waren, was die Lust, ins Reich zu gehen, sicher nicht erhöhen kann. Es läßt sich noch eine Reihe von Gründen anführen, durch die sich Danziger Erwerbslose gehindert fühlen, freiwillig ins Reich zu gehen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages hat sich in letzter Zeit erneut mit einer Anfrage an den Senat gewandt, in der sie die Frage der Vermittlung nach dem Reich grundsätzlich aufgeworfen hat. Die Sozialdemokratie wird auch im Augenblick wieder keinen gesetzlichen Schritt unversucht lassen, um die ganze Frage zur Klärung zu bringen in einem Sinne, der alle Interessen der Danziger Erwerbslosen bestmöglich berücksichtigt.

Eine Klage gegen die Gemeinde Praust

Der Streit um die Freizügigkeit

Von 1929 bis 1930 wohnte der Arbeiter Jahnke in Praust und kam dann durch die Danziger Landsiedlung nach Buschkau, wo er bis zum vorigen Jahr wohnte. Seine Erwerbslosenunterstützung wurde bis Februar 1934 von der Gemeinde Praust an die Landsiedlung gezahlt. Im vorigen Jahr pachtete er in Praust ein Häuschen und zog nach dort zurück. Bei der Anmeldung zur Erwerbslosenfürsorge machte ihn der Gemeindevorsteher Milz darauf aufmerksam, daß das Landratsamt eine Verfügung erlassen habe, wonach der Zuzug vom Lande unterbunden werden solle. Trotzdem zuziehende Landarbeiter dürften nur nach den Landarbeitersätzen unterstützt werden. Dies erfuhr Janke aber erst, nachdem er seinen Pachtvertrag abgeschlossen hatte und schon in Praust wohnte. Als er nun bei Notstandsarbeiten beschäftigt wurde und dort nach dem Lohntarif II bezahlt wurde,

klagte er vor dem Arbeitsgericht gegen die Gemeinde Praust auf Zahlung des Lohnes nach Tarif I.

Janke beruft sich darauf, daß er schon drei Jahre in Praust gewohnt hatte, außerdem garantiere der Artikel 75 der Danziger Verfassung den Staatsbürgern Freizügigkeit bei der Wahl ihres Wohnortes. Zwei seiner Arbeitskollegen, die erst im Dezember vorigen Jahres geheiratet haben und von Gischkau nach Praust zuzogen, erhalten anstandslos ihre Lohnzahlung nach Tarif I. Da der Gemeindevorsteher Milz den Arbeiter Janke nach seiner Parteizugehörigkeit gefragt hatte, glaubte er, daß politische Motive eine Rolle spielten. Der Kläger hat drei Kinder und erhält an Lohn wöchentlich 15,60 Gulden. Da er in Kahlbude beschäftigt wird, hat er täglich außer 8 Stunden Arbeit, noch vier Stunden Weg zurückzulegen.

Als Vertreter der Gemeinde Praust, war der Gemeindevorsteher Milz erschienen. Er verwies auf die Verfügung des Landrats und erklärte,

die Erwerbslosigkeit in dem kleinen Praust sei nach wie vor groß! (Nanu?!)

Praust habe 450 unterstützungsberechtigte Erwerbslose. Etwa 100 Zuzugsanträge seien in letzter Zeit an Milz gestellt worden. Bei den beiden vom Kläger genannten Arbeitern aus Gischkau handele es sich um solche, deren Frauen einer Niederkunft entgegensehen und da sie in Gischkau keine geeigneten Wohnungen fanden, seien sie nach Praust gezogen!! Sofort nach erfolgter Niederkunft würden sie aber nach Gischkau zurückziehen. Wahrscheinlich hat man in der Zwischenzeit geeignete Wohnungen für sie geschaffen!

Das Gericht unter Vorsitz von Assessor Dr. Birk wies den Kläger ab. Wegen seiner Forderung müsse er sich an seinen Arbeitgeber, in diesem Falle den Gemeindevorsteher von Kahlbude wenden. An die Gemeinde Praust habe der Kläger keine arbeitsrechtlichen Ansprüche. Die Berufung gegen dieses Urteil wurde zugelassen, so daß sich nunmehr das Landesarbeitsgericht mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird.

Danziger in Allenstein verurteilt

Zu 1 Jahr Gefängnis

Die gestern zum ersten Male nach Ablauf der viermonatigen Verbotsfrist erschienene „Danziger Volkszeitung" berichtet folgendes:

„Am 30. Januar ging durch die ostpreußische Presse folgende unscheinbare Notiz der Justizpressestelle Königsberg:

„Am 20. und 21. Januar 1936 fand vor der Großen Strafkammer in Allenstein die Verhandlung gegen Walter Temp, Friedrich Klick und Richard Krüger wegen der in Allenstein bekannten Vorgänge vom April 1935 statt. Die zweitägige Verhandlung schloß mit folgendem Urteil:

Der Angeklagte Temp ist wegen Anstiftung zur gemeinschaftlichen Sachbeschädigung und wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis, die Angeklagten Klick und Krüger sind wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu Geldstrafen von je 50 RM., ersatzweise zu 10 Tagen Gefängnis, sämtliche Angeklagten auch zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Verletzten Kirschbaum ist durch das Urteil die Befugnis zugesprochen worden, den erkennenden Teil des Urteils, soweit es den Angeklagten Temp betrifft, auf dessen Kosten in der „NS.-Tannenberg-Warte" binnen einem Monat nach Rechtskraft des Urteils einmal zu veröffentlichen.

Gegen dieses Urteil haben bisher nur der Angeklagte Temp und die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt."

Solche Notizen interessieren zumeist die weitere Oeffentlichkeit nicht, denn sie gehören heute nahezu zu den Alltäglichkeiten. An dieser Notiz ist für den Eingeweihten doch immerhin manches interessant, interessiert die weitere Oeffentlichkeit durch die in der Notiz der Justizpressestelle allerdings nicht angegebene Stellung, die der Hauptverurteilte bekleidete, und sie interessiert die Danziger Oeffentlichkeit insbesondere insofern, als dieser Hauptverurteilte Danziger Kind ist und der Bruder eines Herrn, der hier eine ziemlich bedeutsame Rolle spielt und recht viel von sich reden macht, der neulich im Volkstage noch die allermaßlosten Anklagen gegen die Danziger verfassungstreue Opposition und ihre Mitglieder geschleudert hat.

Beim dem zu einem Jahr Gefängnis verurteilten Walter Temp handelt es sich nämlich um den Bruder des Zoppoter Stadtrats und kommissarischen Oberbürgermeisters Temp, der als junger Landlehrer durch die Nationalsozialisten in diese maßgebende und einflußreiche Stelle gekommen ist. Eine ähnliche Karriere — wenn auch nicht ganz so großartig, denn er war wenigstens Ingenieur — hat der im Januar verurteilte Walter Temp unter der nationalsozialistischen Herrschaft gemacht. In Allenstein wurde der als äußerst tüchtig geltende bisherige Leiter der Städtischen Betriebe, Wethe, 1933 abgesetzt — er klagt heute noch gegen die Stadt wegen Einhaltung seines Vertrages und hat auch noch die Dienstwohnung inne — und seine Stelle wurde Walter Temp übertragen, der nicht scharf genug im Nationalsozialismus machen konnte, und die dabei angewandten Methoden haben ihm dann schließlich in erster Instanz ein Jahr Gefängnis eingetragen. Die in der Pressenotiz genannten Vorgänge vom April 1935 bestanden darin, daß in Allenstein an einem Abend sämtlichen Juden die Schaufenster und auch sonstige Fenster eingeschlagen wurden, daß auch die Fensterscheiben mancher als Freimaurer geltenden Bürger daran glauben mußten, daß auch in der Wohnung des Vorgängers von Herrn Temp eine Fensterscheibe in Trümmer ging, daß dort — die Wohnung liegt unmittelbar beim Elektrizität — vorher in der Umgebung dieser Wohnung das Licht des Elektrizitätswerkes ausgedreht und ein Häuflein Steine zur freundlichen Benutzung bereitgelegt worden waren. An allen diesen Vorgängen scheint nun Herr Walter Temp, der Leiter der Allensteiner Städtischen Werke, nicht unbeteiligt gewesen zu sein, er scheint aber nicht den Mut aufgebracht zu haben, sich zu seinen Taten zu bekennen, scheint vielmehr wissentlich falsche Anschuldigungen erhoben zu haben, deren er nach Auffassung des Gerichts auch überführt worden ist. — Walter Temp ist natürlich als Leiter der Allensteiner Städtischen Werke bis zur endgültigen Klärung — da er sowohl als auch der Staatsanwalt Revision eingelegt hat — suspendiert und soll sich nun mit seiner Familie in Zoppot aufhalten.

Schlachtviehmarkt in Danzig

Amtlicher Bericht vom 15. April 1936

Preise für 50 kg Lebendgewicht in Danziger Gulden

I. Rinder

A. Ochsen		C. Kühe	
a) Vollfl. ausgem. höchsten Schlachtwerts	—	a) Jüngere vollwert 55ckt. Schlachtwerts	52—55
1. jüngere	—	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	28—31
2. ältere	—	c) fleischige	22—27
b) sonstige vollfleischige	—	d) gering genährte	16—20
c) fleischige	—	D. Färsen (Kalbinnen)	
d) gering genährte	—	a) Vollfl. ausgem. höchsten Schlachtwerts	37—39
B. Bullen		b) vollfleischige	34—36
a) Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts	37—39	c) fleischige	29—33
b) sonst. vollfl. oder ausgemästete	34—36	d) gering genährte	24—28
c) fleischige	29—33	E. Fresser	
d) gering genährte	24—28	Mäßig genährtes Jungvieh	—

II. Kälber

A. Sonderklasse		b) mittlere Mastkälber	42—47
Doppellender bester Mast	—	c) geringere Mastkälber	38—40
B. Andere Kälber		d) geringe Kälber	32—20
a) beste Mastkälber	48—54		

III. Schafe

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 1. Weidemast	—	c) fette vollfleischige Mutterschafe	25—28
2. Stallmast	38—42	d) gering genährtes Schafvieh	—
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel	32—36		

IV. Schweine

a) Fettschw. üb. 300 Pfd. Lgw.	53	e) fleischige Schweine v. ca. 120—100 Pfd. Lebendgw.	—
b) vollfl. Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgw.	52—53	f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgw.	—
c) vollfleisch. Schweine von 1. 221—240 Pfd. Lebgew.	50—51	g) Sauen	43—48
2. 200—220 Pfd. Lebgw.	47	Bacon-Schweine	35—42
d) vollfleisch. Schweine von 160—200 Pfd. Lebendgw.	45	Vertragsschweine	47—48

Auftrieb: Ochsen 8, Bullen 36, Kühe 47, Färsen 4 Stück, zusammen Rinder 90 Stück, Kälber 73 Stück, Schweine 1199 Stück. — Außerdem wurden in der Woche aufgetrieben: Bullen 1, Kälber 12, Schafe 100, Schweine 199, Bacon- und Exportschweine 201 Stück. — Marktverlauf: Rinder, Kälber, Schafe und Schweine getrennt.

Bemerkungen: Die Preisnotierungen liegen bei Rinder 2—6 Gulden, bei Schweinen 2—4 Gulden unter den notierten Großhandelspreisen. Ausgesuchte Rinder 1—6 Gulden über Notiz.

Der Marktausschuß.

Die Verhandlung gegen den Tragheimer Mörder

Johannes Runschkowski, der bekanntlich in Tragheim im Werder in den ersten Tagen des Februar seinen Bruder, die Frau des Bruders und ihr Kind erschlug und dann die Wohnung in Brand setzte, wird sich voraussichtlich am 6. Mai vor der Zweiten Großen Strafkammer zu verantworten haben. Er ist des dreifachen Mordes angeklagt. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Dr. Großkopf führen. Etwa 88 Zeugen sind geladen, außerdem 4 ärztliche Sachverständige. Die Verhandlung wird im großen Schwurgerichtssaal stattfinden. Runschkowski ist im Untersuchungsgefängnis stark gefesselt.

Die gleiche Fesselung hatte auch der bereits zum Tode verurteilte Raubmörder Höppner aus Schöneberg, doch ist diesem die Fesselung bereits wieder abgenommen worden. Höppner ist übrigens im Gefängnis sehr fromm geworden und betet stundenlang. Er rechnet mit seiner Begnadigung. Das Obergericht wird sich in nächster Zeit mit der Revision seines Urteils zu beschäftigen haben, doch kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß das Todesurteil gegen Höppner durch das Obergericht bestätigt wird.

Räuberischer Ueberfall am Hohen Tor

Der Kaufmann B., der an der Reitbahn, in der Nähe des Hohen Tores, ein Tabakwarengeschäft betreibt, hatte sich in der Mittagszeit in einen angrenzenden Raum begeben und war dort eingenickt. Der Geschäftseingang war offen geblieben. B. muß nun überhört haben, daß ein Kunde den Laden betrat. Als der Fremde niemand im Laden antraf, schien ihm die Gelegenheit günstig für einen größeren „Einkauf" ohne Bezahlung. Er machte sich daran, zwei Aktentaschen, die er im Laden fand, mit Tabakwaren zu füllen. Darüber erwachte der Ladeninhaber, worauf der Dieb mit einem Totschläger auf ihn einschlug und ihm den Mund mit einem Tuch bedeckte, um ihn am Schreien zu verhindern. B. stellte sich darauf bewußtlos. Der Dieb untersuchte nun die Kleider des Kaufmanns und nahm Uhr, Zigarettenetui und bares Geld an sich. Sogar den Ehering streifte er vom Finger und verschwand dann mit der Beute. Die Polizei hat den Täter, den 21 Jahre alten Ernst Ewert aus Danzig, bereits verhaftet. Auf sein Konto kommt auch ein Einbruchsdiebstahl, der bei der Witwe P., Bischofsberg 14, verübt worden ist. Ewert ist bereits mehrmals wegen Einbruchsdiebstahls vorbestraft.

Die Festnahmen bei der Arbeiterjugend

Gegen die 12 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, die am Montagnachmittag wegen Teilnahme an einem angeblich verbotenen Umzug von der Polizei festgenommen, aber am Abend des gleichen Tages wieder entlassen worden waren, ist gestern vormittag kein Schnellgerichtsverfahren durchgeführt worden. Die genannten Mitglieder der SAJ. waren zur Vernehmung ins Polizeipräsidium bestellt und dann entlassen worden. Wie man hört, soll die Angelegenheit in ein ordentliches Gerichtsverfahren überführt werden.

Unser Wetterbericht

Vorhersage für morgen: Wolkig, teils aufheiternd, schwache Ost- bis Südostwinde, Temperatur ansteigend.

Aussichten für Freitag: Unbeständig, mild.

Maximum des letzten Tages: 9,6 Grad. — Minimum der letzten Nacht: 1,7 Grad.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Poln. D. „Slask", ca. 16./17. 4. fällig, Pam; poln. D. „Chorzow", ca. 16./17. 4. fällig, Pam; poln. D. „Tezew", ca. 16./17. 4. fällig, Pam; poln. D. „Cieszyn", 16. 4. fällig, Pam; schwed. D. „Falken", 16. 4. fällig, Pam; dän. D. „Gerda Toft", 16. 4. fällig, Pam; dt. D. „Niobe", 13. 4. von Riga, Wolff; griech. D. „Petrakis Nomikos", ca. 16./17. 4. fällig, Behnke und Sieg; schwed. D. „Malfrid", 15. 4. von Kalmar, Polko; dän. D. „Aalborg", 15. 4. von Königsberg, Sodtmann; dt. D. „Elsa", 15. 4. von Stettin, Sodtmann.

Es liegt auf der Reede vor Gdingen: D. „England".

Feuer auf Langgarten. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch, um 2,30 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Langgarten 9 gerufen. Dort brannten in einem Hofgebäude der Inhalt einer Abstellkammer, eine zu einer daneben liegenden Glaserei führende Wand und Teile des Dachgebälks. Das Feuer wurde mit einem C-Rohr gelöscht. Die Entstehungsursache konnte nicht ermittelt werden. Um 4 Uhr rückte die Wehr wieder ein.

Der visumfreie Personenzug Danzig—Marienburg—Elbing. Wir werden vom Danziger Büro der Polnischen Staatsbahnen auf wiederholte Anfragen gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich bei dem Personenzuge Nr. 124 in Richtung Marienburg—Elbing — Abfahrt vom Hauptbahnhof Danzig 22.45 Uhr — um einen visumfreien Zug handelt. Auch im neuen ab 15. Mai 1936 in Kraft tretenden Fahrplan ist der genannte Zug als visumfrei vorgesehen.

Autounfall in der Allee. Gestern abend, gegen 5.45 Uhr, prallten am Chodowieckiweg, in der Nähe des Bürgerschützenhauses, ein Kohlenauto und ein Personenauto zusammen. Beide Wagen wurden derart beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Personen sind bei diesem Zusammenstoß nicht verletzt worden.

Im Krankenhause verstorben ist der frühere Lehrer Sch., der seine Frau mit einem Kissen erstickte und dann Salzsäure trank.

Polizeibericht vom 15. April. Festgenommen: 13 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Verkehrsunfalls, 5 wegen Trunkenheit, 1 wegen Obdachlosigkeit, 1 zwecks Ausweisung.

Danziger Standesamt vom 10. und 11. April

Sterbefälle: Tochter des Arbeiters August Malikowski, 8 J. — Insasse Johann Ellwardt, 78 J. — Witwe Martha Ruhnau geb. Miotke, 76 J. — Polizei-Oberwachtmeister Paul Joost, fast 55 J. — Unehelich 1 Tochter, 5 Mon. — Invalide Paul Olszewski, 42 J. — Eigentümer Joseph Fitikau, 74 J.

Wasserstandsnachrichten der Stromweichsel

vom 15. April 1936

	14. 4.	15. 4.		14. 4.	15. 4.
Thorn	+1,57	+1,51	Montauerspitze	+1,16	+1,12
Fordon	+1,60	+1,52	Pieckel	+1,22	+1,17
Culm	+1,49	+1,41	Dirschau	+1,26	+1,21
Graudenz	+1,66	+1,60	Einlage	+2,34	+2,34
Kurzebrack	+1,84	+1,78	Schiewenhorst	+2,46	+2,42

	13. 4.	14. 4.		13. 4.	14. 4.
Krakau	—2,66	—2,62	Nowy Sacz	+1,16	+1,14
Zawichost	+1,54	+1,52	Przemysl	—1,80	—1,84
Warschau	+1,48	+1,56	Wyszkow		
Plock	+1,87	+1,81	Pultusk		

Das betörte Dorf

Ein falscher Wanderprediger prophezeit den Weltuntergang

Trostlos und verlassen sah es in der letzten Zeit in einem kleinen slowakischen Dorf im Waagtal aus, dessen Bürger früher als reiche und angesehene Leute galten. Wie mit einem Schlag hatte Leben und Treiben in dieser Gemeinde aufgehört, und die Bewohner waren von früh bis spät in tiefe Gebete versunken, um sich auf das Jüngste Gericht vorzubereiten.

Vor vielen Wochen war nämlich in jenem Dorf im Waagtal ein Wanderprediger erschienen, der es rasch verstanden hat, die biedere bäuerliche Bevölkerung zu betören. Vor allem die älteren Leute schenkten dem Fremden Glauben, der ihnen von dem bevorstehenden Weltuntergang erzählte. Wenn einer dennoch zweifelte, dann verwies ihn der fromme Mann auf die Bibel, wo es schwarz auf weiß zu lesen stand. So kam es, daß die abergläubischen Bauern allmählich von Angst und Schrecken gepackt wurden.

Fragten die Dorfbewohner, wie man diesen schrecklichen Fluch abwenden könne, dann meinte der Prediger mit ernster Miene, hier gäbe es nur ein Mittel — man müsse allen irdischen Gütern entsagen und Geld und Schmuck abliefern. Die Bauern schleppten daher ihre Kostbarkeiten heran und übergaben sie dem frommen Mann, der sie mit einem gnädigen Augenaufschlag in Empfang nahm. Unter dem Vorwand, ein stilles Gebet verrichten zu müssen, zog der Wanderprediger dann eines Tages wieder von dannen. Seit dieser Stunde aber herrschte in dem kleinen slowakischen Dorf tiefe Niedergeschlagenheit. Die Bauern gingen nicht mehr auf ihre Felder, und das Vieh blieb in den Ställen und verhungerte. Alles stand still und lag trostlos und verödet da. Die bedrückten Leute beteten nur noch um ihr Seelenheil.

Inzwischen hat sich aber die Polizei der Angelegenheit angenommen. Die Nachforschungen ergaben, daß es sich bei diesem Wanderprediger um einen ganz gerissenen Gauner handelt, der sein Unwesen bereits in anderen slowakischen Ortschaften trieb. Dort hat er aber allem Anschein nach weniger Glück mit seiner Prophezeiung von dem Weltuntergang gehabt. Man hofft den gefährlichen Betrüger bald hinter Schloß und Riegel setzen zu können. Dann wird auch für das betörte Dorf im Waagtal die Stunde der Erlösung geschlagen haben.

Mexikos Arbeiter-Verband nimmt Stellung

Für die Ausweisung von Calles und für die Regierung Cardenas

Der Verband der mexikanischen Arbeiter hielt am Sonntag eine Kundgebung ab. In der Kundgebung wurde gegen den Anschlag auf die Linie Veracruz—Mexiko protestiert und die geistige Urheberschaft an dem Anschlag dem Ausgewiesenen Calles zugeschoben. Für die Ausweisung des ehemaligen Präsidenten und seiner Anhänger wurden dem Präsidenten Cardenas große Sympathiekundgebungen bereitet. Der Generalsekretär des Verbandes, Vincente Lombardo Toledano, griff den ehemaligen Präsidenten scharf an und machte ihn für die augenblicklichen Zustände verantwortlich, weil er eine Bewegung gegen die Regierung fördere, was Anschläge auf das Leben der Lehrer an den sozialistischen Schulen und auf Arbeiterführer und schließlich auch Eisenbahnanschläge zur Folge gehabt habe. Toledano wies schließlich die Behauptung zurück, die Regierung Cardenas und der mexikanische Arbeiterverband seien kommunistisch. Der Privatsekretär des Präsidenten übermittelte anschließend die Grüße Cardenas, der zur Rettung des Vaterlandes die Arbeiterschaft zur größten Einigkeit auffordere.

Der Erfolg der chinesischen Währungsreform. Der ehemalige chinesische Finanzminister Soong, der jetzt Gouverneur der Bank von China ist, erklärte Pressevertretern, daß der chinesischen Währungsreform ein voller Erfolg beschieden war. Er stellte fest, daß die chinesische Währung gegenüber dem Pfund Sterling, dem Dollar und dem Yen stabilisiert, aber an keine dieser Währungen gebunden sei. Er gab bekannt, daß die Bank von China beabsichtige, im Ausland Filialen zu errichten, besonders in Neuyork, San Francisco, Java und Indochina. Er erklärte am Schlusse seiner Ausführungen, daß die Einlagen seit der Reorganisation bei der Bank von China um 219 Millionen Dollar zugenommen hätten und heute den Gesamtbetrag von 765 Millionen erreichten.

Profite im Dritten Reich

Starke Dividendensteigerung in der Schwerindustrie

Die fast vollständig im Besitz des Montanindustriellen Friedrich Flick befindliche Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G. weist für das am 30. September 1935 abgelaufene Geschäftsjahr nach 7,11 (i. V. 4,08) Mill. RM. Anlageabschreibungen einen Jahresgewinn von 2,7 (1,85) Mill. RM. aus, dem eine auf 5 (3) Prozent erhöhte Dividende auf das 45 Mill. RM. betragende Aktienkapital verteilt werden soll. Wenn man den ausgewiesenen Reingewinn und die Abschreibungen zusammenrechnet, so ergibt sich für das letztabgelaufene Geschäftsjahr ein Bruttogewinn von 9,81 Mill. gegenüber 5,88 Mill. im Vorjahre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die meist nicht gerade an übermäßiger Publizitätssucht leidenden deutschen Aktiengesellschaften noch außerdem bei Bewertungen usw. einen Teil des Gewinns zu verbergen pflegen, so daß in Wirklichkeit der im letzten Jahr erzielte Gewinn noch weit beträchtlicher gestiegen sein dürfte, als es obige Zahlen ergeben. Die Riesengewinne der Schwerindustrie und die um 40 Prozent erhöhte Dividende stehen in eigenartigem und sehr bezeichnendem Gegensatz zu der infolge der Teuerung sinkenden Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft, die sich unter dem Schlagwort „Deutscher Sozialismus" wohl ebensowenig wie unter der „Brechung der Zinsknechtschaft" rapide steigende Profite und Dividendenerhöhungen vorgestellt hatte.

Ein „Straßenbahnsowjet" in Madrid

In Gestalt einer Straßenbahngesellschaft, die sich als „Union der proletarischen Brüder" bezeichnet, ist der erste „Sowjet" in Spanien errichtet worden. Diese Straßenbahnlinie, die von Ciudad Lineal, einer Vorstadt Madrids, nach Madrid läuft, ist von den Arbeitern übernommen worden und wird von diesen auch geleitet. Die Gesellschaft, die den Verkehr zwischen Ciudad Lineal und Madrid früher versah, ist zusammengebrochen; die Arbeiter übernahmen ohne große Formalitäten die Wagen der Gesellschaft und wählten einen Arbeiter aus ihrem Kreis zum Leiter der neuen „Union der proletarischen Brüder". Die antisozialistische Bevölkerung in Ciudad Lineal wird vielfach zur Boykottierung der Linie aufgefordert. Das wäre allerdings nicht einfach, da die nächste Straßenbahn zwei Kilometer entfernt ist.

20 Jahre nachher . . .

. . . Aus London wird gemeldet: Die ärztlichen Sachverständigen und das britische Pensionsministerium zeigen sich sehr bestürzt über die große Zahl neuauftretender Fälle, daß Menschen jetzt das Sehvermögen verlieren, nachdem sie vor siebzehn oder achtzehn Jahren im Weltkrieg eine Gasvergiftung durchgemacht haben. In der vergangenen Woche hat das Pensionsministerium drei früheren Soldaten, die im Jahre 1917 Opfer einer Gasvergiftung gewesen sind, Pensionen bewilligt. Einer von ihnen wurde als 100 prozentig invalid anerkannt. In den letzten zwei Jahren wurden 15 Fälle neu auftretender Blindheit früherer Kriegsteilnehmer infolge von Senfgasvergiftung im Jahre 1917 gemeldet.

Schöne Hände

Auch ohne Wundermittel läßt sich manches machen

Worin besteht eigentlich eine zweckdienliche Behandlung gut gepflegter Hände? Meistens glaubt man in dem gepflegten Aussehen der Hände seiner Mitschwester das Ergebnis irgendeiner Wunder- oder Universalkur zu sehen, die von unfehlbarer Wirkung ist. Aber die einfachste und erstrebenswerteste Methode besteht doch immer noch darin, die Haut der Hände, deren Geschmeidigkeit durch Absonderungen der Talg- und Schweißdrüsen bedingt ist, gegen die nachteiligen Einwirkungen der Hausarbeit, wie auch gegen schädliche Witterungseinflüsse zu schützen. Darum verdient der oft mißverstandene Rat, bei der häuslichen Arbeit Handschuhe zu tragen, doch eine eingehendere Beachtung. Denn es wird dadurch vermieden, daß, neben dem Vorteil, den Staub und Schmutz nicht in die Poren der Haut eindringen zu lassen, durch das öftere Waschen der Hände mit zumeist stark alkalischem Seifenwasser, das Hautfett verloren geht, und somit der Sprödigkeit und Widerstandslosigkeit der Haut Vorschub geleistet wird. Besonders sollte man stets darauf achten, alle mit Wasser verbundenen Hausarbeiten auf eine möglichst kurze Zeit zu beschränken und zu den Arbeiten stets warmes Wasser zu verwenden. Das kalte Wasser bewirkt, daß sich die äußeren Blutgefäße der Haut unter der plötzlichen Einwirkung zusammenziehen und eine richtige Durchblutung erschweren. Es empfiehlt sich, die Hände nach solchen Arbeiten gut abzutrocknen und einzufetten, bis die Hautcreme genügend in die Poren eingedrungen ist. Ebenso die Hände vor dem Schlafengehen mit durch Wasser verlängerten Zitronensaft tüchtig einzureiben, da, vorausgesetzt daß die Hand in der angegebenen Weise bereits durch Hautcreme und Fernhaltung der angeführten schädlichen Einflüsse geschützt wurde, eine erhöhte Geschmeidigkeit und Hautreinheit damit erzielt wird.

Der neueste fernöstliche Zwischenfall

Drei Japaner getötet

Am Freitag empfing, wie die TASS. berichtet, der stellvertretende sowjetrussische Außenkommissar, Stomonjakow, den japanischen Botschafter in Moskau, Ohta, in der Absicht, wegen eines neuen Zwischenfalles an der sowjetrussisch-mandschurischen Grenze zu protestieren, bei dem bewaffnete Mandschuren in der Nähe von Grodekowo auf Sowjetboden eingedrungen sein sollen. Bei dieser Gelegenheit legte jedoch seinerseits der japanische Botschafter Protest wegen des gleichen Zwischenfalles ein, der, wie von japanischer Seite mitgeteilt wurde, sich auf mandschurischem Boden abgespielt habe. Der Botschafter erklärte, daß eine Gruppe mandschurischer Soldaten völlig grundlos von Sowjetgrenzern beschossen worden sei, wobei drei japanische Soldaten der manschurischen Armee getötet worden seien.

Generalstreikbeschluß der nordfranzösischen Bergarbeiter-Gewerkschaft. Auf einer Generalversammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften des nordfranzösischen Kohlenbeckens in Lens wurde beschlossen, am 1. Mai in den Generalstreik zu treten. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß die Vergünstigungen, die den Arbeitern über Tag zugestanden wurden, ungenügend seien, und daß die Untertagearbeiter nicht einmal diese Vergünstigungen erhalten hätten. Der Landesverband der Untertagearbeiter hat sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses eine außerordentliche Landestagung für den kommenden Montag einberufen, auf der die Ausdehnung des Streiks auf das gesamte französische Kohlengebiet zur Verhandlung gestellt werden soll.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fooken, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Fooken, Danzig, Am Spendhaus 6.

Unseren werten Lesern, Inserenten und Geschäftsfreunden zur Kenntnisnahme, daß an jedem

Sonnabend 8.30 Uhr

Anzeigenschluß

ist. Wir bitten daher, möglichst schon am Freitag Inseraten-Aufträge für die Sonnabend-Ausgabe aufzugeben.

Expedition der „Danziger Volksstimme"

Offene Stellen

[illegible]

Wohn-Gesuche

[illegible]

Zu vermieten

[illegible]

Verkäufe

[illegible]

Neues Gartengrundstück

[illegible]

Stellengesuche

[illegible]

Ankäufe

[illegible]

Wo? Kränze u. Blumen zum Marktpreis. Nur I. Damm Nr. 10

Die kleine Anzeige in der „Danziger Volksstimme" hat den größten Erfolg

Bezugsquellen-Nachweis

Nachfolgende Firmen empfehlen sich unseren Lesern

Produktivgenossenschaft der Danziger Bäckerei- und Konditoreiarbeiter e. G. m. b. H. empfiehlt ihre anerkannt guten Brotsorten und Gebäck. Erhältlich im Hauptgeschäft Ohra, Horst-Wessel-Straße Nr. 70, Tel. 251 79, und bei den meisten Wiederverkäufern. Man verlange es überall. Auf Wunsch liefern wir frei Haus. Telephon. Anruf oder Postkarte genügt.

Fleisch- und Wurstwaren **Kuschel** [illegible] 44, Samtg. 4.

Bilderhandlung Lange Brücke 13. Bilder, Spiegel, Gardinenstangen, sowie Einrahmungen. Max Oberüber, Geschäftsführer

Das zentrale Versammlungs- u. Vergnügungslokal der Danziger werktätigen Bevölkerung ist das herrlich gelegene **Café Bischofshöhe**

Schimkowski, Otto Bastion Kaninchen. Bau- und Kunstschlosserei, Maschinenbau, sowie Reparaturen aller Art

Man ißt überall Brot der **Schellmühler Brot-u. Feinbäckerei** Inh. Bruno Gessing

Händel, Arno Neuteich, Elbinger Straße 129, Telephon 67. Radio, Elektrotechnik, Installation, Beleuchtungskörper

Fortuna-Drogerie Inh. Leonhard Goldschmid. II. Damm 7—8, Tel. 245 80. [illegible]

Fels, S. Kohlenmarkt 14—16. Gardinen, Teppiche, Tapeten, Möbelstoffe

Arczynski, Franz Hinter Adlers Brauhaus 3, Telefon 227 14. **Kolonialwaren** Lieferung frei Haus

Ramcke Hohe Seigen 5. Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak

Müller, Gertrud Kolonialwaren — Lebensmittel. Brot der Produktivgenossenschaft. Röpergasse 1

Norbert Seeliger Glasermeister. Hakelwerk 6. führt alle Glaserarbeiten billigst aus.

Sind's die **Schuhe** Geh' zu **Marcus** Häkergasse 10

Dagobert David Nachf. Inh. Oskar David. II. Damm 7, Telefon 210 34. Möbel aller Art

Kurhaus Groß-Plehnendorf Inh. H. Riemer. Fernsprecher Weßlinken 2. Sommer- und Winterbetrieb

Elegante Damenhüte, reichhaltige Auswahl, billigste Preise **„Wiener Chic"** Hanstor 3